

und an den Präsidenten der Französischen Republik Telegramme gerichtet, in denen sie darauf aufmerksam machen, daß Truppen und Vandalen der Balkanstaaten trotz des Waffenstillstandes in den besetzten Gebieten Verheeren ausführen. Sie bitten im Namen der Menschlichkeit, daß diesen Grausamkeiten ein Ende gemacht werde.

Eine Flucht aus dem Gefängnis.

Konstantinopel, 30. Dezember. Der frühere Deputierte Major Djombolat, der wegen Teilnahme an einem jungtürkischen Komplott verhaftet und wegen Tötung eines Offiziers, der ihn verhaften wollte, verurteilt worden war, ist nachts in Begleitung des wachhabenden Offiziers aus dem Gefängnis im Gebäude des Kriegsministeriums entwichen.

Kritisches zum Militäretat.

II.

Der Reichstag hat am 23. Februar 1911 eine Resolution angenommen, die an den Reichskanzler das Ersuchen richtet, dem Reichstag für das kommende Etatsjahr eine Denkschrift über das gesamte Zulagenwesen und die Lohnungszulagen im Reichsheer vorzulegen und Vorschläge über eine möglichst weitgehende Vereinfachung im Interesse größerer Sparsamkeit und übersichtlicher Verwaltung zu machen. Dieser Resolution hat auch der Bundesrat zugestimmt, und nun mußte die Heeresverwaltung in den lauten Applaus und einen ziffermäßigen Aufschluß über das System der Zulagen geben. Die gleichzeitig empfohlene Neuregelung soll eine Ersparnis von 1 026 566 M. bringen, aber erst, wenn die jetzigen Bezüge der Zulagen in andere Stellen eingerückt sind. Darüber aber werden meist noch Jahre vergehen, so daß von einer Ersparnis zunächst nichts zu erwarten sein wird.

Der Offizier und der Militärbeamte beziehen ihre Einkommen aus den verschiedensten Titeln des Etats. Sie beziehen Gehalt, Wohnungsgeld, Servis, Pferdegeld und Rationen; die Beamten lehren nur, soweit sie berufen sind. Dann gibt es noch Funktionszulagen, Stellenzulagen, Tischgeld für Leutnants, Ortszulagen, Hilfsarbeiterzulagen, Dienstalterszulagen, Ehrenzulagen, Lohnungszulagen und schließlich noch eine besondere Art von Zulagen, die unter der Bezeichnung „Sonstige Bewilligungen“ zusammengefaßt sind. Die Abteilungschef vom Zivil im Kriegsministerium beziehen eine Funktionszulage von monatlich 75 M. Diese Zulage wird mit den Worten begründet: „Seit 1875 bezahl!“ Das nennt die Heeresverwaltung eine Darstellung der historischen Entwicklung dieser Zulage! Wer weiß, aus welcher momentanen Laune heraus vor fast 40 Jahren diesen Beamten 75 M. Zulage gegeben wurde, und ohne weitere Prüfung der Berechtigung dieser Zulage wird sie die ganzen Jahre hindurch fortbezahlt. Zur sachlichen Begründung dieser Zulage wird die Heeresverwaltung auch nicht ein Wort zu sagen. Die Herren, die diese Zulagen beziehen, haben neben dem Wohnungsgeld bis 12 000 M. Gehalt. Die Stabsoffiziere im Kriegsministerium beziehen bei 8772 M. Gehalt ebenfalls eine Zulage von 75 M. monatlich. Hier wird angeführt, daß diese Zulage 1873 gegeben wurde zur Gleichstellung mit den Ministerialräten, die damals eine Gehaltserhöhung von 300 Talern empfangen haben. Zur sachlichen Begründung wird hervorgehoben:

„Der Grund für die erstmalige Bewilligung der Zulage hat auch jetzt noch seine volle Berechtigung; dazu kommt hohe Verantwortlichkeit und Wichtigkeit der Arbeiten bei der obersten Militärbehörde.“

Mit demart allgemeinen Redewendungen kann man schließlich jede Zulage begründen, und von dieser Skablone hat die Heeresverwaltung auch reichlich Gebrauch gemacht; höchstens wird bei anderen Stellen einmal hinzugefügt, daß der Offizier seine Kleidung selber abnütze. In Wirklichkeit sind diese Zulagen nicht berechtigt. Der Offizier bezieht die ihm nach seinem Range zustehenden und vom Hauptmann aufwärts reichlich bemessenen Gehaltszulagen. Wird er zur Dienstleistung beim Kriegsministerium einberufen, so steigt, wenn er aus einer kleinen Stadt kommt, sein Wohnungsgeld ganz erheblich. Nach dieser Richtung hin tritt also keine Schädigung ein. Seine dienstliche Tätigkeit ist jedenfalls nicht anstrengender als der Dienst beim Truppenteil. Die Einberufung in das Kriegsministerium ist aber ein direkter Vorteil für den Offizier, weil die Beförderung rascher, bei einzelnen

Herren sogar sprunghaft vor sich geht. Dafür, daß der Offizier ohne jeden Mehranwand einfach seine Pflicht tut, eine Geldentschädigung zu gewähren, ist ein Prinzip, mit dem so rasch als möglich gebrochen werden muß. Eine Durchsicht des umfangreichen Verzeichnisses ergibt, daß so ziemlich jeder Offizier, der nicht ausschließlich auf dem Kaiserhof Reuten drückt, unter irgendeinem Titel eine Zulage bezieht.

Andere Zulagen mühen geradezu komisch an. Auf der Burg Hohenzollern, die eine strategische Bedeutung natürlich gar nicht hat, befindet sich eine Abteilung in Stärke einer Kompanie. Der Hauptmann bezieht eine Zulage von 720 M., die beiden Leutnants eine solche von 432 M. Diese Zulagen kann man selbstredend nicht etwa mit der besonderen Schwierigkeit der Aufgaben begründen, die diesen Offizieren zugewiesen sind, deshalb wird sie mit den hohen Preisen der Lebensmittel auf der Burg zu rechtfertigen versucht. Beim reitenden Jägerkorps, einer Truppe, die völlig zu Unrecht im Militärat geführt wird, denn sie dient dem Auswärtigen Amt zu Kurierzwecken, erhält der Leutnant eine Zulage von 360 M. für besondere Verantwortlichkeit und Näherhaltung. Ist eine Festung zur Aufnahme von Festungstubegefangenen (Quellanten usw.) eingerichtet, dann erhält der Platzmajor eine Zulage von 75 M. pro Jahr. Daß Festunggefangene vorhanden sind, ist kein unbedingtes Erfordernis. Die Bewilligung dieser Zulage ist in das Belieben des Kriegsministers gestellt. Wenn auf einer Festung gebaut wird — und das ist meist der Fall — dann bezieht der Stabsoffizier 75 M. monatlich Zulage, künftig soll bis zu 75 M. bewilligt werden. Die Zulagen der Hauptleute und Leutnants steigen bis zu 60 bzw. 45 M. im Monat.

Selbst die Kriegsgerichtsräte beziehen Zulagen, aus deren nicht gerade besonderer Höhe man schließen kann, daß eine auch nur einigermaßen erhebliche Arbeit dafür weder gefordert noch geleistet wird. Natürlich geht auch die Militärgerichtsbarkeit nicht leer aus, und die Jurisprudenz streift sich auch auf die gewiß mit Arbeiten nicht überlasteten Militär-Richter. Für das Läuten der Glocken in Ulm werden monatlich 20,17 M. bezahlt, und zwar sowohl an den protestantischen als auch den katholischen Küster. Werden Offiziere zur Ausbildung in den Generalstab, zur Landesaufnahme oder auf Schießplätze kommandiert, dann empfangen sie neben ihren sonstigen Gehältern besondere Ortszulagen.

Unter den Lohnungszulagen ist eine Rubrik besonders interessant, sie betrifft die Offiziers-Reitschule in Hannover, zu der feudale Offiziere in großer Zahl kommandiert werden. Dort ist das Jagdreiten hinter der Reute eingeführt worden, und als Hundewärter und Hundbedienten verwendet man Unteroffiziere und Soldaten, die damit ihrem eigentlichen Dienst teilweise entzogen werden. Die Arbeiten im Sanpark werden ebenfalls von Unteroffizieren und Soldaten verrichtet. Neben festen Zulagen beziehen sie für jede Jagd besondere Entschädigungen, die damit begründet werden, daß diese Arbeiten anstrengend und mit Lebensgefahr verbunden sind. — Mit welchem Rechte, so muß man fragen, werden hier Soldaten dem eigentlichen Dienst entzogen und als Hundewärter und Hüter des Sanparks verwendet? Noch dazu zu arbeiten, die mit Lebensgefahr verbunden sind. Wenn ein Soldat bei diesem hochfeudalen Vergnügen zum Schuppel wird, dann erhält er eine lächerlich geringe Rente, zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig, die aber aus den Steuergroschen des Volkes bestritten werden muß.

Die Summe, die für Zulagen aller Art verwendet wird, ist geradezu enorm; die Militärverwaltung ist so sehr gewöhnt, aus dem Vollen zu schöpfen, daß sie den Sinn für Herbeiführung von Ersparnissen allem Anschein nach fast völlig verloren hat. Mit diesem unglücklichen System endlich einmal zu brechen, ist eine unabweisbare Pflicht, die der Reichstag den Steuergebern gegenüber zu erfüllen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Dezember 1912.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Schwet-Neuenburg.

Bei der am 30. Dezember vollzogenen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Marienwerder 5 erhielten von den 16 908 abgegebenen gültigen Stimmen Landrat v. H a l e m (Reichspartei) 8017, v. S a h - J a w o r s k i (Pole) 7855 und Parteisekretär G r e n g o (Sozialdemokrat) 33 Stimmen. Zerplittert waren 3, ungültig 25 Stimmen. v. Halem hat sonach die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten und

wird wohl vom Wahlkommissar als gewählt proklamiert werden. Eine andere Frage aber ist, ob der Reichstag die Wahl für gültig erachten kann. Bei den allgemeinen Wahlen im Januar war v. S a h - J a w o r s k i gewählt worden, der Wahlkommissar zählte jedoch eine Anzahl gültiger, auf Jaworski abgegebener Stimmen nicht mit und proklamierte S i d z w a h l. Auch bei der Stichwahl wurde Jaworski gewählt, aber infolge unrichtiger Berechnung von über 600 auf ihn entfallener Stimmen erhielt v. Halem das Mandat. Die Wahlprüfungskommission erklärte es in m i g die Wahl des Landrats v. Halem für ungültig, sagte aber über die nach Art. 27 der Verfassung vom Reichstage zu entscheidende Frage, ob v. S a h - J a w o r s k i als gewählt zu erachten sei, keinen Beschluß. Das Plenum befand sich noch nicht mit der Wahl Landrat v. Halem legte nieder; die Regierung beauftragte K o d z i a n s k i, Es besteht mithin die Möglichkeit, daß noch jetzt auf Grund der Wahl vom Januar 1912 vom Reichstage, entschieden wird, daß v. S a h - J a w o r s k i zu Recht gewählt, die Wahl des Landrats v. Halem deshalb zu kassieren ist.

Ueber die Wahltagitation unserer Genossen im Kreise S c h w e t - Neuenburg wird und geschrieben:

Wie schwer es in den Gebieten, in denen sich westpreussische polnische Rückständigkeit mit stumpfster nationalitätlicher Dummheit verbrüht, ist, für soziale und politische Aufklärung zu wirken, zeigt sich wieder bei der Nachwahl im Wahlkreise Schwet-Neuenburg. So viele Hindernisse wie hier dürften sich der Arbeit der Sozialdemokratie kaum in irgendeinem anderen Wahlkreise entgegenstellen. Seit 1908 sind denn auch die sozialdemokratischen Stimmen kaum gestiegen. Trotzdem wurde auch für diese Ersatzwahl Genosse G r e n g o - D a n z i g wieder als Kandidat aufgestellt. Bei der Kürze der Zeit und wegen der in die Wahlvorbereitungen fallenden Weihnachtstage war die Agitation noch mehr, als ohnehin schon durch die besonderen Verhältnisse des Kreises bedingt ist, beschränkt. Trotz der schlechten Erfahrungen, die unsere Genossen bei der Hauptwahl im Januar gemacht haben, wurde wieder der Versuch gewagt, in einer Versammlung zu den Wählern zu sprechen. Die früheren Versammlungen sind von den Polen, die sich nicht genug über Unterdrückung und Unrecht beschwerten können, in der brutalsten Weise gesprengt worden. Nicht viel anders endete der neue Versuch. Die polnischen Schlägischen und Pfaffen bearbeiteten die polnischen Proletariat ganz genau so aber vielleicht sogar noch demagogischer, als die deutschen Zentrumsjesuiten die katholischen Landarbeiter in den schwarzen Domänen. Kein Mittel der nationalen und speziell der religiösen Verberbung ist ihnen zu schlecht. Die Sprache der reaktionären polnischen Presse übersteigt alles Maß in der Herabwürdigung der Arbeiterpartei. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn sich polnische Arbeiter, zu denen in dieser Gegend kein Strahl wirklicher Aufklärung dringt und deren nationales Mißtrauen durch die geniale Stimmmanipulation aufs äußerste getrieben worden ist, von ihren Ausbeutern gegen sich selbst mißbrauchen lassen.

Die Versammlung fand am 23. Dezember, nachmittags, im Schwet im „Burggrafen“ statt und war von annähernd 500 Personen besucht. Die Mehrheit bestand aus Nationalpolen, meist Arbeitern und kleinen Leuten, unter der Leitung des Rentiers Stindmann, der Redigier studiert hat und demnach „akademisch“ gebildet ist. Der Kandidat, Genosse G r e n g o - D a n z i g, eröffnete und leitete die Versammlung. Schon gleich zu Anfang des Referats des Genossen D a r t e l - D a n z i g suchten die Polen die Versammlung zu töten. Der Redner mußte mehrfach seine Rede unterbrechen, um die Versammelten durch den Vorlesenden zur Einsicht mahnen zu lassen. Die geringste Kritik der polnischen Agitatoren löste schon Unruhe aus. Nach D a r t e l, der in der Hauptsache die Vorgänge, die zur Neuwahl führten, und die politische Situation behandelte, sprach G r e n g o und forderte, daß auch die polnischen Arbeiter sich nicht länger von ihren wirtschaftlichen Begnern am nationalen Gängelbände führen lassen sollten. Zur Diskussion sprach zunächst der konservative Verleger des Kreisblattes, B u c h n e t. Er verminderte Angriffe auf die Sozialdemokratie und beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die Wähler zu mahnen, nach dieser Wahl ruhig nach Hause zu gehen, damit nicht wieder Unruhestörungen vorkämen. Dann sprach der polnische Rentier Stindmann, ebenfalls nur kurz. Quers schien er sachlich bleiben zu wollen und warb für den polnischen Agrarier

Quer durch den Balkankrieg.

Ein Oesterreicher, der in diesen Tagen in Familienangelegenheiten in das südliche Bulgarien reisen mußte, schildert der „Wiener Arbeiterzeitung“ seine Eindrücke. Er schreibt u. a.:

„Wer in normalen Zeiten in jene Gegend gelangen will, fährt von Wien um 9 Uhr vormittags ab, ist Tags darauf um die Mittagsstunde in Sofia, verläßt Sofia nach demselben Abend und trifft am nächsten Tage vormittags in P l a s c h k o w i t s c h e, der Endstation der im Betrieb befindlichen Eisenbahn, am Fuße des Balkangebirges ein. Jetzt, in Kriegszeiten, ist das anders. Wenn man ebenda in Belgrad angekommen ist, hört das Weiterfahren auf. Die Schnellzüge sind eingestellt; der Fahrplan ist aufgehoben. Jemand, der in Belgrad angekommen ist, muß gegen 7 Uhr ein Personenzug als Militärzug abgehen, und in der Tat gibt es nur noch diese eine und einzige Fahrgelegenheit, um von Belgrad nach Sofia zu gelangen, in vierundzwanzigstündiger Fahrt mit langen Aufenthalten selbst in den kleinsten Stationen. Von da nach P l a s c h k o w i t s c h e fährt man wieder fast vierundzwanzig Stunden. Schon nahe vor Belgrad merkt man an allen Ecken und Enden die fürchterlichen Umwälzungen, die der Krieg im Mittelland herabruft.“

Trotz des schon länger als eine Woche währenden Waffenstillstandes rücken in allen Stationen neue Scharen von Soldaten ein, fast ausnahmslos solche, die, leicht bewundet, für einige Tage in die Heimat beurlaubt waren. Einige von ihnen haben neue Uniformen und sind als „neue Genarmen“ ständig für die eroberten Länder auszurufen. Die meisten aber sind arme Teufel, die, eine Militärärztlie auf dem Kopfe, in ihrer Baderkleidung mit Spanten an den Hüften und einem Sad voll armenigen Krauts auf dem Rücken zu ihrem Regiment stoßen. Neben mir sitzt ein alterer Rechtsanwalt aus Belgrad in abgetragener Uniform und einem Biberwinterrock. Er ist als Mitglied des Kriegsgerichts einberufen. Mein Gegenüber ist der junge Sohn des serbischen Generals R., der als Stabskorrespondent nach Adrianopel reist, wo sein Vater beim Kommando der etwa 50 000 Mann zählenden serbischen Belagerungstruppen ist. Beide sprechen deutsch, sind höflich und mitteilbar, hilfsbereit und gutvornemend und zeigen keine Spur von Haß gegen Oesterreich oder dergleichen. (Niemand in Serbien haßt Oesterreich, mit Ausnahme vielleicht einiger halbbreiten chauvinistischen Kaffeehausbesucher in Belgrad.) Während wir von den Kriegereignissen sprechen, fällt mir ein Blick durch das Fenster auf die serbische Landschaft, die wir durchfahren, auf die weit und breit überschwemmten Felder und die traurigen einwägen Dörfer.

Etwas alle 200 Meter längs des Bahngeländes stehen serbische Landsturmmänner mit aufgeschlagenen, kumpfen Bajonetten, in Reihen geballte, alternde Männer des dritten Aufgebots. Sie haben sich Häuten aus Wildstroh gebaut, um vor den rauhen Beschwerden des winterlichen Dienstes ein wenig geschützt zu sein. Mit ihren Spanten stehen sie im Vorat, Vorat auf allen Feldwegen, Vorat in den Straßen der Dörfer, die der Zug durchfährt. Diese serbischen Dörfer scheinen ausgetrocknet zu sein; nichts Menschliches ist zu sehen, ab und zu einmal ein Bauerweib, das Wasser zum Trinken aufhängt. Die Pferde werden hüten — große Herden von zwei- bis dreijährigen Fohlen an den Hufen, welche Grasbüschel abrupfen. Neben mir sitzen zwei serbische Offiziere, die

Frucht, die bei Ausbruch des Krieges nicht mehr eingebracht werden konnte. Das Weidstroh fault am Stamm, die Kürbisse zu Tausenden und Tausenden faulen unterlühel auf dem Acker; es ist niemand da, um sie heimzubringen.

In einer kleinen Station steigt ein Rußel leichtverwundeter Soldaten ein. Jeder hat sein Teil abbekommen in dem großen historischen Ringen. Der eine erzählt von Kumanowo, der andere von Monastir, wo sie achtundvierzig Stunden bis über die Knie im Wasser gestanden seien. Einer zeigt mir seinen durchlöchernten Mantel mit den ausgewaschenen Blutflecken; er hat einen Schuß in den Unterschenkel bekommen. Ueber Grausamkeiten der Türken sagt keiner; bloß der junge Generalsohn erzählt von einem verwundeten Türken, der im Lazarett in Belgrad der Pflegscheiter die Brust abgebeißt hat und dafür getötet worden sein soll.

So wird es Abend und wird wieder Morgen. Wir treffen in S o f i a ein. Der Bahnhof riecht nach Karbol; auf den Plätzen und in den Wartesälen liegen Hunderte von Verwundeten und sonstigen müden Soldaten, die wieder zum Regiment abgehen sollen. Ein Krankentransportautomobil steht vor dem Bahnhof, um die Schwerverwundeten ins Hospital zu schaffen, an die hundert Tragbahren stehen in Reih und Glied auf dem Perron und warten auf den nächsten Zug. Man ist doch so weit von der Schlachtfront, und doch dieses grauhäutige Bild, diese handgreifliche Nähe der Kriegsgreuel! ...

Ueber einen weiten Platz zieht eben ein Trupp türkischer Gefangener; es mögen dreihundert sein, an der Spitze und am Schluß je zwei bulgarische Soldaten. Die Türken sind mager, müde; mit allen möglichen Kopfbedeckungen und allen unmöglichen Fußbekleidungen schleppen sie sich stumm und die Gedärme neugierig betrachtend durch die Straßen der Stadt. Man boodet sie kaum und hat Mitleid mit ihnen. Neben mir sagt einer: „Arme Kerle, sie haben doch auch vielleicht Weib und Kind zu Hause.“

Am andern Morgen, da wir Sofia verlassen, um uns in das Balkangebirge zu begeben, sehen wir im Bahnhof dasselbe Bild wie Tags zuvor. Hunderte von Halbgenesenen, die wieder zur Front gehen, und Hunderte von Verwundeten, die ankommen. In allen Stationen lange Anstehsalte, starker Wechsel von Ein- und Aussteigenden. Jetzt erfährt man auch mehr von den Vorgehängen auf dem Kriegsschauplatz. Ein Oberleutnant aus B a r n a, der, von einer Schrapnellwunde am Beine geheilt, wieder einrückt und der gut deutsch spricht, erzählt, unter welchen Mühen, fast auf dem Bauche rutschend, sie Position um Position nehmen mußten. Die Gewehrbesätze der Türken seien nicht gefährlich gewesen, die Geschosse waren sehr spitz und sehr „humanisch“, wie er sich ausdrückte. Die Wunden heilten meist schon nach zehn bis elf Tagen. Säbretter waren die Schrapnellwunden und er selbst sei mit seinen Leuten stundenlang dem fürchterlichen Schrapnellfeuer der Türken vor Adrianopel ausgesetzt gewesen. Nur dadurch, daß sie den Tornister auf den Kopf nahmen und sprunghaft vorwärts liefen, um sich flach auf den Boden zu werfen, konnten sie dem verheerenden Feuer entkommen. ...

Wie sind inzwischen in Gorna T r e d o w i t s c h a angekommen und müssen umfragen. Hier erfahren wir, daß auf der Straße T r e n o - T r e b n a, die wir jetzt befahren sollen, ein Eisenbahnunfall geschehen sei. Eine Lokomotive samt Tender sei die Böschung hinab in den Fluß gestürzt; und in der Tat, als wir gegen 7 Uhr abends an jene Stelle kommen, liegen Lokomotive und Tender, zweimal überstürzt, im Flußbett. Da Felsstücke auf dem Gelsee liegen, müssen wir alle umfragen, was mit Rücksicht auf die vielen Verwundeten beim Schwimmen Licht einer Nacht nur mit großer Mühe

bemerkenswert werden kann. Dieser Eisenbahnunfall regt niemanden mehr auf. Sind doch alle seit vielen Wochen an Tod und Verderben gewöhnt und resigniert wird alles aufgenommen und ertragen. Als wir auf der Rückreise zwei Tage später an derselben Stelle vorbeikommen, liegt die Lokomotive noch immer, schon halb verrotten, im Fluß. Niemand ist da, sie aufzustellen und hinauf zu befördern. Das gehört mit zum Kriege. Nichts wird ausgebaut und nichts wird gereinigt. Die Waggons sind alle schon viele Wochen im Betrieb, viele mit gesprungenen Fensterscheiben, abgerissenen Lehnen und schlecht schließenden Türen. Wenn der Krieg aus sein wird, werden Monate, vielleicht Jahre vergehen, ehe wieder alles nachgeschafft und ausgebessert sein wird. Einzige der Schlafwagen, den wir auf der Rückreise zwischen Sofia und Belgrad benützen, ist in Ordnung. Hier haben sich serbische und bulgarische Offiziere, Militärbevollmächtigte und Korrespondenten ein Plätzchen gesucht. Man macht einander Besuche und die auf Urlaub heimkehrenden Krieger haben vieles zu erzählen. Der junge bulgarische Reserveleutnant P., ein in Wien erzogener und gegenwärtig in Paris lebender bulgarischer Unteroffizier, hat den Krieg als Automobilist beim Stabe in K i r k i t s c h e m i g e m a c h t. Er erzählt von den Mühen und Qualen der tapferen bulgarischen Armee, wie sie im aufgeweichten Boden täglich 30 Kilometer Wegstrecke zurückgelegt, wie der Train anfangs nur mühsam 15 Kilometer täglich vorwärtskam, also immer mehr hinter der Front zurückblieb, und wie die armen Soldaten einmal drei Tage lang mit einer Brotstation auskommen mußten. Fürchterlich haben die Pferde gelitten. Fast alle Pferde der bulgarischen und der serbischen Armee seien gefallen, und da die Kadaver nicht beseitigt wurden, sei das Schlachtfeld mit Pferdeleichen besät. Die gefallenen christlichen Soldaten wurden in Gräben zu je zehn bis fünfzehn Mann beerdigt. Die türkischen Leichen wurden aufgestapelt, mit Benzin übergossen und verbrannt, jeder Soldat des vereinigten Balkanbundes habe eine Hochmarke mit Namen und Wohnort um den Hals hängen; wer fällt, dessen Name wird veröffentlicht werden. Schauerhaft sei der Anblick der zahllosen herumstreifenden verlassenen Hunde, welche die Kadaver ausfressen und anfreßen. „Acht und acht sah ich neben einer halbangesessenen Leiche den an Leichengift verreckten Hundeladaver liegen“, erzählt Leutnant P. Er zeigt mir ein einem Toten abgenommenes türkische Mäusergewehr und einen türkischen Offiziershabel. Da die Türken anfänglich abgerundete Patronen und später späte Munition erhielten, der Gewehrhaß aber nicht geändert wurde, hätten sie meistens zu weit geschossen. Die Granatenschnüsse aus den Feldkanonen seien zu kurz gewesen, so daß viele Verwundungen der Bulgaren Konstantionen durch das aufgeworfene Erdreich waren.

Und die serbischen Offiziere, die von Adrianopel nach Belgrad heimkehrten, ergänzen die Mitteilungen des Reserveleutnants und zeigen türkische weggeworfene Gürtel mit den vollen Patronen, die Dolerie und schrecklich seien die Mühen des Feldlagers auf dem nassem, durchweichten Boden. Adrianopel sei unannehmbar. Sobald sich auch nur ein Soldat der Belagerungsarmee zeigt, donnern zugleich sämtliche Kanonen und Maschinengewehre aus der belagerten Festung. Fürchterlich sei die Wirkung der Maschinengewehre. Solange die Türken Proviant und Munition haben, ist eine Einnahme der Festung nicht möglich. ...

b. Sach-Vordr. Dann ging er aber gegen den sozialdemokratischen Kandidaten los. Wer nicht wolle, daß bei uns, wie in Frankreich, Kirchen zu Scheunen und Zirkeln eingerichtet würden, der dürfe nicht für die Sozialdemokratie stimmen. Und nun ging ein Hellenpeltzel los. Besonders eifrige polnische Freiheitskämpfer pflegten auf ihren fürsorglich mitgebrachten Pfeifen; andere erzeugten solche Musik mit ihrem Maultier. Durch Schreien, Trampeln und Ausrufen Madou machte das verheißene polnische Gefolge jede Engegnung unmöglich. Ergo tonale Strindmann in dem Kärm nur noch zurufen, daß er sich einer struppelosen Unwahrscheinlichkeit schuldig gemacht habe. Weiter kam er in dem Tumult nicht, denn die Polen gebärdeten sich wie Wahnsinnige. Eine schöne Probe des „Freiheitskampfes“, wie ihn polnische Demagogen führen.

So wird's gemacht.

Das Staatszeitungs-Projekt des Freiherrn v. Hertling wird immer bunter. Unter der Ueberschrift „*Rißbraut der Amtsgewalt*“ veröffentlicht unser Münchener Parteiblatt, die „*Misch. Post*“, ein neues Altkleid, das deutlich zeigt, mit welchen Mitteln das bayerische Ministerium sein Blatt in den Kreisen der Behörden und Beamten unterzubringen sucht.

Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

- München, den 7. Dezember 1912.
Kgl. Regierung von Oberbayern,
Kammer des Innern.
1. die I. Polizeidirektion München,
 2. das Kommando der Schutzmannschaft,
 3. die I. Polizeiamter München,
 4. die I. Polizeiamter und expon. I. Bezirksamtsassessoren des Regierungsbezirks,
 5. die unmittelbaren Stadtmagistrate und unmittelbaren Kirchenverwaltungen des Regierungsbezirks,
 6. die I. Landbauämter, Straßen- und Flußbauämter und Kulturbauämter, dann die Sektion für Wildbachverbauung in Rosenheim,
 7. die Staatserziehungsanstalt in Wasserburg,
 8. die Direktionen der Heil- und Pflegeanstalten Gising, Haar und Gadersee,
 9. die I. Unterrichtsstiftungsadministration München und die Kapellstiftungsadministration Altdorfing,
 10. die Rektorate der humanistischen Gymnasien und Progymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen,
 11. die Vorstanderschaft der Schatzschulen Verdachsgaden, Partenkirchen und Oberammergau und der Weigenbauerschule Wittenwald,
 12. der Aufbeschlagsschule München,
 13. die Direktion der Lehrerbildungsanstalten Freising und Pasing,
 14. die Inspektion der Präparandenschulen Landsberg, Rosenheim,
 15. das Direktorat der Kreislehrerinnenbildungsanstalt München,
 16. die Vorstanderschaft der Landesoberbauerschule Landsberg,
 17. die Vorstanderschaft der landwirtschaftlichen Winterschule,
 18. die Direktion der Hebammenchule.

Vertraulich.
Bayerische Staatszeitung.
Inhaltlich Entschließung der I. Staatsministerien des Innern beider Abteilungen vom 3. Dezember l. J. Nr. 2318a 5 wird vom 1. Januar 1913 an im Verlag einer G. m. b. H. „Bayerischer Staatszeitungsverlag“ in München unter dem Titel „Bayerische Staatszeitung, N. Bayer. Staatsanzeiger“ eine neue Tageszeitung erscheinen.

Durch § 1 der I. Verordnung vom 25. November l. J. (G. S. Bl. S. 1215) ist dieser Zeitung die Eigenschaft eines amtlichen Verwaltungsorgans für den Geschäftsbereich der sämtlichen Staatsministerien und des Kriegsministeriums beigelegt worden, soweit nicht nach gesetzlichen Vorschriften (vgl. z. B. Art. 11 Pol.-St.-G.) gewisse Bekanntmachungen in bestimmten anderen Blättern veröffentlicht werden müssen.

Die „Bayerische Staatszeitung“ muß von den außen-bezogenen Behörden beziehungsweise Verwaltungen gehalten werden. Die Kosten des Bezugs sind auf die für den Bezug von Amts- und Tagelätzblättern bestimmten Etats zu verrechnen.

Der Bezugspreis der Zeitung ist vom Verlag bis auf weiteres auf jährlich 12 M. ausserordentlich des Bestellgeldes festgesetzt. Der Verlag wird darnach trachten, den Bezugspreis später zu ermäßigen.

Wegen der rechtzeitigen Bestellung der Zeitung bei den Postanstalten sind die erforderlichen Maßnahmen als bald zu treffen.

Da in der „Bayerischen Staatszeitung“ vorwiegend Bekanntmachungen von besonderer Dringlichkeit oder von mehr vorübergehender Bedeutung zur Veröffentlichung gelangen, im übrigen aber die bestehenden Amtsblätter beibehalten werden sollen, so besteht keine Verpflichtung, das Blatt jährlich binden zu lassen und dauernd aufzubewahren. Jedoch müssen jedenfalls immer vom laufenden Jahrgang der Zeitung sämtliche Nummern gesammelt und in losen aber geordnetem Zustande bis zum 1. April des folgenden Jahres aufbewahrt werden.

Nach Bedarf werden die größeren Kempter oder Stadtverwaltungen außer dem einen Exemplar der Zeitung, das unter allen Umständen gehalten werden muß, noch weitere Stücke für den Dienstgebrauch beziehen.

von Halber.

Die „*Misch. Post*“ fügt hinzu: Ein guter Kenner des Verwaltungsrechts versichert uns, daß die hier an die Amtsstellen und Städteverwaltungen gestellte Zumutung durchaus ungefährlich ist und daß insbesondere keine Gemeinde gezwungen werden kann, den Maß zu beachten. Es handle sich um einen schaden ungeschehlichen Akt der Regierungsgewalt.

Dem Verdienste keine Krone.

Aus Anlaß des Neujahrsestes wurden vom bayerischen Hofe eine große Anzahl von Auszeichnungen verliehen. Es erhielten Ministerpräsident Freiherr von Hertling das Großkreuz des St. Michael-Verdienstordens, den St. Michael-Verdienstorden erster Klasse Kultusminister von Anilling, Finanzminister von Breuninger und Verkehrsminister von Seidlein, das Ehrenkreuz des St. Michael-Verdienstordens der Senatpräsident im Reichsversicherungsamt Konrad Hartmann und Kommerzienrat Dr. Rabene in Berlin.

Die bevorstehenden Wahlen in Lippe.

Die Sozialdemokratie im lippischen Kleinstaat hat am Sonntag nach Weihnachten mit der Agitation begonnen. Der Wahltermin ist zwar noch nicht amtlich bekanntgegeben, aber man nimmt an, daß die dritte Klasse, in der allein die Sozialdemokratie Mandate erlangen kann, am 29. Januar wählen wird. In einer, wohl von bürgerlicher Seite ausgehenden Veröffentlichung heißt es, daß die Linke des alten Landtags eine Mehrheit von einer Stimme gehabt habe, und daß sich der bevorstehende Kampf in der Hauptsache um die Erhaltung dieser Mehrheit drehen werde. Ganz abgesehen davon, daß die beiden dem alten Landtage angehörenden National-Liberalen in grundsätzlichen Fragen recht unversöhnte Antagonisten sind, die nur sehr bedingt zur „Linke“ gerechnet werden dürfen, dreht

sich für die Sozialdemokratie der Kampf darum, den Liberalen in der dritten Klasse Mandate abzunehmen.

Von den rund 81 000 Wahlberechtigten im Fürstentum Lippe wählen 425 in der ersten Klasse, 3000 in der zweiten und 27 000 in der dritten. Infolge der Bestimmung des geänderten Wahlsystems, wonach auch Angehörige anderer deutscher Staaten wahlberechtigt sind, wenn sie seit drei Jahren in Lippe wohnen, mögen sich diese Zahlen ein wenig geändert haben. Von den sieben Mandaten der dritten Klasse hatten die Liberalen bisher sechs, nur eins war der Sozialdemokratie zugefallen. Zwei gingen uns bei den letzten Wahlen im Jahre 1908 verloren. Unsere früheren Siege waren aber nicht aus eigener Kraft errungen, sondern darauf zurückzuführen, daß der Liberalismus in zwei Lager gespalten war, die sich heftig bekämpften. Die Verhältnisse lagen zudem für uns bisher insofern ungünstig, als etwa 14 000 lippische Wanderarbeiter (Ziegler) in der Mehrzahl liberal wählten. Erst nach und nach hat sich darin eine Aenderung angebahnt, die auch bei den letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck kam, wo wir über 2000 Stimmen gewannen, die Liberalen aber ebensoviel verloren. Der Wahlkreis ist im allgemeinen noch nicht industriell durchsetzt, sonst würden ja auch nicht Tausende kräftiger Bewohner in jedem Frühjahr über die Grenze gehen.

Die Liberalen haben im Landtage mit den Konservativen Frieden geschlossen; jedenfalls ist von den Jähren beider Parteien in den letzten Jahren öfter eine Arbeitsgemeinschaft das Wort geredet worden, und die gesetzgeberischen Ergebnisse sind denn auch danach, liberall nur schwächliche Konzessionen, fast nirgends ein frischer, freigeistlicher Zug! Im übrigen krankt ja der lippische Staat an denselben Uebeln wie all die deutschen Kleinststaaten, die ja samt und sonders nicht leben und nicht sterben können. Der eine klagt am meisten über preussische Ausfugung, der andere über kostspielige Verwaltung, der dritte über die Last der fürstlichen Würde und der vierte klagt über all das und noch mehr. In Lippe finden sich diese Uebel in konzentrierter Form und die notwendige Folge ist, daß die besitzenden Klassen die Arbeiter umso stärker zur Steuerleistung heranziehen. Die Sozialdemokratie wird es bei der Agitation nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß man den Arbeitern zwar zumute, höhere Steuern als anderwärts zu zahlen, daß man ihnen aber das gleiche Wahlrecht vorenthält.

Gefinnungsschnüffeleien eines katholischen Gesellenvereins.

Das Zentrum, das immerwährend die Arbeiter-, Sport- und Geselligkeitsvereine als politische Hinstell, behauptet, die katholischen Vereine hätten mit Politik nichts zu tun. Wie unpaß diese Behauptung ist, ergibt sich wieder aus einem Schreiben, das der katholische Männerverein in Hohenlimburg i. W. denjenigen seiner Mitglieder zugesandt hat, die bei der Stadtkorrespondentenwahl, bei der das Zentrum mit den nationalliberalen Scharfmachern zusammenging, ihre Stimmen für das sozialdemokratisch-demokratische Kompromiß abgegeben. In dem Schriftstück, durch das die renitenten katholischen Männervereinsmitglieder aufgefordert werden, sich „mündlich oder schriftlich bei einem Vorstandsmitglied des Vereins zu äußern“, wird unter anderem gefragt, ob sich die betreffenden Wähler durch die Stimmabgabe für den Sozialdemokraten zur Sozialdemokratie bekennen wollten. Weiter werden sie für den Fall, daß sie dies durch ihre Abstimmung für den Sozialdemokraten nicht beabsichtigten, gefragt, weshalb sie sozialdemokratisch gewählt haben. Ein Beweis, wie selbst in Orten, die keineswegs überwiegend katholisch sind, das Zentrum bestrebt ist, die katholische Arbeiterklasse unter Anwendung aller Mittel vor seinen Parteikarren zu spannen.

Die „alten“ Leute.

Der Währiger aus Detmold gebürtige Schutzmacher und Sekreite Friedrich Leuschen, von guter Führung und unbefragt, und der Währiger aus Callenburg bei Körtheim gebürtige Alan August Wenzel, von unbefriedigender Führung und adäquat disziplinarisch bestraft, beide von der 8. Eskadron des Königlich-Walzen-Regiments (1. Hannov.) Nr. 13, führten sich als „Dreijährige“ im Beginn des laufenden Dienstjahres berufen, gegenüber dem „erst im zweiten Jahre dienenden“ Wannen Kiel die rasende Remeis zu spielen. Kiel, ein sehr kräftiger feldlicher Schlächter, hatte sich nämlich „unterfangen“, einen Sekreite, der ihn ins Gefäß stieß, zurückzustößen. Dieler und ein anderer noch viel harmloserer Vorkall wurde Kiel von den „alten“ Leuten nicht vergessen. Am 2. November spät abends gingen Leuschen und Wenzel in angetrunkenem Zustande nach der Stube, in der Kiel lag. Leuschen listete die Weitecke des Kiel und hielt diesen fest, während Wenzel mit einem Rohrstock auf Kiel losschlug, dessen Reine bald mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt waren. Als sich Kiel schließlich losgerissen hatte, schützten die beiden Amentäter, denen Kiel nachlegte. Er stellte Leuschen, der sich ins Bett gelegt hatte und schlafend saß, sofort zur Rede. Einer weiteren Verprügelung durch die hierauf von L. alarmierten „Dreijährigen“ entging R. nur durch das tätige Solidaritätsgelübde der „Dreijährigen“. Am andern Tage hatte Wenzel noch die Frechheit, den Kiel anlässlich eines Wettstreites mit einem besponnenen Reittüfel über den Kopf zu schlagen. Kiel erlitt hierdurch eine 5/8 Zentimeter lange bis auf den Knochen reichende Stirnwunde, die jedoch gut verheilte und ihm nur einen viertägigen Lazarettaufenthalt einbrachte.

Das Kriegsgericht der 19. Division, das am 3. Dezember beide Angeklagte der gemeinschaftlichen Körperverletzung und Wenzel außerdem einer zweiten gefährlichen Körperverletzung schuldig erkannte, verurteilte den von Wenzel hart beunruhigt gewesenen Sekreite Leuschen zu drei Wochen, Wenzel zu der empfindlichen Strafe von vier Monaten Gefängnis, indem es beiden Angeklagten bezüglich des ersten Falles mildernde Umstände zubilligte. Die gegen dieses Urteil vom Gerichtsherrn wegen zu niedriger Strafe und von Wenzel wegen zu hoher Bestrafung erhobene Berufung wurde heute vom Oberkriegsgericht verworfen, das die Entscheidung der Vorinstanz vollinhaltlich bestätigte.

Wie finden die Strafen, ebenso wie der „Berichtsherr“, zu milde. Soll dem eingezeichneten Veruch der sündigen Wühhandlung der jungen Mannschaften durch die sogenannten „alten“ Leute gesteuert werden, dann muß den eingebildeten Karren, die sich das Recht anmaßen, aus reinem Uebermut die Reueingetretenen zu quälen, ganz energisch auf die Finger geklopft werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Wahlrechtsgegentwurf in Ungarn.

Budapest, 31. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Seinem Versprechen getreu, hat der Ministerpräsident Lufacs Dienstagmittag dem Reichstag das neue Wahlrechtsgesetz vorgelegt. Es entspricht Wort für Wort den Mitteilungen, die das sozialdemokratische Organ bereits vor vierzehn Tagen veröffentlicht hat. Dem Entwurf fehlt jede Begründung, er betont einzig und allein, daß eine Wahlrechtsreform notwendig ist. Da das alte Gesetz nur einem geringen Teil der männlichen Bevölkerung das Wahlrecht gibt, war die Regierung gezwungen, das Gesetz auszudehnen, jedoch nur so weit es die Interessen der herrschenden Klassen gestatten. — Dann wurde der Reichstag bis zum 20. Januar 1913 vertagt. Das Wahlrechtsgesetz wird sehr wahrscheinlich bei der Neueröffnung des Reichstages einer Kommission von 21 Abgeordneten zur Beratung überwiesen werden; jedoch läßt es die Regierung sehr gerne, wenn die Opposition an der Beratung teilnehmen würde. Darauf ist

jedoch gar nicht zu hoffen. Die Opposition erklärte auch am Dienstag nicht im Reichstage. Die Straße bot das gleiche Bild wie an früheren Sitzungstagen; die Polizei bildete einen Storden um das Parlament.

Der Justizminister ist infolge der Unterbreitung der Wahlrechtsvorlage aus der Regierungspartei ausgetreten und hat sein Amt niedergelegt. Der Ministerpräsident ersuchte den Justizminister, mit seiner Demission bis zum 15. Januar zu warten. Der Sohn des Justizministers, auch ein regierungsfreundlicher Abgeordneter, hatte bereits in einem Briefe ebenfalls seinen Austritt aus der Regierungspartei angemeldet. Ihm sind weitere sieben Abgeordnete gefolgt; man gibt sich in oppositionellen Kreisen der Hoffnung hin, daß die Regierungspartei in die Brüche geht.

Die sozialdemokratische Parteileitung wird noch im Laufe des Monats Januar einen außerordentlichen Parteikonferenz nach Budapest einberufen, der darüber beraten soll, wie diesem Geleze energisch entgegengetreten werden kann und der die Aktionen feststellt, die während der Beratungen des Wahlrechtsgesetzes im Lande vorgenommen werden sollen. Eine Million Flugblätter ist bereits in allen Sprachen und nach allen Gegenden hin verschickt worden.

Frankreich.

Mafregelung von Staatsarbeitern.

Paris, 31. Dezember. Auf Anordnung des Marineministers wurden gegen 280 Arbeiter des Arsenal von Orient, die an dem Proteststreik vom 18. Dezember teilgenommen hatten, Disziplinarmassnahmen getroffen.

Italien.

Eine Orgie der Phrasen.

Rom, 28. Dezember. (Eig. Ber.) Die italienischen Nationalisten haben dieser Tage in Rom ihren dritten Kongress abgehalten, der noch einmal die innere Leere und Wurzellosigkeit dieser von geschwollenen Phrasen lebenden Bewegung darlegen hat. Von dem numerischen Unterschied abgesehen, bildet der italienische Nationalismus ein Pendant zum „Teutismus“ und seinen „völkischen“ Bestrebungen, mit einem bescheidenen Einschlag der Gefühls- welt der „echt russischen Leute“.

Auf dem Kongress, der von rund 150 Personen, vorwiegend Journalisten, besucht war, erfuhren wir, daß der italienische Nationalismus berufen ist, die Individuation der italienischen Nation in der Welt zu fördern. Um dies Programm zu verwirklichen, müssen die Nationalisten die nationale Eigenart gegenüber den internationalen Bestrebungen „fentimentaler, sozialistischer und platonischer Art“ überall vertreten. Natürlich sind sie antisozialistisch und antidemokratisch, welche Erklärung den Austritt von 28 Kongressisten aus der nationalistischen Vereinigung zur Folge hatte. Gegenüber der katholischen Partei betonte man die Souveränität des Staates, aber hehrreißigerweise kam der Katholizismus von allen internationalen Gemeinschaften noch am besten weg; schlechter erging es dem Freimaurertum, das seiner Internationalität wegen feierlich desavouiert wurde.

Natürlich gehört zur „Individuation“ die Expansion und zu dieser ein starkes Heer und eine große Marine. Also: Vermehrung des stehenden Heeres, Verlängerung der Dienstzeit und — zur Ehre des Kongresses sei es gesagt — Abschaffung der Begünstigung der Reichen, die der Einjährigendienst darstellt, und stärkere Besteuerung der hohen Einkommen zur Bestreitung neuer Militär-ausgaben. Am Krieg wurde getadelt, daß sich die Generale durch „humanitäre Rücksichten“ hemmen ließen, welche schäbische Auf-fassung ganz zum modernen Feuilletonstil des Kongresses paßt. Zur Parteibildung fühlte die Bewegung sich noch nicht reif, ungeachtet eines unternehmbareren Bestrebungsgeruchs. Man nahm auch noch ein Votum für ein Nationaldenkmal für Francesco Crispi an und erklärte gegenüber dem Austritt der durch die antidemokratische Resolution Verletzten, daß der Nationalismus gegen die Demokratie, aber nicht gegen das Volk sei. Ohne Volk, fügte man großmütig hinzu, gäbe es ja keine Nation!

Uebrigens, um auch ernst zu reden, hätte ein wirklicher gesunder Nationalismus in Italien eine Aufgabe zu erfüllen. Was bedroht die Eigenart des italienischen Volkes, was seine moralische Würde und seine körperlichen Werte mehr als die — Fremden-industrie und die Auswanderung? Die eine durchscheit moralisch und die andere körperlich das Volk. Nichts ist für Ehrlichkeit in Handel und Wandel verhängnisvoller als gerade die Fremdenindustrie. Und wer die nationale Witzung der italienischen Auswanderung aufstellen wollte, der darf nicht bei den Hunderten Millionen stehen bleiben, die sie ins Land bringt; er sehe sich auch die Durchsehung mit Syphilis in den Gebirgsdörfern Norditaliens an, den immer geritzender werdenden Alkoholismus, er überzeuge sich davon, was in Kalabrien und Sizilien die aus Amerika mit den Erparnissen heimgebrachte Tabakulose aus einer bisher gesunden Bevölkerung gemacht haben. Hier handelt es sich wirklich um „nationale Güter“, die man schützen sollte.

Marokko.

Menschenjagden.

Moqueez, 31. Dezember. Die Besatzung der Kasbah Artoud unternahm eine Razzia in den Duars der arabischen Benimtit. Ein Kapitän, ein Jäger und sieben Mann wurden verwundet. Die Benimtit hatten zahlreiche Tote.

China.

Mongolische Rüstungen gegen China.

Peking, 31. Dezember. (Weldung der „Agence d'Extreme Orient“.) Nach den neuesten aus Urga eingetroffenen Nachrichten hat der „lebende Buddha“, der sehr beunruhigt über die neuerdings eingetretene Wendung der Ereignisse ist und ein bewaffnetes Einschreiten Chinas befürchtet, den Schutz Russlands angerufen. Nach mehreren Beratungen sind die mongolischen Minister zu folgenden Entschlüssen gekommen, nachdem festgestellt worden ist, daß die gegenwärtig an der Grenze aufgestellten russischen Truppen durchaus genügen. Man beabsichtigt

1. in Russland 30 Militärsenken, 9 Gebirgsgeleise und 500 Geschütze zu bestellen,
2. 2000 Mann Kavallerie unter dem Kommando russischer Offiziere aufzuheben und
3. bei der Russisch-Asiatischen Bank eine Anleihe von 40 Millionen Rubel aufzunehmen, für die die mongolischen Bergwerke das Unterpfand bilden sollen und die zur Organisation einer nationalen Armee und zum Bau einer Eisenbahn für militärische Zwecke dienen sollen.

Gefangennahme eines mongolischen Fürsten.

Urga, 31. Dezember. Der mongolischen Regierung ist die Meldung zugegangen, daß chinesische Truppen den Fürsten des Miao-Schan-Bezirks in der Süd-Mongolei, der dem Hünsten Treue gelobt hatte, ergriffen und nach Kwei-twa-ischung (Kuitung) gebracht haben.

Gewerkschaftliches.

Netzrekord.

Das Jahr 1912 fiellte eine Reihe Reforme auf. Glanz ernten brachte das Jahr der Landwirtschaft. Es kann sich der größten Produktionsziffern rühmen. Der Außenhandel sucht an Lebendigkeit und Umfang vergeblich seinesgleichen. Die Lebensmittelpreise kletterten, wenigstens teilweise, zu schwindelnder Höhe hinauf. Fast noch übertroffen werden all diese Rekorde von dem in der Gatz gegen das Koalitionsrecht Erreichten. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist reich an Angriffen und Verdrängungen gegen das Koalitionsrecht. Schon vor 40 Jahren, kurz nach der Gründung des Deutschen Reiches, servierte die Regierung, scharfmacherische Anweisungen folgend, eine Novelle, die eine Herabsetzung des Strafmaßes auf 6 Monate für die durch den § 153 der Gewerbeordnung unangenehm Vergehen vorsah. Mit dem Sozialistengesetz vom Jahre 1878 erfolgte ein großer Schlag, der die äußeren Formen der gewerkschaftlichen Organisationen vielfach auseinanderriss. Der Geist der Organisation blieb natürlich lebendig. Das wurde offenbar, als das Sozialistengesetz gefallen war. Sofort riefen die Scharfmacher wiederum nach einer Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung. Ein Jahr sollten die Scharfmacher diesen Paragraphen ins Gefängnis gesteckt werden können. Wie früher wurde auch dieser Anschlag durchkreuzt. Bald kam eine Hochkonjunktur der Geze. Die Scharfmacher hatten das Glück, Wilhelm II. für ihre Wünsche sich einsetzen zu sehen. Es war im Jahre 1897. In Piesfeld hielt der Kaiser die aufsehenerregende Rede, in der er „schwere Strafe“ demjenigen androhte, der andere an „freiwilliger Arbeit“ hindere. Die Scharfmacher jauchzten. Der bekannte und verrufene Zentralverband spendierte dem damaligen Staatssekretär Grafen v. Woladomsky 12 000 M. zwecks Vorbereitung eines Zuchthausgesetzentwurfes. Im Jahre 1899 erblickte dieser das Licht der Welt. Die Ausgeburt der Bosheit drohte Streikführer mit Zuchthausstrafen von 3 bis 5 Jahren. Der Reichstag verschärkte den Wechselbalg. Wild aufheulte das Scharfmachertum. Dann gab es einige Jahre Ruhe. Was die Gesetzgebung verjagte, verführten die Scharfmacher, leider mit großem Erfolge, durch eine schmieglame Rechtsprechung, auf dem Wege dienstfertiger Verwaltungspraxis, speziell mit den berüchtigt gewordenen Polizeiverordnungen zu erreichen. Aufgemuntert durch ein verlogenes Terrorisemusgeschrei, das die christlichen Gewerkschaften anstimmten, traten vor 2 Jahren die Scharfmacher wieder mit den Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen gegen das Koalitionsrecht hervor. Recht lebendig wurde der Sturm auf gegen das Koalitionsrecht im vergangenen Jahre. Die bekannten Moabiter Vorgänge, bei denen die Polizei Organe der Ausschreitungen feierte, mußten als Begründung für Scharfmacherforderungen gegen die Arbeiter herhalten. Der Zentralverband deutscher Industrieller postulierte den Grundsatz: Perseveration der Gewerkschaften! Die so von den Christen und industriellen Scharfmachern inszenierte Geze trieb ihre Wellen in das Jahr 1912 hinein. Unter dem Druck planmäßiger Angriffe erreichten sie bald die Höhe sturmgepeitschter Wogen. Bereits im Februar formulierte die Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtages Anträge, die auf eine neue Zuchthausvorlage hingen. Die sächsische Regierung sollte sie im Bundesrat vertreten. Ihr Inhalt war folgender: Verbot des Streikpostenlebens, Bestrafung des Boykotts, Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften und Aufhebung des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter sowie der in Gemeindebetrieben und im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen. Mit Hinweis auf diese Forderungen plädierte im Landtage ein konservativer Abgeordneter am 26. Februar 1912 für ein Arbeitswilligengesetz. Er berief sich dabei auch auf eine Eingabe des Senats in Hamburg. Das preussische Herrenhaus war natürlich auch nicht faul. Am 12. März beriet es über einen Antrag Buttamer, der die Einbringung von Gesetzesvorlagen gegen das Koalitionsrecht verlangte. Die konservativen Redner malten das Gespenst einer Revolution an die Wand. Die Gewerkschaften sollten vernichtet, die Polizeiorgane auf den Straßenkampf eingetübt und mit den besten Waffen ausgerüstet werden. Im Reichstage wagten sich die Scharfmacher ebenfalls und wiederholt mit Anschlügen gegen das Koalitionsrecht hervor. Und draußen im Lande stimmten die scharfmacherisch gedrückten Chöre immer wieder von neuem ihre Hymnen an. Neben den christlichen, teilweise auch den kirchlich-dünkelnden Organisationen beteiligten sich dabei religiöse und sogenannte nationale Arbeitervereine, gelbe Gewerkschaften, Innungen und sonstige Vereinigungen der Kräfte und Kleingewerbetreibenden, Handelskammern, kaufmännische Korporationen, der Deutsche Handelstag und die ganze Kollektion der Unternehmerverbände. Sie alle waren geleitet von dem Bestreben, die freien Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zu stören. Wie sehr der Gatz ihres Luns Beweggrund war, zeigte sich besonders bei den Attacken gegen die Organisation der Eisenbahner und der Militärarbeiter. In Bayern, wo die Ultramontanen regieren, begann die Gatz gegen die Eisenbahner. Aber nicht nur der Süddeutsche Eisenbahnerverband sollte vernichtet werden, der Christen Streben ging dahin, das freie Koalitionsrecht für die Staatsarbeiter im ganzen Reiche zu vernichten. Ihre unablässigen Hezereien waren von Erfolg gekrönt. Durch einen Erlaß vom 3. August vorigen Jahres unternahm es der Kriegsminister, der Militärarbeiterorganisation das Lebenslicht auszublauen. Dieserhalb kam es im Dezember zu einer großen Koalitionsrechtsdebatte. Die Sozialdemokratie hatte bereits im Februar Anträge auf Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts im Reichstage eingebracht. Wie weit die Regierung davon entfernt ist, solchen Spuren zu folgen, bewies sie klipp und klar in der Debatte über die Militärarbeiterorganisation. Minister De l b r ü c k versocht die vorantastliche Ansicht, daß es staatsrechtlich ein Koalitionsrecht überhaupt nicht gäbe. Das durch die Gewerbeordnung garantierte Recht auf Vereinigungen könne durch Privatverträge ausgeglichen werden. Das Koalitionsrecht bedürfte der reglementierenden Hand, und Staatsnotwendigkeiten diktierten das Verbot eines freien Vereinigungsrechtes und des Streikrechts. Wenn das nicht passe, könne draußen bleiben; der Eintritt in den Staatsdienst sei ja freiwillig. Der Christliche Behrens übertrumpfte den Minister noch an Unbuddhamkeit. Er erklärte, für Staatsarbeiterorganisationen dürfe man nicht einmal das Prinzip der Neutralität gelten lassen. Ein positiv christlich-nationales Glaubensbekenntnis sei erforderlich. Dafür räumte der Minister dem Papste das Recht ein, nach seinem Gutdünken die staatsbürgerlichen Rechte der katholischen Arbeiter zu beschneiden.

Die Abneigung gegen die freien Gewerkschaften zeigte, wie man sieht, das Koalitionsrecht auf den Scharfmacher. Mit herzerfrühender Deutlichkeit, getragen von dem Willen der Millionenfach Klassenbewußte Arbeiter, trat Genosse B a u e r

von der Generalkommission der Gewerkschaften den offenen und geheimen Feinden des Koalitionsrechts scharf entgegen. Auch für die Eisenbahner forderte er das Streikrecht. Gest die Regierung auf die Pläne der Scharfmacher ein, dann wird es harte Kämpfe geben. Unter keinen Umständen werden die Arbeiter die Grundlage ihrer Organisation, das Koalitionsrecht preisgeben oder auch nur antasten lassen. Dem Toben der Scharfmacher stellen sie die Forderung entgegen: Ausbau, Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechtes!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Fleischergefell! Der Betrieb des Fleischermeisters Paul Hilbrich, Reußf. Hermannstr. 114, ist wegen wiederholten Tarifbruchs geizert. Herr Hilbrich, der des Oftern auf die Einhaltung des Tarifs aufmerksam gemacht ist, hat sich nicht um die Bestimmungen gekümmert. Die Arbeitszeit hat an manchen Tagen 16 Stunden betragen. Um dies weiter so machen zu können, ist der Arbeitsnachweis des Verbandes umgangen. Dem Verbandsvertreter hat Herr Hilbrich erklärt, er mache, was er wolle; seine Gefellen müßten arbeiten, so lange er es bestimme. Der Tarif bestche für ihn nicht mehr.

Die Firma verfußt jetzt ihre Waren an Wiederverkäufer abzugeben, da das Publikum in der Umgebung das Geschäft meidet. Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Die Dachbeder und Hilfsarbeiter der Firma Bierlant in Straßund wurden zwei Tage vor Weihnachten auf die Strafe gesetzt. Die Ursache dieser Aussperrung ist in folgendem Tatbestand zu suchen: Bei den Verhandlungen, die im Frühjahr mit der Firma Japfe (Fab. G. Bierlant) über den bis zum 31. März 1914 abgeschlossenen Tarif gepflogen wurden, wünschte der Unternehmer in den Tarif aufzunehmen: „Affordarbeit ist zulässig“. Da aber bisher in Straßund nicht im Afford gearbeitet wurde, lehnte die Kommission der Arbeiter das Verlangen der Firma strikte ab, womit sich auch diese einverstanden erklärte. Nach Annahme des Tarifs wurde in einer Mitgliederversammlung beschlossen, Arbeiten im Afford nicht auszuführen, widrigenfalls diejenigen, welche gegen den Beschluß verstoßen, aus der Organisation ausgeschlossen werden sollen. Ein Mitglied, das nun entgegen diesem Beschluß im Afford arbeitete und auch mit seinen Beiträgen sehr weit im Rückstande war, wurde von der Filiale Straßund wegen rückständiger Beiträge und wegen Affordarbeit aus der Organisation ausgeschlossen. Der Unternehmer verlangte nun, die Filiale solle den Ausschluß aufheben, da er sich durch diesen Ausschluß in seinem Geschäft geschädigt fühle. Die Arbeiter erklärten, daß die Organisation und auch die Filiale Straßund nicht unter Aufsicht eines Unternehmers stehe. Der Unternehmer antwortete mit der Aussperrung und drohte, diese nicht eher aufzuheben, bis der Beschluß zurückgezogen sei. Die Arbeiter haben nun den Kampf aufgenommen. — Es wird erachtet, Zugzug von Dachbedern und Hilfsarbeitern nach Straßund fernzuhalten.

Die Züchtung der Gelben im Fleischergewerbe.

Nicht nur die Unternehmer in der Großindustrie treiben durch Gründungen von Bezirken den Gelben die Mitglieder zu, auch die Handwerksmeister, und unter ihnen besonders die Fleischermeister, bemühen sich in gleicher Art, um dadurch die freigewerkschaftliche Bewegung in ihrer Entwicklung aufzuhalten.

Im Fleischergewerbe bestehen allerorts noch lokale Vereine der Gelben, die neben dem geselligen Verkehr auch zünftlerische Gebräuche pflegen. Diese Vereine benutzen die Meister nun, um sie gegen die gewerkschaftliche Organisation, den Zentralverband der Fleischer ins Feld zu führen. Von jeher standen diese lokalen Vereine sehr stark unter dem Einfluß der Innungen, wählten doch die Innungen an vielen Orten Beisitzer für diese Vereine. Ihr Einfluß in den lokalen Vereinen hat den Innungen und vornehmlich den Fleischermeisterverband auf den Gedanken gebracht, die Mitglieder dieser Vereine zu einer billigen Truppe zu erziehen, die sie bei Streiks und auch gegen die ihnen verhasste Gesellenorganisation gebrauchen könnte. Systematisch wird seit einigen Jahren eine solche Agitation betrieben, die bei der Rückständigkeit der Berufsangehörigen immerhin einigen Erfolg zeitigte. Das erstrebenswerte Ziel des Fleischermeisterverbandes aber war die Zusammenfassung aller Vereine zu einem, über das ganze Reich sich erstreckenden „gelben Bund“. Zur Verwirklichung ihrer Idee fanden sie einen passenden Strohmann, der die Gründung dieses Bundes mit Unternehmersgeld betrieb. Und die einzelnen Innungen halfen dort, wo die lokalen Vereine sich sträubten, mit „sanftem“ Druck nach. Die Mittel aus Unternehmerkreisen flossen so reichlich, daß bald eine gelbe Zeitung herausgegeben und ein Agitator mit 3000—4000 M. Gehalt angeestellt werden konnte. Heute hat dieser gelbe Bund bereits drei bezahlte Beamte, die die Geschäfte der Unternehmer besorgen. An Beitrag erhebt dieser Bund pro Mitglied und Jahr 2,40 M., die Mitgliederzahl soll nach ihren eigenen Angaben etwas über 5000 betragen. Es ist also leicht auszurechnen, daß die Fleischermeister sich ihre gelbe Schutztruppe etwas kosten lassen.

Die Fleischermeister wollen selbstverständlich für das Geld und die Mühe, die sie ihrem gelben Bund opfern, auch einen Nutzen sehen.

Sie sind nun dazu übergegangen, die gelben Gefellen zu Deuzuganten zu erziehen. Die Gelben müssen allerwärts die Adressen der organisierten Gefellen sammeln und den Innungsvorständen übermitteln, die dann für die Preislosmachung der organisierten Gefellen Sorge tragen, was bei der starken Unternehmerorganisation und bei dem Gatz der Fleischermeister gegen den Zentralverband nicht schwer fällt. Ist doch in Frankfurt a. M. bei einem Prozeß gegen den Verbandsbevollmächtigten von einem Gelben unter Eid ausgesagt worden, daß sie von den Innungen den Auftrag haben, die Organisierten zu diesem Zweck festzustellen. Man geht aber in neuerer Zeit noch rigoros gegen die Zentralverbände vor. Die gelben Vereine müssen einfach auf Befehl bei den Innungen beantragen, die Zentralverbände vom Arbeitsnachweis der Innung auszuschließen und nur gelbe Gefellen, die sich durch die gelbe Bundesmitgliedschaft legitimieren können, zu vermitteln. In Berlin, Frankfurt a. M., Bremen, Leipzig sind derartige Innungsbeschlüsse bereits gefaßt, und in anderen Städten ist man dabei, den Gelben zuliebe auch dort den organisierten Gefellen von jeder Arbeitsvermittlung auszuschließen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die gesamte Arbeitsvermittlung im Fleischergewerbe sich ausschließlich in Händen der Innungen befindet, kann man auch verstehen, welchen schmerzlichen Kampf die Fleischerorganisation durchzuführen hat. Das Treiben der Gelben und der Innungen ist schon deshalb äußerst verwerflich, weil es die Koalitionsfreiheit einfach illusorisch macht.

Die organisierten Fleischergefell sind daher gezwungen, mit Hilfe der Arbeiterkassette, überall Kämpfe zu führen, bei denen neben der Verbesserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor allem auch die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises gefordert wird. Nur auf diese Weise läßt sich ein Damm gegen die gelbe Seuche, die rücksichtslos über die Existenzen von Tausenden ehrlicher und charakterfester Arbeiter hinwegweht, entgegenzusetzen. Daß die Fleischergefellorganisation ihre volle Schuldigkeit tut, das beweist die fortwährende Steigerung ihrer Mitgliederzahl trotz dieser für sie so unangünstigen Verhältnisse.

Aber mehr als je sind die Fleischergefell auf die Unterstützung der organisierten Arbeiter angewiesen. Der Fleischerverband verlangt keine materielle Unterstützung, er hat seine Beiträge zu erheben, daß es ihm möglich ist, die Mittel für seine Kämpfe aufzubringen. Aber die moralische Unterstützung der gesamten Arbeiter braucht der Verband unbedingt, wenn er dem Vernichtungskampfe der Fleischermeister und ihrer Gelben wirksam entgegenzutreten will.

Aber auch die Konsumvereine, die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Fabrikantinnen und Arbeiterlosale könnten sehr viel zur Unterstützung der von rückständigen Zünftlern bedrohten Fleischerorganisation tun, wenn sie nur beim Bezug von

Wurst- und Fleischwaren auch prüfen würden, ob bei jenen Fleischermeistern Tarifverträge abgeschlossen sind, oder ob zum mindesten organisierte Gefellen im Betriebe vorhanden und geduldet werden. Bei allen Lieferungen sollte eben bei der Organisationsleitung dieserhalb erst Rücksprache gehalten werden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß, wenn die Arbeiter der Fleischerorganisation die volle moralische Unterstützung zuteil werden lassen, es in kürzester Zeit gelingt, die Bedrängung der Koalitionsfreiheit durch die Meister und ihre gelbe Schutztruppe zurückzuweisen.

Achtung, Former und Gesellenarbeiter! Die Arbeiter der Abteilung Wieserei der Geislinger Maschinenfabrik A. G. in Geislingen-Stuttgart haben am Sonnabend, den 28. d. Mts. einstimmig beschlossen, die Kündigung einzuziehen, um die Einführung zeitgemäher Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Seit langer Zeit drängt nämlich die Direktion dieses Werkes auf die Einführung der Affordarbeit. Die Arbeiter haben dazu erklärt, daß sie gern bereit sind in Afford zu arbeiten, wenn die Firma die Vereinbarungen einführt, die zwischen dem Verband Württembergischer Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband im Mai d. J. geschlossen wurden. Dem kam die Firma nun nicht nur nicht nach, sondern sie erklärte den Arbeitern rund heraus, daß derjenige, der am 2. Januar n. J. nicht in Afford arbeiten will, entlassen wird. Sie werde dann nach Einführung der Affordarbeit Verordnungen über dieselbe erlassen. Um das Maß aber ganz voll zu machen, stellte die Firma am 28. Dezember dem Vertrauensmann der Arbeiter, der seit 22 Jahren im Betrieb beschäftigt ist, die Kündigung zu. Da es wenige Betriebe in ganz Württemberg geben dürfte, wo die Arbeitsverhältnisse so rückständig sind wie in der Geislinger Maschinenfabrik, so ist wohl zu hoffen und zu wünschen, daß das Vorgehen der Arbeiter weitgehende Unterstützung findet und Zugzug streng fern gehalten wird.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Ausland.

Ein Dokument der kapitalistischen Sklaverei.

London, 29. Dezember 1912. (Sig. Ver.) In dem Londoner „Daily Herald“ erläßt ein Maschinenbauer einen Aufruf an seine Kollegen, in dem er auf die sich ständig verschlechternden Arbeitsverhältnisse hinweist und zur Bildung eines großen Metallarbeiterverbandes auffordert, der die Stelle der 205 bestehenden Gewerkschaften der Metallindustrie einnehmen soll. Er schildert, wie es mit den Maschinenbauern, den „Krisolaten der Arbeit“, wie sie sich früher gern nennen hörten, immer mehr bergab gegangen sei, wie neue Erfindungen ihre Beschäftigung immer mehr erlösen und wie bald nur noch in der Werkzeugmacherei gelernter Arbeiter nötig sein würden. Wie anders, schreibt er, sei es doch früher gewesen. Da habe er von alten Kollegen gehört, wie Meister in den Fabriken Ostlondons bei Arbeitermangel die Lehrlinge ausgeschied hätten, um Vier zu holen, damit die Maschinenbauer empfinden arbeiteten. Im Jahre 1874 habe der Standardlohn für Londoner Maschinenbauer 38 Schilling betragen; heute nach 38 Jahren betrage er erst 40 Schilling die Woche. Am bezeichnendsten ist jedoch folgende Stelle des Aufrufs: „Und, Kollegen, betrachtet einen Augenblick die verdammenswerten Arbeitsverhältnisse, die in einer modernen Motor- oder anderen Maschinenfabrik bestehen. Krämien- und andere schädlichen den Profit mehrende Systeme treiben den Arbeiter beständig mehr an. Ist es nicht Zeit, daß wir erwachen und uns fragen, wozu das alles führen soll. Als ich vor einigen Jahren in einem großen Werke in Westlondon arbeitete, sah ich eine Notiz auf dem Klosett, die mir bedeutete, daß keiner dort länger als sieben Minuten verweilen und den Ort nur zweimal am Tage benutzen dürfe. Den ganzen Tag befand sich ein Aufseher dort, der danach sehen mußte, daß man die Zeit nicht übersteigt. Dieselben elenden Verhältnisse, die unser Innerstes beiseidigen, finden sich bei einer wohlbekannteren Firma in Acton. Eine Firma in Lancashire, die ich kenne, gestattet nur eine Frist von vier Minuten. Ist es nicht unerträglich, daß Arbeitgeber bestimmen, in welcher Zeit wir unsere Notdurft verrichten müssen? Wenn man eine halbe Minute zu spät kommt, verliert man einen Vierteltag. Ich frage euch, Kollegen, ob es nicht absolut entsetzlich ist, daß wir uns derartige Verhältnisse gefallen lassen müssen. Wenn wir uns nicht dazu entschließen, diese Dinge ordentlich zu bekämpfen, wird es nur unendlich schlimmer werden.“

Das organisierte Bahnpersonal Italiens gegen das System der Extravergütungen.

Kurz vor Weihnachten autorisierte ein königliches Dekret die Verwaltung der Staatsbahnen, die im letzten Geschäftsjahre unter den Ausgaben für das Personal bewirkten Ersparnisse in der Höhe von rund vier Millionen Lire unter dem Personal zu verteilen, unter Ausschluß der höheren Angestellten. Wegen dieses Dekret nimmt nun das Zentralkomitee des Syndikats der Eisenbahner Stellung. Es erklärt die dekretierte Art der Verteilung für ungesetzlich und mißbilligt prinzipiell das System der Gratifikationen, bei dem es zu einer unmoralischen Güstlingswirtschaft kommt. Das Komitee fordert alle Sektionen der Organisation auf, sich zu der Frage zu äußern und läßt den Generaldirektor der Staatsbahnen ein, über die Verteilung des Geldes die offiziellen Vertreter des Personals zu befragen, die im Beirat der Staatsbahnen Sitz und Stimme haben. Der Anfang Januar in Rom stattfindende Eisenbahnerkongreß wird sich mit der wichtigen Angelegenheit beschäftigen.

Letzte Nachrichten.

Die „Bayerische Staatszeitung“.

München, 31. Dezember. (B. Z. B.) Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht in der heute erschienenen Nummer im nicht-amtlichen Teil einen längeren Leitartikel über die Aufgaben, die das Blatt sich stellt. Es wird darauf hingewiesen, daß alle größeren Bundesstaaten bereits ein Regierungsorgan besitzen, und die Hoffnungen ausgesprochen, daß die vielfach übereilten Beurteilungen, welche die Staatszeitung nach vor ihrem Erscheinen erfahren mußte, einer ruhigeren Betrachtung Platz machen werden, wenn längere Beobachtungen darüber vorliegen, wie die Staatszeitung ihrer Aufgabe gerecht wird, die darin besteht, die Maßnahmen und die Politik der Regierung in ruhiger und besonnener Weise zu vertreten. Das Blatt betont, daß es als Regierungsorgan über den Parteien stehen wolle, und die Politik der Reichsleitung nach besten Kräften unterstützen werde.

Erdbeben in Süddeutschland.

Stuttgart, 31. Dezember. (B. Z. B.) Hier und auf der Schwäbischen Alb wurde heute abend 6 Uhr 49 Minuten ein leichter Erdstoß verspürt.

Streik der Holzarbeiter in Memel.

Memel, 31. Dezember. (B. Z. B.) Da die Tarifverträge in der Memeler Holzindustrie mit dem heutigen Tage abgelaufen waren und die Verhandlungen zwecks Aufstellung der neuen Tarife noch nicht zu Ende geführt werden konnten, trat, wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, heute abend in der gesamten Memeler Holzindustrie mit Ausnahme von zwei Klagen, die weiterlaufende Tarifverträge haben, eine BetriebsEinstellung ein.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Wirtschaftsjahr 1912.

Die letzte Wirtschaftskrise mit den Depressionsjahren 1908 und 1909 ist seit 1910 wieder durch eine von Jahr zu Jahr ansteigende Konjunktur abgelöst worden. Das verfloßene Jahr 1912 brachte einen Aufschwung von Handel und Industrie, der zum Teil den der letzten Konjunkturperiode 1907 im Schatten ließ. Dennoch besitzt die jetzige Hochkonjunktur einen so andersartigen Charakter, daß bis in die Mitte dieses Jahres hinein an der Existenz einer Hochkonjunktur gezweifelt wurde, daß weite Kreise der Industrie angeben, auch heute nichts von der Hochkonjunktur zu spüren. Während sonst der Glaube an die ungehinderte Fortsetzung des Absatzes geradezu ein Charakteristikum der Hochkonjunktur ist, lebte diesmal der Zweifel, daß überhaupt schon eine Hochkonjunktur bestände. Im Frühjahr bereits stellte der Leiter des größten deutschen Finanzinstituts die Prognose, daß sich die Woge der Konjunktur zu überschlagen scheine. Es bestand nichts von der begeisterten Stimmung der Hochkonjunkturzeiten, in denen sonst alle Kreise der Industrie voll beschäftigt sind, die Löhne der Arbeiter steigen und Mangel an Arbeitern eintritt.

Das Wirtschaftsjahr 1912 ist gekennzeichnet durch einen allgemein wirtschaftlichen Aufschwung in allen großen kapitalistischen Staaten. Das zeigt sich deutlich in der Belegung des Warenumsatzes. So wuchs in Millionen Mark

	Wareneinfuhr	Warenausfuhr
Vereinigte Staaten	1037	861
England	997	707
Deutschland	611	608
Oesterreich-Ungarn	276	125
Belgien	184	208
Frankreich	— 122	360
Italien	111	119

Allein bei den sieben großen Industriestaaten steigerte sich der Außenhandelsverkehr insgesamt um mehr als 6 Milliarden (gegen etwa 4 Milliarden im Vorjahre).

Fragt man nun, in welcher Weise sich der Anteil Deutschlands gestaltete, so muß hier in erster Linie die Montanindustrie genannt werden. Die Kohlenproduktion (in den ersten elf Monaten) stieg von 147 auf 162 Millionen Tonnen. Der Verbrauch von Kohle nahm um etwa 9 Proz. zu. Trotzdem die Versorgung des einheimischen Marktes mit ausländischer Kohle noch zurückging, konnte in verstärktem Maße Kohle ausgeführt werden. Die Ausfuhr wuchs von 22 auf 26 Millionen Tonnen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat konnte diese Situation voll ausnützen. Seit dem April bewegte sich der Absatz nahe der Beteiligungsziffer, so daß das Syndikat für den Oktober bis Januar 1913 einschließlich jede Beschränkung der Beteiligungsquoten fortfallen ließ.

Ganz ähnlich war im verfloßenen Jahre die Lage der Eisenindustrie, die als Maßstab für den wirtschaftlichen Aufschwung gelten kann. Die Roheisenproduktion in den ersten 11 Monaten übertraf die der gleichen Zeit des Vorjahres um 15 Proz. Das tritt auch in den Absatzziffern des Rheinisch-Westfälischen Stahlwerksverbandes zutage. Januar bis November 1912 wurden 5908 Laufende Tonnen der Produkte A (Halbzeug, Eisenbahnmateriale, Formeisen) gegen 5350 Laufende Tonnen im Jahre 1911 abgesetzt. Noch größer wird die Steigerung bei den B-Produkten (Stabeisen, Bleche, Walzdraht, Röhren) gewesen sein. Der Absatz erschien den Syndikatsmitgliedern trotz völliger Freigabe so gesichert, daß sie bei der Ende April vorgenommenen Erneuerung des Syndikatsvertrages auf die Syndizierung der B-Produkte verzichteten.

Neben diesen Industrien muß auf die Elektrizitätsindustrie hingewiesen werden, die vor einer Fülle von neuen Aufgaben stand, die sie kaum bewältigen konnte. Uebereinstimmend berichten die Jahresmittellagen der großen Elektrizitätsgesellschaften, daß ihre Betriebe sieberhaft arbeiteten und dennoch nicht der Nachfrage genügen konnten. Bei der Allg. Elektrizitätsgesellschaft zum Beispiel standen Aufträge und Umsätze zu Beginn des neuen Geschäftsjahres mit 457 Millionen Mark um 66 Millionen höher als im Jahre 1911.

Sehr gut günstige Beschäftigungsziffern wurden bei der Maschinenindustrie beobachtet. An dem allgemeinen Aufschwung hat auch die Textilindustrie in diesem Jahre teilgenommen. Die Verluste des Jahres 1911 — die von den Unternehmern wesentlich übertrieben worden sind — waren überhaupt nur eine Folge von Börsespekulationen in Baumwolle. In diesem Jahre hielten sich die Baumwollpreise hoch, so daß der frühere billige Einkauf den Textilfabriken noch zufließen kam. Schädigungen brachte nur die gesteigerte Lebensmittelerzeugung, die bei den wenig Bemittelten notwendig zur Einschränkung der Kleidungsstücke führt.

Nur ein Gewerbe wird genannt, das von dem Aufschwung unberührt geblieben sein soll, das Baugewerbe. Allerdings sind die Arbeitslosenziffern der Bauarbeiter recht hohe. Aber ungünstig war die Lage nur in einzelnen Städten, in denen eine das Maß der Entwicklung überschätzende Grund- und Häuser speculation zu einem Stillstand der Bauten, zu einer Störung des Bauregimes führte. Die Ziegel-, Bauholz-, Bauträger-, Zementindustrien, die die Rohstoffe liefern, liegen nicht danieder.

Der allgemeine günstige Eindruck von dem Wirtschaftsleben des verfloßenen Jahres wird bestätigt durch die Außenhandelsziffern Deutschlands. Ein- und Ausfuhr wogen an Wert in den ersten 11 Monaten des Jahres von 16 108 auf 17 430 Mill. Mark. Der Einfuhrüberschuß sank von 1439 auf 1385 Mill. Mark. Der gewaltigen Steigerung des Umsatzes nach außen entspricht der Verkehr im Inland. Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Gütertransport stiegen von 1792 auf 1986 Millionen Mark. Der außerordentliche Wagenmangel im Herbst und die gesteigerte Schiffsbautätigkeit sind die Folge dieser Verkehrsanhäufung. Dieser Ueberblick über den Gesamtumriß des Wirtschaftsjahres legt die Frage nahe, welche innere Umgestaltungen der Ausbau herbeigeführt hat. Welches sind die Ursachen, welches die Teilnehmer der Hochkonjunktur?

Die Jahre 1910 und 1911 waren bereits Zeiten starker Betriebserweiterungen der großen Werke. Allgemein kühlte man sich in der Montan- und Elektrizitätsindustrie

für die kommenden Kämpfe um den Absatz. Die jetzige Hochkonjunktur ist zum Teil durch die Anforderungen hervorgerufen, zum mindesten aber wesentlich gestützt worden. Daneben traten die Bedürfnisse der großen Verkehrsinstitute (Eisenbahnen, Schifffahrt) auf Erweiterung ihrer Anlagen. Die Steigerung der Produktion für den weiteren Absatz führte bei den Unternehmungen selbst zu neuen Betriebserweiterungen, die — ob sie nun durch Vergrößerung der eigenen Anlagen oder durch Fusionen herbeigeführt wurden — neue Kapitalserhöhungen nötig machten. Deutsch-Luxemburg, Bochumer Gußstahl, Rheinische Stahlwerke, die Mannesmann-Werke, zahlreiche Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, die Hamburg-Amerika-Linie, die Hamburg-Südamerikanische und die Deutsch-Australische Dampfergesellschaft, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens u. Halske, Siemens u. Schudert, Bergmann Aktiengesellschaft, die Deutsch-Überrheinische Elektrizitäts-Gesellschaft, die Elektrobank, Zürich, erhöhten ihr Kapital durch Ausgabe von Aktien oder Schuldverschreibungen. Kaum weniger zahlreich waren die Interessengemeinschaften und Fusionen in der Industrie. Bei dem Mangel an Rohstoffen in der Hochkonjunkturperiode trat das Bedürfnis nach Angliederung von Unternehmen, die Rohmaterialien produzieren, besonders hervor. In den kartellierten Industrien kam noch das Bestreben hinzu, durch Fusionen höhere Beteiligungsquoten zu erlangen oder bei Auflösung des Kartells gerüstet den Konkurrenzkampf zu beginnen. Diese Tendenz machte sich um so mehr geltend, als in Hochkonjunkturzeiten jedes Kartellmitglied jegliche Produktionseinschränkung als lästige Fessel empfindet. So hat der Stahlwerksverband die Syndizierung der B-Produkte ganz aufgegeben. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat löste sich auf; sofort folgte hier die Bildung neuer Konzerne. Das Rheinisch-Westfälische Zementyndikat schloß sich nach vorzeitiger Auflösung erst wieder zusammen, als erhebliche Preisunterbietungen bei einer Submission den Mitgliedern die „Gefahr“ konkret vor Augen geführt hatten. Auch beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat sind die Aussichten auf Erneuerung keine besonders guten. Die Interessen der kleinen Zechen und der Hüttenzechen streben zu sehr auseinander; auch die Außen-seiter spürten wenig Neigung, wenn nicht der sanfte Druck des dem Syndikat im Frühjahr beigetretenen preussischen Fiskus und die drohende Konkurrenz ausländischer Kohle zur Annäherung an das Syndikat gezwungen hätten. Die Werke sind eben allgemein so reichlich beschäftigt und so mit neuen Aufträgen bedacht, daß sie erhöhten Profit auch ohne Ausschaltung der Konkurrenz zu gewinnen hoffen. Nur die Banken sind auch in diesen Zeiten die eifrigsten Förderer der Monopolbestrebungen. So mußten die Bergmann Elektrizitäts-Werke vor dem Siemens-Schudert-Konzern die Segel streichen. Die mit den beiden großen Elektrokonzernen alliierten deutschen Banken gewährten den Kredit, den das Bergmann-Unternehmen infolge seiner großen Ausdehnung notwendig brauchte, nur um den Preis der Unterordnung unter den Siemens-Konzern. Direktor Berliner von den Siemens-Schudert-Werken herrscht jetzt neben und über Bergmann in dem Vorstand des Unternehmens.

Zu dem glänzenden Absatz steht in gewissem Widerspruch die Klage der Werke, daß die Preise nicht so sehr „befriedigten“. Völlig unzutreffend ist dies Urteil für die Rohstoffe. „Das Jahr 1912 kann als eine Periode hoher Rohstoffpreise angesehen werden“ urteilt der Berliner Handelskammerbericht mit Recht. Am Metallmarkt erfuhren die Preise folgende Steigerungen: Eisen um 16 Proz., Blei um 36, Kupfer um 37, Zinn um 21 Proz. Der Stahlwerksverband erhöhte seine Preise mehrfach und verkürzte dabei seine Ausfuhrvergütung. Stabeisen ist seit August 1911 von 95 auf 125 M. und mehr gestiegen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat erhöhte die Richtpreise um durchschnittlich eine Mark. Die Vertreter der königl. Bergwerksverwaltungen haben ein gleiches getan; z. T. sind sie mit ihren Steigerungen noch darüber hinausgegangen. In der chemischen Industrie Deutschlands, die von internationaler Bedeutung ist und deren Absatz sich außerordentlich günstig entwickelte, fanden ebenfalls umfassende Preissteigerungen statt. Ein gleiches Bild in der Textilindustrie: Wolle ist um 15 Proz., Baumwolle um 30, Hans um 14, Rohjute um 20—30 Proz. gestiegen. Häute und Leder stiegen, zum Teil als Folge der Viehknappheit, um 30 Proz. Diese Preissteigerungen bedeuten eine erhebliche Gewinnsteigerung der Rohstofffabrikanten. Bei der Harpener Gesellschaft stieg der Betriebsüberschuß in den ersten drei Quartalen um fast fünf Millionen, bei der Hibernia um mehr als zwei Millionen. Dementsprechend die Dividenden: Bochumer Gußstahlverein 12½ auf 14 Proz., Eisen- und Stahlwerk Hoersch 20 auf 22, Harpener Bergbau 8 auf 9, Dاسper Eisenwerke 10 auf 12, Höhnitz 15 auf 18, Rheinische Stahlwerke 8 auf 10, Rombacher Hütte 9 auf 10, Laurahütte 4 auf 6, Friedrichshütte 7 auf 10. Das gleiche gilt von den Bergbaugewerken, deren Ausbeute erheblich stieg. Bei einzelnen Werken kam die Gewinnsteigerung nicht in erhöhten Dividenden zum Ausdruck, weil die Mehrüberschüsse zu stillen Reserven, Erweiterungen usw. verwendet wurden, so vornehmlich in der Elektroindustrie. Anderswo verbarg man vor der weiteren Öffentlichkeit, besonders vor den Arbeitern, die Gewinne durch Ausgabe von Gratisaktien oder durch Ueberlassung von Aktien zu günstigen Bezugsbedingungen. Das trifft gerade auch für einzelne Unternehmungen der weiter verarbeitenden Industrie (Maschinen, Waggons, Akkumulatoren) zu und widerlegt die Behauptung, daß nur die Rohstoffindustrie Vorteil von der Hochkonjunktur hätte. Die Klagen aus der Fertigfabrikatindustrie sind dadurch zu erklären, daß sie nicht in der gleichen Weise ihren Profit steigern konnte, wie die, meist kartellierte, Schwerindustrie. Immerhin ist zuzugeben, daß die Lage der Verfeinerungsindustrien wesentlich ungünstiger ist als die der Rohstoffproduzenten. Hohe Rohstoffpreise, die durch den Hochschutzzoll verperrte Grenze und teure Lebensmittel, die höhere Arbeiterlöhne nötig machen, als sie einzelne ausländische Staaten gewähren, engen die Verfeinerungsindustrien stark ein. Die großen gemischten Betriebe, die die Gesamtproduktion, von der Rohstoffgewinnung bis zum

Fertigfabrikat, umfassen, gestalten daher den kleineren Branchen unternehmungen das Leben reichlich sauer. Um so stärker macht sich die Tendenz zu Fusionen und Interessengemeinschaften geltend. Ein klassisches Beispiel dafür bot die Ausdehnung der Mannesmann-Röhrenwerke, die sich mehrere andere Röhrenwerke und eine große Kohlenzeche angliederten und zugleich die eigene Eisen- und Stahlproduktion (Erzverhüttung) vorbereiteten. Das durch die Banken vertretene Finanzkapital übt in dieser Hinsicht einen großen Einfluß aus. Die Banken gewähren Kredit nur an die Unternehmungen, die ihnen für die Erreichung ihrer Ziele geeignet erscheinen. Und da die Konzentration innerhalb des Bankwesens die Macht in den Händen einiger Institute vereinigt, stärken auch die Banken die Konzentration in der Industrie. Neben der Kartellierung und Syndizierung der Unternehmungen fördern sie die Vertrustung einzelner Industrien. In der Elektroindustrie ist dieser Prozeß am weitesten gediehen. Das starke Kapitalbedürfnis — man denke nur an den rapiden Fortschritt der Elektrizitätserzeugung und -Verwendung, an die Ueberlandzentralen und die Elektrifizierung von Eisenbahnen — hat hier den Elektrokonzern in greifbare Nähe gerückt. Seit Bergmann im Siemens-Konzern aufgegangen, ist die weitere Vereinigung der A. E. G. und des Siemens-Konzerns nur eine Frage der Zeit. Das verfloßene Jahr zeigte eine neue Reihe gemeinsamer Unternehmungen beider Konzerne.

Auf die Konzentration der Banken sei an dieser Stelle nur kurz hingewiesen. Bisher bestehende Herrschaftsverhältnisse wurden wiederum in einigen Fällen durch Umwandlung des einen Unternehmens in eine Zweigniederlassung des größeren Instituts ausgebaut. Der Privatbankerstand geriet in eine noch prekärere Lage. Die starke Konkurrenz durch die Großbanken (hohe Depositenzinsen) macht ihm das gewöhnliche Bankgeschäft immer unlohnender. Balkankrieg und Kriegsschuld trafen ihn am meisten. Die Kursrückgänge und die Absatzstörung kleinerer Unternehmungen, denen Privatbanken Kredit gewährten, führten mehrfach zu Konkursen (vor allem in Schlefien).

Nur die Arbeiter sind von den Vorteilen der Hochkonjunktur so gut wie ganz ausgeschlossen gewesen. Gewiß, die Zahl der Beschäftigten ist größer als im Jahre 1911. Der Bestand an versicherungspflichtigen Krankenkassenmitgliedern stieg gegen das Vorjahr. Aber ebenso wuchs auch das Angebot. Von März bis August d. J. war der Andrang von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweisen stärker als im Vorjahre. Erst vom September an suchten weniger Personen Arbeit als in den Herbstmonaten des Jahres 1911. Einzelne Gewerkschaften zeigen auch jetzt noch ganz erhebliche Arbeitslosenziffern. Die immer größere Verbreitung von Maschinen und von neueren noch mehr Arbeitskräfte sparenden Maschinen hat auch im verfloßenen Jahre ungezählte Proletarier aufs Pflaster gemworfen. Der Andrang am Arbeitsmarkt stieg weiter durch die starke Heranziehung von Ausländern in der Landwirtschaft und in der Industrie. Trotzdem in diesem Jahre etwa 100 000 Personen mehr, darunter allerdings viele Ausländer, über Bremen und Hamburg auswanderten, ist von einem Arbeitermangel keine Rede. Das wichtigste Zeichen früherer Hochkonjunkturperioden fehlt diesmal. Ebenso haben die Löhne nicht mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Schritt gehalten. In vielen Industrien stehen sie noch heute niedriger als im Jahre 1907. Und selbst die geringen Aufbesserungen vermögen nicht die Verteuerung aller Lebensmittel auszuwiegen. Die Sorge um die bloße notdürftige Existenz hat dafür neue zahlreiche Kräfte auf den Arbeitsmarkt geworfen. Der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten ist gerade in diesem Jahre erheblich gewachsen. Setzt man den Bestand der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen vom 1. Januar 1905 = 100, so hielt er sich im November d. J. bei den Männern auf 127, bei den Frauen aber auf 145. Gegen den November des Vorjahres betrug der Zuwachs bei Männern nur drei, bei den Frauen dagegen sieben Prozent. Die Not zwingt die Frauen zur Fabrikarbeit. Einzelne große Unternehmungen stellen ganz systematisch Frauen ein und entlassen die männlichen Arbeiter, so daß hier eine positive Verdrängung der Männer stattfindet.

Während die Unternehmer mit Lohnerhöhungen zurückhielten, trieben sie die Arbeiter dennoch zu gesteigerter Tätigkeit an. Die großen Unglücksfälle im Bergbau sind die sichtbaren Folgen dieses Antreiberstems gewesen. Im so verdammenswerter war das Verhalten der „Christlichen“, die den Ruhrbergarbeitern im März in den Rücken fielen, als der Verband verbesserte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollte.

Die allgemeine Lernerung schmälerte nicht nur dem Arbeiter die Vorteile der Hochkonjunktur. Sie schwächte die Kaufkraft der breiten Massen so erheblich, daß Textil-, Schuh-, Möbel- und Kurzwaren-Industrie geschädigt wurden. Von dem Bedarf weiterer Konsumgüter konnte die Hochkonjunktur keine Anregung oder Unterstützung erfahren, geschweige denn, daß der Aufschwung überhaupt von der vermehrten Nachfrage des Konsums verursacht worden wäre. Diese Tatsache erklärt auch, daß vornehmlich die Schwerindustrie an der Hochkonjunktur beteiligt ist. Der Hauptbedarf kommt aus dem Auslande. Daher die gewaltigen Exportsteigerungen Deutschlands.

Man kann nicht an dem Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vorübergehen, ohne den Einfluß der Wirtschaftspolitik zu kennzeichnen. Wenn je ein Jahr den Beweis für die erhebliche Störung der ungehemmten Entfaltung von Handel und Industrie durch den agrarischen Hochschutzzoll geben konnte, dann war es das Jahr 1912. Die durch Grenzperren hervorgerufene Viehknappheit und Fleischveruerung bewog die Regierung und die bürgerlichen Parteien aber nur zu einer ganz unbedeutenden Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr, trotzdem die Schädigungen auch die Industrie erheblich trafen. Soweit die Regierung nicht den Agrariern verpflichtet ist oder bürokratisch-fiskalischer Schlenkrian (Wagenmangel!) zu Störungen im Wirtschaftsbetriebe führte, erwies sie sich natürlich unserer Hochfinanz und Schwerindustrie höchst gefällig. Der Beitritt des preussischen Fiskus zum Rheinisch-West-

fälschen Kohlenyndikat mit dem ausgesprochenen Zweck, auch die Kufensteuer zum Anschlag zu zwingen, und die Anregung von Vertretern fiskalischer Begehren zur Preiserhöhung von Hausbrandkohlen beleuchten — trotz nachträglicher Korrektur durch den Handelsminister — grell diese Situation.

Gefährlicher für die Hochkonjunktur wurden die kriegerischen Entwicklungen des verflochtenen Jahres. Das ganze Jahr stand unter dem Zeichen des Mars. In den Wintermonaten wirkte noch die französisch-deutsche Spannung nach und führte zu Verschiebungen auf dem Geldmarkt. Dazu lähmte der italienisch-türkische Krieg in etwas die Unternehmungslust. Die inneren Umwälzungen in China boten dem gegenüber eine gewisse Anregung. Zu einer ernsten Gefahr, die noch heute nicht beseitigt ist, wurde aber die Liquidation der europäischen Türkei, die auch den Zerfall der asiatischen zur Folge haben muß. Der Balkankrieg lähmte den Handel mit dem Balkan-

gebiete völlig. Werde auch Deutschland weniger direkt betroffen, so wirkt doch die Störung im österreichischen Wirtschaftsleben auf Deutschland zurück. In den ersten Monaten wurde das nicht deutlich. Aber schon in den Novemberausweisen der großen Industrieverbände ist die Tendenz der Zurückhaltung nachweisbar. Die Gefahr eines europäischen Krieges, zwischen Rußland und Oesterreich, dem die deutsche Regierung und Bourgeoisie sich anzuschließen gewillt sind, war dafür bestimmender als der Balkankrieg selbst. Die schlimmsten Wirkungen hatte die Kriegsfurcht für den Geldmarkt. Von geringerer Bedeutung sind dabei die Kursstürze, die nur die Expropriation von Privatkapitalen durch die Großbanken erleichterten. Der Kapitalmarkt geriet erst in eine starke Versteifung, als die kleinen Sparer und Rentner und wohl auch in stärkerem Maße, als es die bürgerliche Presse zugeben will, Finanzleute und größere Handelsfirmen Bargeld aufspeicherten und damit dem Verkehr entzogen. Die Deutsche Reichsbank, die im Sommer und Früh-

herbst durch einen auffällig geringen Zinsfuß — einige Tage stand er unter dem der Bank von England — den Kredit erleichterte, mußte ihre Diskontschraube schärfer anziehen. Am Jahreschluss 1912 steht bei sämtlichen Zentralnotenbanken der Zinsfuß um 1 Prozent höher als Ende 1911. Neue Diskonterhöhungen werden erwartet. Diese Lähmung des Kredit- und Zahlungsverkehrs birgt eine schwere Gefahr für das Fortbestehen der Hochkonjunktur in sich.

Diese Hemmungen bestehen zum Jahreswechsel unverändert fort. Die Arbeiterklasse hat am meisten von ihnen zu fürchten. Jede Betriebs Einschränkung trifft sie am härtesten. Da auch die Lebensmittelteuerung nicht nachläßt, sind die Aussichten für die Arbeiterklasse keine günstigen. Um so größer sind die Aufgaben der Arbeiterklasse, diese wirtschaftspolitischen und rein politischen Hemmnisse zu beseitigen, den Kampf gegen den Agrarhochschuß zurückzuführen und den Friedenswillen in den eigenen Reihen zu stärken.

Theater und Vergnügungen

Neue Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 1. Januar, nachm. 7 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Venetianer.
Kammertheater: Orpheus.
Kam. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Vore — Die Spieler. — Der Kammerfänger.
Kammertheater: Der rote Leutnant.
Schiller-Theater O.: Hedda Gabler.
Schiller-Theater Charl.: Die Jüdin von Toledo.
Theater in der Königgrätzer Straße: Hundstage.
Metropol-Theater: Laia Toto.
Neues Theater: Der fidele Bauer.
Kleines Theater: Und das Licht scheint in der Finsternis.
Arianon-Theater: Der selige Loupinel.
Abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: Die Doppelgängerfomödie.
Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Donnerstag: Die Doppelgängerfomödie. Freitag: Mutter Landstraße. Sonnabend: Helden.
(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 1. Januar, nachm. 8 Uhr:
Deutsches Schauspielhaus, 4. Abteilung (Gruppe 14-16): Ele tira.
Leipzig-Theater, 3. Abteilung (Gruppe 9-12): Glaube und Heimat.
Herrfeld-Theater, 8. Abteilung (Gruppe 14-16): Eine glückliche Ehe. (Premiere.)
Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr:
Deutsches Schauspielhaus, 2. Abteilung (Gruppe 16 III) Gläubiger und Mit dem Feuer spielen.

Mittwoch, 1. Januar 1913, Anfang 3 Uhr.
Berliner. Große Hofbühnen.
Deutsches Opernhaus. Gigaros Hochzeit.
Kurfürstentheater. Der Freischütz.
Montis Operetten. Der fidele Bauer.
Kleines. Und das Licht scheint in der Finsternis.
Residenz. Francillon.
Kammertheater. Der rote Leutnant.
Kammertheater. Mein alter Herr.
Arianon. Der selige Loupinel.
Thalia. Politische Wirklichkeit.
Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller. Charlottenburg. Die Jüdin von Toledo.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Die letzte Sinfonie.
Luisen. Kaffee.
Neues Opernhaus. Vore. — Die Spieler. — Der Kammerfänger.
Metropol. Laia-Toto.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Anfang 3 1/2 Uhr.

Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Auf's Mitterhorn.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Cafino. Unter dem Weihnachtsbaum.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Jirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kleinhöfen. Bei Valern.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
(Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Opernhaus. Adigemia in Kulis. (Anfang 8 Uhr.)
Donnerstag: Königskinder.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Donnerstag: Der Austauschleutnant.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Donnerstag: König Heinrich IV. 2. Teil.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königschloßer von Versailles.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Opernhaus (Kroll). Ballett.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kammertheater. Mein Freund Leddy.
Donnerstag: Maria Magdalena.
Leipzig. Gabriel Schillings Kind.
Donnerstag: Die Katze.
Berliner. Hinz und Kunz.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Donnerstag: Herodes und Marianna. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kurfürstentheater. Der Kurfürst.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Theater am Volkendörpplatz.
Die schöne Helena.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Deutsches Opernhaus. Oberon.
Donnerstag: Jar und Zimmermann.
Deutsches Schauspielhaus. Der guttuhende Freid.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kleines. Professor Bernhardt.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Thalia. Ruppstein.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller O. Schmetterlings-schlacht.
Donnerstag: Im weißen Rössl.
Schiller. Charlottenburg. Heimjungen.
Donnerstag: Der Volkentruer.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Der Baumgall.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Volks-Theater. Die Doppelgängerfomödie.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Chausseur — ins Metropol.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kammertheater. Die Generalsee.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Arianon. Die Grite — Die Belle.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Herrfeld. Die Alpenbrüder. Wästenmoral.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Cafino. Am grünen Strand der Spree.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo. Spezialitäten.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Rose. Die Sünden der oberen Reichtums.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kuffpielhaus. Bei Papi.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Walhalla. Goldener Krümmen.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Folies Caprice. In Sachen Ratenstein. Die Doppelstirma. Die Tochter der Braut.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eiballett: Flirt in St. Moritz.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Steuerswarte, Invaldenstr. 57-52.
Schiller-Theater O. Wallnerstr.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Hedda Gabler.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlings-schlacht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Freitag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heimjungen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlings-schlacht.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Gente und Sonntag, 5. Januar, 3 Uhr:
Große Hofbühnen.
Vore mit Selam und Tanz, zu kleinen Preisen.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guttuhende Freid.
Luisen-Theater.
Heute nachm. 3 Uhr: Kaffee.
Heute abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York. Gr. vom-lamisch. Ausstattungsstück von Ernst Ritterfeld. Musik von Georg Ruppstein.
Donnerstagabend 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.
Den verehrl. Vereinen, Gewerkschaften, Korporationen usw. stehen Säle zur Abhaltung von Versammlungen, Konzerten, Festlichkeiten usw. zur Verfügung.
4 Verbands-Kegelbahnen stehen zur Benutzung.
Donnerstag Künstler-Konzert bei freiem u. Sonntag: Entree.
Um geneigten Zusage bittet
Hochachtungsvoll Robert Bergner, Oekonom.

Germania-Prachtsäle Carl Richter
N. Chausseestr. 110
Neujahr 1913:
Große Extra-Soiree
der Paul Mantheys lustigen Sänger.
Auserwähltes Programm.
Anfang 6 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.
Anschließend: Familienkränzen.
Im weißen Saale von 5 Uhr ab: Gr. Neujahr-Ball bei stark besetztem Orchester.
Morgen Donnerstag, den 2. Januar: I. großes Bockbier-Konzert. Anfang 8 Uhr.

Arbeiter - Bildungsschule.
Sonntag, den 5. Januar 1913, abends 7 Uhr.
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:
Vortrag des Herrn Dr. med. S. Drucker über:
Die Schwindsucht der Arbeiter.
(Mit Lichtbildern.)
Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.
Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert und Gastspiel
Musiko. Kaiser-Franz-Regiments, Leiter: Oberm. Becker.
Musiko. 1. Garde-Dräger-Regts., Leiter: Oberm. Baars
und **Erstes Auftreten**
der Zillertaler und Tegernseer Sänger, Schubplattler und Jodler!
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Passpartouts und Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor
Heute Neujahr
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Schönste Alpenfestdekoration
Auf der Alm
Der rühmlichst bekannte Festwirt,
Seine Korpulenz
Seppi Weinzierl
aus München
3 bayerische Kapellen. 100 Mitwirkende.
Humoristische Aufführungen — Riesen-Gaudi —
Alpenleben — Schlager auf Schlager.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.
Den verehrl. Vereinen, Gewerkschaften, Korporationen usw. stehen Säle zur Abhaltung von Versammlungen, Konzerten, Festlichkeiten usw. zur Verfügung.
4 Verbands-Kegelbahnen stehen zur Benutzung.
Donnerstag Künstler-Konzert bei freiem u. Sonntag: Entree.
Um geneigten Zusage bittet
Hochachtungsvoll Robert Bergner, Oekonom.

Germania-Prachtsäle Carl Richter
N. Chausseestr. 110
Neujahr 1913:
Große Extra-Soiree
der Paul Mantheys lustigen Sänger.
Auserwähltes Programm.
Anfang 6 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.
Anschließend: Familienkränzen.
Im weißen Saale von 5 Uhr ab: Gr. Neujahr-Ball bei stark besetztem Orchester.
Morgen Donnerstag, den 2. Januar: I. großes Bockbier-Konzert. Anfang 8 Uhr.

Exeelsior-Lichtspielhaus
Neukölln Bergstr. 151-152 Passage
Richardstr. 12-13
Prolongiert bis 2. Januar einschl.
Die rote Jule
Sensations-Sittendrama in 3 Akten.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Vorben 1141.
8 Uhr: Der Frauenfresser.
Heute nachm. 3 Uhr: D. fidele Bauer.
Theater am Nollendorpplatz 5.
Abends 8 Uhr.
Die schöne Helena.
Donnerstag: Die schöne Helena.
8 Uhr:
Residenz-Theater. 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwanke. 3 Akt. v. Henneguin u. Seber.
Morg. u. folg. T.: Die Frau Präsidentin.
Am 1. Januar, nachm. 3 Uhr:
Francillon.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 3 Uhr:
Gewonnene Herzen.
Abends 8 Uhr:
Die Sünden der oberen Reichtums.
Morgen u. folg. Tage: Die Sünden der oberen Reichtums.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
In Sachen Ratenstein.
Die Doppelstirma.
Die Tochter der Braut.

Casino-Theater
Schlegelstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Am Neujahrstage
nachm. 4 Uhr:
Unter dem Weihnachtsbaum.

Admiralspalast
Heute 2 Vorstellungen 2 nachm. und abends
das neue mit durchlagendem Flirt in St. Moritz.
Erfolg aufgeführte Eiballett
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel. 3. Akt: Japanisches Fest.
Die prunkvolle Ausstattung ist eine Sehenswürdigkeit!
In den Hauptrollen:
Charlotte, Alfred Jalmesik, Herm. Cölpin.
Orchester unt. Leitung d. Kompon. Julius Einödshofer.
Beginn d. Nachmittags-Vorstell. (zu halben Preisen) um 4 1/2 Uhr.
Schluß 7 Uhr.
Beginn der Abend-Vorstellung um 9 Uhr. Einlaß ab 7 1/2 Uhr.
Ab 10 1/2 Uhr halbe Preise.
Erstklassige Küche, Wein- und Bier-Abteilung.

Concordia-Festsäle
Andreasstr. 64 Inh. M. Wendt u. A. Schütze Andreasstr. 64
Am 1. Januar 1913 (Neujahr):
Gr. Militär-Konzert
Hoffmanns beliebte Sänger
sowie **Groß. Ball.**
Anfang des Konzerts: 6 Uhr. Anfang der Vorstellung: 7 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Vom 5. Januar an täglich:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration
Fünf Kapellen
30 bayerische Madl'n
Wochentags: Anfang 7 Uhr. Sonntags: Anfang 4 Uhr.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr: Auf's Mitterhorn!
Abends 8 Uhr:
Paris und die Königschloßer von Versailles.
Morg. 4 Uhr: Auf's Mitterhorn!
Abds. 8 Uhr: Paris und die Königschloßer von Versailles.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute am Neujahrstage:
Eintritt 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Tägl. nachm. 4 Uhr: Militär-Konzert.
Morgen: Joh. Strauß.

Volks-Theater
Kenseln, Hermannstr. 20.
Mittwoch, den 1. Januar:
Das Gesicht am Fenster.
Detektivfomödie in 5 Akten von F. Broofs-Warren. Deutsch von S. B. Luz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Ede Polzmarkt u. Alexanderstraße.
18 Minute n. Bahnh. Jammehbrücke
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Einer Mutter Sohn
Volksstück in 1 Akt — und das
groß. Spezialitätenprogramm
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Zirkus Albert Schumann.
Heute, Mittwoch, 1. Jan. (Neujahr).
2 gr. Fest-Vorstellungen 2
Nachm. 3 $\frac{1}{2}$, u. abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
In beid. Vorstellung ohne Kürzung
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Neu: Sensationsspiel! Neu!
Löwe auf Elefant!
Der einzige Löwe, welcher
mit einem Elefant zusammen-
arbeitet, da bekanntlich diese
Tiere sonst in tödlicher Feind-
schaft leben, u. noch keinem
Dompteur gelangen ist, diese
beid. Tiere in einem Dressurakt
zusammen zu bringen.
MIB Belloni mit ihren
dressedierten Papageien.
The 5 Lloyds, Wild-West-Akt.
Eine Kegelpartie zu Pferde,
Erfunden v. Dir. A. Schumann.
Nachmittags hat jeder Er-
wachsene 1 Kind frei auf allen
Sitzplätzen.

Zirkus Busch.
Heute, Mittwoch, 1. Jan. (Neujahr):
2 gr. Gala-Festvorstellungen 2
Nachm. 3 $\frac{1}{2}$, u. abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Nachm. hat jeder Erwachsene
das Recht, ein angehör. Kind un-
ter 10 Jahren auf all. Plätzen frei
einzuführen. Jedes weitere Kind
zahlt auf den Sitzplätzen die Hälfte.
In beiden Vorstellungen:
Die neuen Januar-Spezialitäten.
Toulouse, Balance-Akt.
Geschw. Carre, Reitkünstlerinnen.
The 3 Stewarts
Der Affe im Aeroplan.
sow. das ges. große Gala-Prgr.
Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Die Pantomimen-Burleske
„Unter Gorillas“
in 4 Bildern.
Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.

Unserem langjährigen Genossen
Julius Schmoll
nebt Frau die herzlichsten
Glückwünsche zur Silber-
hochzeit am 1. Januar 1913
Die Genossen vom Bez. 898.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Genosse
Franz Jaehnke
Seifestraße 8 (21. Bezirk) ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen,
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
226/1

**Verband der freien Gast- und
Sehankwirte Deutschlands.**
Ortsverwaltung Neukölln.
Am 28. Dezember verstarb unser
Mitglied, der Kollege
Franz Jaehnke
Seifestraße 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirchhofes,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
72/1

**Verband der Hut- und Filzwaren-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege
Adolf Knauer
am 28. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 3. Januar cr., nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Altbürger Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Kranzsenden und
die herzliche Teilnahme bei der Beer-
digung meines lieben Mannes
Richard Hehde
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten, meinen Kollegen der Firma
D. F. Ufert sowie dem Deutschen
Arbeiterverband meinen herz-
lichsten Dank.
Wwe. Anna Hehde, Kochbannstr. 26.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.**
Bezirk Pankow.
Am Montag nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr
verstarb nach langen, schweren
Leiden unser Genosse der Stifter
Karl Schewe
an der Prostatierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. Januar 1913,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des neuen Pankower Kirchhofes,
Schönholzer Heide, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzsenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich allen Teilnehmern meinen
herzlichsten Dank.
Wwe. Anna Graf.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Schrgr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre. Küberat
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Nähanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 60, 55, 40 M.
Beinkleider 15, 15, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung
für Knaben und Jugendliche
in größter Auswahl
Feine Maß-Anfertigung
in ca. 10 Stunden
Baer Sohn
Kleider-Werke
Berlin, Geogr. 1891.
Chausseestraße 29-30,
11. Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20
Schlesische Hausstr. 10.

Zentralverband der Hausangestellten
Mittwoch, den 1. Januar, in Steglitz „Albrechtshof“,
Albrechtstr. 1a:
Vortrag von Frau Selinger: Unsere Neujahrswünsche.
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher etc.**
Bureau: Weidhofsstr. 23, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüdertstr. 2.
Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6768.
Dienstag, den 7. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Sektionsversammlung d. Lackierer
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und die fernere Gestaltung der
Sektion. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß für diese Versammlung
die am 2. Januar ausfällt.
Die Sektionsleitung.
136/1

Verband der Sattler u. Portefeuller
Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen.
Freibriemenbranche:
Sonntag, den 4. Januar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Schulz
Prachtstraße, Mühlstr. 17, Eingang Königsgraben.

Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer:
Donnerstag, den 2. Januar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Graphischen
Bereinshaus, Alexandrinenstr. 41.
Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten
Die Branchenleitungen.
156/1

Neukölln am Bahnhof
Kaiser-Friedrich-Straße: Zwei
Zimmer, sowie ein Zimmer mit Küche,
Bad, Warmwasserheizung (Dreh-
rolle im Hause) sehr preiswert zu
vermieten. 108/30
Brennender Straße 2-5.
Wohnungen von zwei Zimmern
mit Küche, Bad, Warmwasser-
heizung, Zentralheizung und
Entsorgungsanlage (Drehrolle i.
Hause) sehr preiswert zu ver-
mieten. — Kundamt: Weichselstraße 8, dort I rechts. 108/19

Ideal-Passage in Neukölln
17 J 414/12.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 60 (Laden)
Wie wird die
Staatsangehörigkeit
erworben?
Ein Führer durch das Recht der
Staats- und Reichsangehörigkeit.
Von H. Beims.
Preis 25 Pf.
247/19
Grundbegriffe der Politik, von
Friedrich Stampfer, Gebunden 3 M.
Buchhandlung Vorwärts, Linden-
straße 60 (Laden).

Metropol-Theater
Nachm. 3 Uhr: **Tata Tolo!**
Abends 8 Uhr. Raubden gestiftet.
Zum 100. Male:
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!

**Herrnfeld
Theater**
Ein Lachprogramm, wie es
keine zweite Bühne der Welt
aufzuweisen hat
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Hutos und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Auf. 8 Uhr. Vorvert. 11-2 (Theater.)

**Apollo
Theater**
Abends ab 8 Uhr!
10 vollst. neue Debuts.
8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Unter persönlicher Leitung
des Komponisten
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul.
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Hauptdarsteller: **Mizzi
Parla** a. G. vom Raimund-
theater Wien. **Jda Ruzka**
a. G. v. k. k. priv. Theater a. d.
Wien. **Erich Deutsch-
Haupt** a. G. vom Johann-
Straub-Theater in Wien.

Passage-Panoptikum
Bis inkl. 1. Januar:
Volkstage!
Jedermann 1 Kind frei. Jedes
Kind erhält ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree!
**50 WILDE
WEIBER MÄNNER
KINDER**
vom Stamme
der Igorroten.
Leben u. Treiben in den
eigens aufgebauten
IGORROTEN-Dorfe.

WINTERGARTEN
Sahary-Djeli
La „Mysterieuse“.
Gastspiel
Max Linder
der weltberühmte Film-Schauspieler
in seinem Sketch:
Aus Liebe zum Bühnenaugenoperateur
Max, der Liebhaber: Max Linder
sowie die sensationellen
Dezember-Attraktionen.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Heute 1. Neujahrstag:
Tanzfränzchen.
18635 C. Nible.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Mittwoch, den 1. Januar 1913,
nachm. 3 Uhr:
Krone und Hiesel.
abends 7 Uhr:
Der Müller und sein Kind.
Kollidrama in fünf Aufzügen von
E. Haupt.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bei Vater'n“.
Aufang
7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 2. Januar 1913:
Gastspiel in Puhmanns Theater.
Schönhauler Allee 148.
Am Versöhnungsfest.
Schauspiel in 5 Akten von D. Schwebler.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Blüthner-Saal.
Konzert d. Blüthner-Orchest.
Dirigent: Br. Weyersberg.
Solist.: v. Eweyk, Möbus, Schuetz.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Entree 75 Pf.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der letzte
Zoupinel.**

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)
Frühstück-, Mittag- u. Abendtisch zu zivilen
Preisen. — Ausschank erstklassiger Biere.
Traiteur **Walter Seyring**, früher Reichshallen, jetzt noch
Konzerthaus „zum Hofjäger“

WESTMANN
Mohrenstraße 37 a
Gr. Frankfurterstr. 115.
Abteilung I: Plüsch-Mäntel früher b. M. 99 Mark 39, früher b. M. 229 Mark 75
Abteilung II: Ulster Ulster früher bis M. 20 Mark 8, früher bis M. 74 Mark 22
Neujahr geöffnet 12 bis 2
Inventur!
Nur ganz kurze Zeit! Nur ganz kurze Zeit!
Abteilung III: Kostüme früher b. M. 54 Mark 15, früher b. M. 129 Mark 28
Abteilung IV: Sommer-Konfekt früher M. 62 Mark 18, früher b. M. 140 Mark 32
Röcke, Blusen, Pelzkonfekt z. T. b. z. Viertel ermäßigt

Bekanntmachung.
Im Namen des Königs!
In der Strafsache gegen den Re-
dakteur Wilhelm Neumann in Essen,
Karolinenstraße 23, geboren am 8. Fe-
bruar 1872 in Altmünde, Kreis
Münsterberg, Preußen, wegen Verlei-
dung durch die Presse, hat die erste
Strafkammer des königlichen Land-
gerichts in Essen am 13. April 1912
für Recht erkannt: Der Angeklagte
wird wegen öffentlicher Verleumdung
der Beamten der Berliner Schutz-
mannschaft zu einer Geldstrafe von
500 — fünfhundert — Mark, im
Nichtzahlungsfalle für je 5 — fünf —
Mark zu einem Tage Gefängnis
und in die Kosten des Verfahrens
verurteilt.
Alle Exemplare des Urteils, über-
schrieben Freiheit für die Berliner
Ritter in der ersten Beilage der
Nr. 60 der in Essen erscheinenden
Arbeiterzeitung vom 11. März 1912
sowie die zu seiner Herstellung be-
stimmten Platten und Formen sind
undraufbar zu machen. Der Voll-
streckungsbeamte zu Berlin als Vorge-
setzter der Berliner Schutzmannschaft
ist beauftragt, den entscheidenden Teil des
Urteils binnen vier Wochen nach Ju-
ststellung einer mit der Rechtskraft-
bestätigung versehenen Urteilsaus-
fertigung auf Kosten des Angeklagten
in der Essener Arbeiterzeitung und
in dem Berliner „Vorwärts“ je ein-
mal bekannt zu machen.
Das Urteil ist rechtskräftig und
vollstreckbar geworden.
Essen, den 30. Dezember 1912.
Der Erste Staatsanwalt.

Abendkurse
Berlin: Neanderstraße 3 und
Rathenower Str. 3.
Technikum, Vorschule.
Kgl. Regier.-Baumeister a. D.
Dr. Werner, Inhaber.
Vrolpette Incl.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 8, II. (Städt. Börse.)
Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Unser vorzügliches
Bock-Bier
gelangt ab 4. Januar 1913 in Gebinden u. Flaschen zum Ausstoß.
Gabriel & Richter
Lagerbier-Brauerei, Berlin-Weißensee.

Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe des Detail-Geschäftes!
Porzellanfabrik **Kolmar** Leipziger Str. 76
am Dönhofsplatz.
15 Prozent Rabatt!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche ALEXANDERPLATZ Soweit Vorrat

FRANKFURTER ALLEE

In unseren
Lichtböfen
beginnt morgen
der
bekannt
billige
Verkauf
von
Kinder-
Wasch-
bekleidung

Enorm grosse Quantitäten

Wasch-Blusen-Anzüge	für 3 bis 8 Jahre . . .	75 Pf.	1 ²⁵	1 ⁷⁵	2 ⁷⁵
Prinz-Heinr.-Anzüge	für 3 bis 10 Jahre . . .	2 ⁷⁵	3 ⁵⁰	5 ⁰⁰	6 ⁰⁰
Waschbare Spiel-Anzüge	mit Spiel- tasche, für 2 bis 4 Jahre		95 Pf.		
Knab.-Sport-Anzüge	geatr. Bluse, blaue Hose, für 3-8 Jahre	2 ²⁵	9-14 Jahre	2 ⁷⁵	
Knab.-Wasch-Hosen	für 3 bis 8 Jahre . . .	55 Pf.	9-14 Jahre	85 Pf.	
Eleg. Kittel-Anzüge	für 2 bis 4 Jahre . . .	1 ⁷⁵	3 ⁵⁰	5 ⁷⁵	7 ⁵⁰

Kleine bunte Kleider	45 bis 60 cm lang . .	1 ²⁵	1 ⁹⁵	2 ⁹⁵	3 ⁷⁵
Kleine weiße Kleider	45 bis 60 cm lang . .	2 ⁷⁵	4 ⁷⁵	7 ⁵⁰	9 ⁵⁰
Große bunte Kleider	60 bis 80 cm lang . .	2 ⁷⁵	4 ²⁵	5 ⁵⁰	7 ⁵⁰
Große weiße Kleider	60 bis 100 cm lang . .	5 ⁷⁵	8 ⁷⁵	8 ⁵⁰ 100	10 ⁵⁰
Mädch.-Waschblusen	für 6 bis 14 Jahre . . .	1 ⁷⁵	2 ⁷⁵	3 ⁷⁵	
Eleg. Kittel-Kleidchen	45 bis 60 cm lang . .	95 Pf.	1 ⁷⁵	2 ⁵⁰	3 ⁵⁰
Eleg. Voile-Kleider	60 bis 100 cm lang . .		9 ⁷⁵		
Kinderschürzen	aus gutem Gingham 45 bis 80 cm lang . .		95 Pf.		



Bekanntmachung
der
Orts-Frankenkasse der Gut-
macher, Gutfurnitoren- und
Filzwaren-Versertiger in
Berlin
Die am 16. September beschlossene
Statutenabänderung — Begleit des
einen Statutenabänderung — tritt am 1. Ja-
nuar 1913 in Kraft. 18475
Berlin, den 1. Januar 1913.
Der Vorstand.
S. Danneberg, Vorsitzender,
Wille Fabrikstr. 20/22.

Franklinstr. 19 ein seit 6 Jahren
bestehendes
Zigarrengeschäft
großer Laden mit Wohnung, viel
Gebäude, zum 1. April 1913 zu ver-
mieten. Miete 800 Mk.
1855b
Hilge, Verwalter.

Frank. Verleib - Institut
A. Borchardt, Friedrichstr. 115,
Brand. Tor. Tel. Nrd. 10654,
verleiht Prod. Smoking, Gehrockenüge
in verschied. Preislagen, bis z. eleganten!
Genre. Sehr große Auswahl. Näh. Preisf.

Ziehung unwiderruflich 15. Januar

Kösliner Lotterie

4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark

600000
150000
75000

Hauptgewinne

Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus 10 M.
Porto und Liste 25 Pf. extra.

H. C. Kröger, Berlin W8
Friedrichstr. 193 a

sowie in allen durch Plakate erkantl. Verkaufsstellen.

Das Ideal der Hausfrau
ist eine
Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden
mit nebenstehendem „S“-Schild
oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
filialen in allen Stadtteilen.

Aus der Partei.

Eine Rundgebung der griechischen Sozialisten.

Aus Athen ging uns von der sozialistischen Partei Griechenlands ein Schreiben zu, das in Uebersetzung lautet:

Unser Protest gegen das Verbrechen, das die griechische Regierung im Vunde mit den Klerikalen gegen unseren Genossen C. Pachos in Solos begehen wollte, hat zum Glück den Erfolg gehabt, daß unser Freund vorläufig das Gefängnis verlassen konnte, ohne indessen der Anklage entzogen zu sein. Die Regierung hatte befohlen, daß unser Freund durch das Kriegsgericht von Kozani (Mazedonien) abgeurteilt werden sollte, und niemand zweifelte daran, daß man ihn zum Tode verurteilen würde, wobei er durch seine Brüder erschossen worden wäre, die jetzt zu Tausenden als Opfer der Bourgeoisie zur Schlachtbank geführt werden. Jetzt soll Pachos in Athen abgeurteilt werden und wir sind überzeugt, daß er freigesprochen wird. Nichtsdestoweniger sind wir bereit, alles Notwendige zu tun, falls etwas Unvorhergesehenes eintreten sollte. In diesem Falle müßten auch Sie uns selbstverständlich zu Hilfe kommen.

Die kleine Gruppe aufklärter Arbeiter in dieser Stadt, die auch für ihre Freunde in Solos und Larissa sowie für alle wahrhaft aufklärten Arbeiter Griechenlands spricht, dankt Ihnen, daß Sie ihr in der notwendigen Aktion zur Befreiung ihres Genossen Unterstützung gebracht haben.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um gegen die Fälschung zu protestieren, die die Ausbeuter und ihre Zeitungen sowie die Mitglieder der „Arbeiterpartei von Athen“ (Ergathicon Kontron Athinon), die durch die Bourgeoisie gegründet wurde, gegen uns begangen haben. Diese „Gelben“ erklärten bekanntlich in einer Tagesordnung: der Krieg sei ein Werk der Zivilisation; sie hätten auch die Kühnheit zu behaupten, daß sie im Namen aller Arbeiterorganisationen Griechenlands sprächen. Wir protestieren daher von neuem gegen das Vorgehen dieser sogenannten Zivilisierten. Als Sozialisten können wir in Uebereinstimmung mit dem internationalen Proletariat in dem gegenwärtigen Kriege, wie in jedem anderen, nur ein erbarmungsloses Schicksal erblicken, das den Interessen unserer Klasse widerspricht und das jede Zivilisation vernichtet, eine Zivilisation als deren Träger sich die Völkernationen in pharisäischer Weise bezeichnen. Zudem wir ihnen die Maske, die sie vorgebunden hatten, um die Schreden ihres Verbrechens zu verbergen, vom Gesicht reißen, richten wir unseren Kampf gegen die verantwortlichen Leiter, getrennt der großen Internationale, die nur eine Kriegsnotwendigkeit kennt, nämlich den Krieg der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter.

Wir protestieren vor allem gegen die Fortsetzung des Krieges durch die griechische Bourgeoisie, die immer neue Opfer verlangt und überall neue Katastrophen und Ruinen entstehen läßt, indem sie die Dörfer und Städte des Epirus und Mazedoniens verpulvert.

Und da wir nur einen Finger breit von einem europäischen Kriege entfernt sind, dessen Schreden wir uns nicht auszumalen wagen, da wir vor Augen gehabt haben, was sich in den gegenwärtigen Kämpfen abgespielt hat und noch abspielt, so protestieren wir gegen diesen neuen Massenmord, den unsere Ausbeuter um ihrer Interessen willen vorbereiten. Da wir indes alle unsere Hoffnung allein auf die Stärke der organisierten Arbeiterklasse setzen, so wünschen wir uns für die Zukunft einen dauernden Frieden, der uns gestattet, unser Ziel schneller zu erreichen.

In Beantwortung endlich der Wünsche, die von unseren Freunden

in Europa uns ausgesprochen wurden, versichern wir, daß in Griechenland glücklicherweise ein kleiner Kern einer Arbeiterbewegung vorhanden ist, der sich zusammenschließt aus den wenigen aufgestellten Arbeitern und der als Programm das Internationale Sozialistische Programm anerkennt; er kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er sich im Denken und Handeln eins fñhlt mit dem internationalen Proletariat.

Der Sekretär. C. Tsoufoglou.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz

für den Agitationsbezirk Breslau fand am Sonntag in Breslau statt. Anwesend waren 56 Gemeindevertreter und Stadtverordnete aus 25 Dörfern und 6 Städten. Außerdem nahmen einige bürgerliche Stadtverordnete und Gemeindevertreter als Gäste daran teil. Diesmal wurde über die Armen- und Waisenpflege in den Gemeinden und die Rentenquetscherer in Galizien durch Gen. Neulich-Breslau ein belehrender Vortrag gehalten. In der dem Vortrage folgenden Aussprache kam mit entscheidender Deutlichkeit zutage, wie sehr gerade die Armen- und Waisenpflege auf dem Lande daniederliegt und wie kräftig die sozialdemokratischen Gemeindevertreter einzugreifen haben, wenn es gilt, die Armen- und Waisenpflege so zu gestalten, daß diese kein Dohn mehr auf die so gepriesene Wildtätigkeit sein soll. Ein weiterer Vortrag behandelte die nächsten Gemeindevertreterwahlen. Auch hier wurden zahlreiche Anregungen für die Gestaltung der Agitation gegeben. Die nächste Konferenz, die im Frühjahr nächsten Jahres stattfindet, soll sich mit dem Thema „Baugewerbe und Entwässerung“ beschäftigen.

Zu den württembergischen Parteiwirren.

Gegen die unter dem Titel „Eine verunglückte Verleumdung“ veröffentlichte Erklärung des Genossen Westmeyer richteten sich drei Zuschriften, die uns von dem Genossen Reichel-Stuttgart, dem Genossen Kassaisch, Steinmeyer und Kartersieig (im Auftrag der Angestellten des Hauptbureaus des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart) und endlich von dem Genossen Brücker-Balingen zugegangen sind.

Wir haben der bisherigen Polemik Raum gegeben, weil wir der Auffassung sind, daß das Zentralorgan an Parteiirriden, die sich infolge des Auseinanderfallens verschiedener Strömungen in der Partei Württembergs — leider nicht ohne eine häßliche persönliche Note — herausgebildet haben, nicht achtlos vorübergehen kann, ohne seine Pflicht, die Genossen über wichtige Vorgänge des inneren Parteilebens nach Möglichkeit zu informieren, in größlicher Weise zu verletzen. Da aber andererseits die Information über solche Vorgänge gewisse Grenzen nicht überschreiten darf und eine Auseinandersetzung der zunächst Beteiligten sich nicht ins Uferlose auszuweiten kann, sehen wir uns diesmal genötigt, die Zuschriften nur zum Teil in wörtlicher Wiedergabe abgedruckt und uns im übrigen auf die inhaltliche Angabe der unsers Erachtens wesentlichen und zur Sache gehörigen Punkte zu beschränken. Am vollen Loyalität zu wahren, haben wir den Genossen Westmeyer ersucht, seinerseits auf eine nochmalige Antwort zu verzichten und sich mit den Bemerkungen zu begnügen, die wir selbst für notwendig und ausreichend erachteten.

In dem von dem Genossen Reichel ausgehenden Briefe heißt es:

„In einer „Eine verunglückte Verleumdung“ überschriebenen Erklärung nimmt Westmeyer-Stuttgart auch Bezug auf ein von mir mit einem Beamten des Parteisekretariats des l. württembergischen Wahlkreises geführtes Telefongespräch. Die Wiedergabe dieses Telefongesprächs, das auch ich mir vor der Abgabe schriftlich fixiert habe, ist weder erschöpfend noch richtig.“

an erzählt. Auch daß der Februar einst der letzte Monat war, ist heute noch zu erschließen; denn darum werden an seinem Ende die Schaltungen vorgenommen und hat er die Restzahl der Tage, die die normal langen 11 Monate zu 365 bzw. 366 ergänzt.

Seltene Neujahrswünsche. Die Träume in der Neujahrnacht sich verwirklichen, so soll auch allen in diesen feierlichen Stunden getanen Wünschen Gewährung von oben winken. So war es denn schon im Mittelalter Brauch, daß in der Nacht des Jahresanfangs Personen beiderlei Geschlechts, unter Bekleidungen und Masken verborgen, nachts in den Gassen umherliefen, an den Türen anklopfen und allerlei Wunschsprüche herfragten. Die ältesten solcher und überlieferten Wünsche, die in der wundertierlichen Nacht ihre besondere magische Bedeutung hatten, lauteten formelhaft und feierlich: „Klopf an, Kopf an! Ein selig neues Jahr geh Dich an! Alles was Dein Herz begehrt, Das werd' Dir zu diesem Jahre gewährt.“ Bald aber schlichen sich launische und groteske Hoffnungen an diese Sprüche, wie auch ausgefallene Nummernschlang die wichtige Stunde an der Wende zweier Jahre begleitete. Ein Nürnberger Neujahrswunsch des bekannten Verfassers vieler Postnachtsspiele Hans Rosenblüt schließt folgendermaßen: „So wünsch ich Dich so lange gesund, Bis eine Eins wiegt hundert Pfund, Und bis ein Mühlstein in Rufen fliegt, Und ein Fisch ein Fuder Welmes zeucht, Und bis ein Krebs Baumwoll spinnt, Und man mit Schnee ein Feuer anzündt; Gleit ein gut s seligs neues Jahr, Und hau hin, daß Dich Gott bewahrt.“ Ähnliche Sprüche haben sich noch heute unter dem Volk erhalten. So berichtet Reichardt von einem Neujahrswunsch, der in den Niederlande gelegenen Wäldern ist: „Ihr sollt so lange gesund sein, Bis ein Mühlstein schwimmt über'n Rhein, Ihr sollt so lange sein, Bis ein Mühlstein schwimmt über'n Ahein, Ihr sollt so lange und Jahre in Freude und Friede erleben, Bis ein Vögel in den Himmel tut schweben, Ihr sollt sie in Glück und Ruhm verbringen, Bis sich der Hahn auf dem Kirchturm in den Himmel tut schwingen!“

Nicht minder originell klingen die Pfälzer Sprüche, die aus der Gegend von Bergzabern ausgehört sind: „I wünsch e glückselig's neu's Jahr, e Bodeche wie e Schuertor, e Wezel wie e Plegelbod, und e Bratwurst bis uf Haggelbod.“ Im bayerisch-böhmischen Waldgebirge gratuliert man sich zu Neujahr mit folgendem Spruch: „I wünsch ent a glückselig's neu's Jahr, s Christkind liegt in Teufels Pan, An goldenen (goldenen) Tisch, Auf an jed'n Ed an Brat'nen Fisch, In der Witt' a Glas We', Konnt's miteinander recht lustig sei, An goldenen (goldenen) Bog'n, Admit's miteinander in Himmel einfliehn.“ Der märkische Bauer wünscht den Mädchen: „Ich wünsch's Jane Mad en Bündel Schürze, De leid so jarne uppe Würze. Ich wünsch's Jane Mad en Rabennäppchen, De hadd deren Brudmann imma an Herzen.“

Ein Zeitungsprogramm von 1782. Die Zeitungen haben von altersher besondere Neujahrswünsche ihren Lesern spendiert. Eberhard Buchner hat in seinem Werk „Das Neueste von gestern“ aus unseren alten Zeitungen auch eine Reihe solcher Neujahrsglückwünsche und Grüße zusammengestellt. Einer davon dürfte auch heute noch für manche Zeitungen gelten. Es ist ein Neujahrsgruß der Augsburgerischen Extra-Zeitung von 1782, in dem das Blatt noch vielmals Dank an ein hochverehrtes Publikum um Wohlwogenheit auch für das neue Jahr dattet und sein Programm für das neue Jahr entwirft. Wir werden uns dafür noch fernertun betreiben, Mit Unparteilichkeit in Druck heraus zu geben: Was in der ganzen Welt sich neues zugetragen, Zu Wasser und zu Land von Sieg und Niederlagen, Von Opem, Ball, Concert, Einnehmung des Souper, Von offenen Tafeln wie von jeder Affenspiele, Die Ge-

Westmeyer läßt mich im entscheidenden Teile des Telefongesprächs sagen:

„Sie (die Angeestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes) stellten sich am Wahltag deshalb nicht zur Verfügung, weil anlässlich der Urwahl der Kandidaten Quertreibereien stattgefunden hätten, so daß die bisherigen Abgeordneten nicht wiedergewählt worden seien.“

Die Schlussworte dieses Satzes habe ich überhaupt nicht gesprochen. Nach meinen Aufzeichnungen habe ich zu diesem Punkt folgendes erklärt:

„Als Grund wird angegeben die von der Urwahl zur Kandidatenaufstellung in Stuttgart begangenen Quertreibereien gegen die bisherigen Abgeordneten.“

Es ist mir mit keiner Silbe eingefallen, die Nichtteilnahme der bisherigen Abgeordneten als Grund der Nichtteilnahme eines Teiles der Angeestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes anzugeben und zu vertreten. Wäre die Kandidatenaufstellung ordnungsmäßig ohne jede Beeinflussung erfolgt und würde nicht schon jahrelang eine systematische Debe gegen die Angeestellten des Metallarbeiterverbandes ins Werk gesetzt, so würde sich auch keiner der Parteiarbeiter in Stuttgart einmischen haben. Wenn man aber sorgfältig weite Kreise der Partei durch ein einseitiges und geschäftiges Parteiregiment vor den Kopf stößt, so kann man schließlich auch nicht verlangen, daß sich dieselben mit Lust und Liebe an der Parteiarbeit beteiligen. Die Stuttgarter Parteileitung hat sich nicht nur jede Achtung in der Öffentlichkeit verschert, sondern das innere Parteileben geradezu vergiftet.“

Zur Frage der Quertreiberei äußern wir uns an einer späteren Stelle. Hier möchten wir nur bemerken, daß wir die sinn-gemäße Wiedergabe des Reichel'schen Telefongesprächs durch Westmeyer keineswegs unkorrekt finden. Den Standpunkt Reichel's jedoch, daß sich die Genossen deshalb, so es auch nur zeitweilig, von der Parteiarbeit zurückziehen dürfen, weil ihnen Parteivorwissenisse nicht passen, vermögen wir in keiner Weise zu teilen. Richtig ist, daß sich in Stuttgart und Württemberg die Genossen, die in Parteifragen verschiedene Auffassungen vertreten, in bedauerlich heftiger Weise belämpft haben. Doch will uns scheinen, daß Genosse Reichel um so weniger Ursache hat, sich über eine „Debe“ zu beklagen, da er selbst ja der jetzigen Stuttgarter Parteileitung jede Achtung abspricht, einer Leitung, hinter der zurzeit doch zweifellos die Mehrheit der tätigen Stuttgarter Genossen steht.

In der Zuschrift der Genossen Kassaisch, Steinmeyer und Kartersieig heißt es Punkt 1:

„Am den Kern der Sache, daß fast sämtliche Angestellte im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei der Landtagswahl sich jeder Parteiarbeit enthalten hätten, drückt sich der Berichterstatter Hr. Westmeyer herum, indem er jetzt in das Bitat aus seiner Einfindung in Nr. 204 des „Vorwärts“ folgende Worte nachträglich einschaltet: „Bei der wenige Tage zuvor stattgefundenen Landtagswahl in Stuttgart“. Auf die Tatsache, daß 16 der Angestellten im ganzen Lande wirklich fleißig gearbeitet haben, geht Westmeyer mit keinem Worte ein, trotzdem dies auch von Anhängern Westmeyers in der letzten Zeit unumwunden anerkannt werden mußte.“

Hier wird dem Genossen Westmeyer zu Unrecht nachgesagt, daß er zuerst viel weitergehende Vorwürfe gegen die Angestellten des Hauptbureaus des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart erhoben habe. Seine Einschaltung in der Erklärung vom 25. Dezember war vielmehr bereits der Sache nach genau in dem gleichen Sinne in seiner ersten Notiz vom 17. Dezember enthalten, wo den von Westmeyer am 25. Dezember nochmals zitierten Sätzen unmittelbar der Satz voranging: „Die Landtagswahl in Stuttgart hat auch denartige Erscheinungen gezeigt.“ Im sachlichen Zusammenhang besagte dieser Satz absolut nichts anderes, als was Westmeyer am 25. Dezember durch seine Einschaltung ausdrückte.

Theater.

Münchener Theater. Das Residenztheater unter der energischen literarischen Führung von Allan und Regisseur Steindrück darf das Verdienst beanspruchen, dem jungen isländischen Dichter Johann Sigurjansson, der für die höchste dramatische Begabung in seinem weltabgeschiedenen, von starren Göttern und züchtenden Göttern bevölkerten Eiland gilt, die erfolgreiche deutsche Uraufführung seines Schauspiel: Berg-Ohr und sein Weib bereitet zu haben. Der Dichter wuchs auf in der isländischen Bergwildnis, und er kennt aus dem Grunde diese elementaren Menschen, ihre Eitten, ihre Kultur, ihr mit den klassischen „Sagas“ schon in die Weltliteratur eingegangenes starkes mythisches Empfinden. Er führt den Kampf, den die einst wohlhabende Witwe Halle und ihr Geliebter, der wegen Schatzdiebstahls geächtete Knacht Kari mit den Naturgewalten führen müssen, bis sie, vom Hunger in ihrer verlassenen Berghütte gequält, in die weichen tobbringenden Arme des wehenden Schneesturms sinken, mit ergreifender Schlichtheit und Wahrheit durch Sigurjansson hat hier mehr als ein isländisches Miteustück, einen Kulturpiegel gegeben, er ist ein Deimaltdichter, der mit dem Deimaltgefühl Wahrheit verbindet. Er trägt seine Gestalten, ihre Besessenheit, linear, ohne literarischen Schreierisch-Ballast. Er soll in seinem ferneren Schaffen auf der deutschen Bühne willkommen sein.

Notizen.

Der Kampf gegen einen Toten, der noch lebt. Die Wollauer Gerichtskammer hat sich nicht gekümmert, gegen das große Werk von Tolstoi über die vier Evangelien ein Ausrottungsgericht zu fällen. Dieses Verdikt ist um so unglücklicher, als es sich um ein mehrbändiges Werk handelt, das sich zu irgend welcher Agitation absolut nicht eignet. Das Gericht befand sich anfangs in Verlegenheit, als es den Geschworenenspruch ausfindig machen sollte, auf Grund dessen die Vernichtung des fatalen Buches bestimmt werden könnte. Das ursprünglich ins Auge gefaßte Geseh wegen Gotteslästerung wagte man doch nicht zur Anwendung zu bringen. So wurde denn der Paragraf wegen Aufforderung zum Uebergang aus dem orthodoxen Glauben zu einer Sekte zu Hilfe genommen, obwohl die ganze Sinnlosigkeit dieser Begründung augenfällig ist.

Das Recht auf Pseudonymität. Ein Mitarbeiter der „Nieler Zeitung“ hat das Pseudonym eines Theaterkritikers unseres Nieler Parteitag ausgedeckt. Dieries erwidert darauf: „Was jetzt galt es in der Presse für unzulässig, Pseudonymie zu stiften, wenn damit die Absicht verbunden war, eine Person bloßzustellen oder in ihrer Existenz zu gefährden. Der Mitarbeiter der „Nieler Zeitung“ mußte sich darüber klar sein, daß er das begeht, was anständige Leute eine schmierige Denunziation nennen.“

Da vorläufig eine Steuer auf fromme Wünsche noch nicht eingeführt ist, wollen wir wünschen, daß auch für unsere berechtigten Literaturautoritäten in Zukunft diese Forderung verbindlich sei.

Kleines Feuilleton.

Der Wachende.

Mensch, der du gehst im abendlichen Dämmer Mit einer tagemüden Seele hin, Du achtest nicht des Schlages meiner Hämmer, Der ich noch tief im harten Werke bin.

Du schmiegst dich in das Flaumenspiel der Betten Wie einer Mutter wohlbehütet Kind, Indes ich feile an dem Stahl der Ketten, Die von der starken Zeit geschmiedet sind.

Du schlummerst ein, um deinen Körper faltet Sich seidenweich das dunkle Tuch der Nacht, So kommt der Traum, und was er dir gestaltet, Dich einem Gott der Fabel ähnlich macht.

Ich aber wache, feile, hämm're, schmiede — So klirrt der Hammer und es ächzt der Stein — Und singe mir mit diesem hellen Liede Den nahen Morgen meiner Menschheit ein.

Wijons Pehold.

Warum beginnt unser Jahr am 1. Januar? Kleine Ursachen, große Folgen! Ein weltgeschichtlich herzlich bedeutungsloser Aufstand der Spanier gegen die römische Herrschaft im Jahre 154 vor Christus hat die immerhin wichtige Konsequenz nach sich gezogen, daß wir heute den 1. Januar als Neujahr betrachten. Der Zusammenhang ist dabei der folgende: Unser Romasystem beruht bekanntlich auf dem römischen, und das altromische Jahr begann am 1. März und endigte am letzten Februar. Demzufolge traten auch die Konsula, die Präsidenten der Republik, die stets auf nur ein Jahr gewählt wurden, ihr Amt Anfang März an. Freilich zeigte dieses Amtsjahr schon früh die Neigung, von dem bürgerlichen abzuweichen. Der endgültige Bruch zwischen den beiden Systemen erfolgte jedoch erst im Jahre 154. Im Dezember trat nämlich in Rom die Nachricht von einem sehr ernstlichen Aufstand der Spanier gegen die Fremdherrschaft ein, und man hielt die Angelegenheit für so wichtig, daß man sich entschloß, sofort die Konsula selbst auf den Kriegsschauplatz zu senden. Natürlich kamen dafür nicht die Präsidenten des zu Ende gehenden Jahres in Betracht, sondern die neu gewählten. Nach der Befragung durften diese freilich erst am 1. März ihre Tätigkeit beginnen. Aber bei der Größe der Gefahr für die spanische Kolonie änderte der Senat diese Bestimmung ab und setzte fest, daß von jetzt ab die Konsula ihr Amt bereits am 1. Januar anzutreten hätten. Dabei ist es dann geblieben. Bald richteten sich nach dem konsularischen Amtsjahr auch die übrigen Behörden, das Geschäftsjahre gewöhnte sich an diesen Termin, und nach einiger Zeit war das alte bürgerliche Neujahr vom 1. März tatsächlich vergessen. Caesar hat dann bei seiner Kalenderreform natürlich den 1. Januar als Jahresanfang beibehalten, und auf seinem stalenber beruht der untrügliche. Daß das Jahr tatsächlich einmal am 1. März begonnen hat, läßt sich noch aus den heutigen Monatsnamen erkennen. Der Dezember heißt der „zehnte“ Monat, der November der „neunte“, der Oktober der „achte“ und der September der „siebente“. Alle diese Monate sind also nicht vom 1. Januar, sondern vom 1. März

Punkt 2 der Zuschrift der Genossen Massafsch, Steinmeyer und Martersteig erklärt, daß von Westmeyer wiedergegeben, vor der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten für Stuttgart verbreitete Zirkular, das zur Wahl speziell der Genossen Reichel, Rosenhagen usw. aufforderte, sei den Angehörigen der Metallarbeiter erst am ersten Tage der Urwahl, also am 18. Oktober, zu Gesicht gekommen. Vorher aber sei bereits (nicht nachher, wie Westmeyer behauptete) ein anderes Zirkular verbreitet worden, das die Wahl von Westmeyer und seinen engeren Parteifreunden empfohlen habe.

Dieser steht die Erklärung gegen Erklärung, welche Darstellung die richtige ist, wird sich wohl nur durch Untersuchung der Instanzen in Stuttgart selbst feststellen lassen.

Punkt 3 weist darauf hin, daß auch vor der Abgeordnetenwahl selbst jenes Zirkular verbreitet worden sei, das — entgegen dem Parteischluß — eine Stimmentragung zugunsten von Westmeyer, Rang und Schimmel gefordert habe. Zugleich wird auf eine Westmeyer bekannte Geheimkonferenz hingewiesen, deren Ergebnis dies Zirkular gewesen sein soll. Die Angehörigen im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes hätten mit diesem Zirkular jedenfalls nichts zu tun gehabt.

Westmeyer und Rang haben dies Zirkular öffentlich für eine infame Fälschung, für einen Mißbrauch ihrer Namen erklärt und in Versammlungen und in der Presse aufgefodert, die Zirkulare nicht Folge zu leisten. Was es mit der Geheimkonferenz auf sich hat und wer in Wirklichkeit der Urheber dieses Zirkulars war, wird auch nur durch die Instanzen an Ort und Stelle festzustellen sein. Sehr wünschenswert wäre es allerdings, wenn Genaueres darüber ermittelt werden könnte.

Die übrigen gegen den Parteischluß, nicht zu kumulieren, verstoßen wurde, beweist ein auffälliges Inserat, das in der letzten Nummer unseres Stuttgarter Parteiorgans vor dem Wahltage erschien und in auffallendem Druck aufforderte: „Geht überall und bei allen Wahlgängen nur den Kandidaten und besonders den seitherigen Abgeordneten der Sozialdemokratie eure Stimme.“

Unterzeichnet war dieses Inserat: Der Vorstand der vereinigten Gewerkschaften: J. A. Hermann Häarer.

Punkt 4 erklärt, daß mit dem Fall Stalsky die übrigen Mitarbeiter vom Hauptbureau nicht das geringste zu tun haben. In der Sache Stalsky habe übrigens die Revisionsverhandlung erst am 8. Juli stattgefunden, so daß Stalsky das Urteil des Landgerichts erst in der letzten Oktoberwoche (die Veröffentlichung des Urteils erfolgte am 16. November) zugestellt worden sei. Die Veröffentlichung des Urteilstenors wurde durch den Anwalt veranlaßt, Stalsky hatte keinen Einfluß darauf, an welchem Tage diese Veröffentlichung erfolgen sollte.

Ein eigenartiger Zufall waltete hier also immerhin!

Punkt 5 behauptet, bei der Referentenbestellung für Stuttgart bestimmte häufig das Sekretariat, das nach Westmeyer nur die Vermittlungsstelle sein sollte, selbst den Referenten. Und daß Genosse Reichel am Abend vor der Landesproporzwahl in Stuttgart gesprochen habe, sei nicht dem eigenen Triebe des Sekretariats zuzuschreiben.

Wir möchten doch darauf hinweisen, daß auch am 16. Oktober, also zwei Tage vor der Parteivahl der Kandidaten für Stuttgart, in einer nach dem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ sehr gut besuchten Parteiversammlung die bisherigen Landtagsabgeordneten Fischer und Reichel Bericht über die Tätigkeit der Fraktion erstatteten. In dieser Versammlung wurde allerdings gegen wenige, oder, wie ein bürgerliches Blatt meldete: drei Stimmen eine Kritik zum Verammlungsbeschluss erhoben, die die „Schwäbische Tagwacht“ in Sachen des Königshofs an der Fraktion geübt hatte.

Wenn aber die Erklärung der Genossen Massafsch, Steinmeyer und Martersteig die von ihnen behauptete Zurücksetzung von Angehörigen des Metallarbeiterverbandes bei Parteiversammlungen so sehr beklagt, so nimmt sich folgende Stelle ihrer Zuschrift doppelt seltsam aus:

„Wenn es wahr sein sollte, daß der Genosse Westmeyer im Heilbronner Wahlkreis gesperrt worden ist, so sind doch dafür nicht die Angehörigen des Hauptbureaus des Metallarbeiterverbandes verantwortlich zu machen. Aber jedenfalls hat die Tätigkeit Westmeyers den Heilbronner Genossen so gut gefallen, daß sie dieselbe nicht als parteistärkend, sondern als parteierstörnd ansahen und deshalb auf die unschätzbare Mitarbeit Westmeyers verzichteten.“

Was den Heilbronner Genossen recht ist, sollte doch auch die Möglichkeit der Darstellung der Genossen Massafsch usw. immer vorausgesetzt, dem Stuttgarter Parteisekretariat nicht allzusehr angefreit werden. Wir würden freilich das Verfahren in beiden Fällen mißlingen!

Aus der Erklärung der Genossen Brückner-Baihingen geben wir, obwohl dieser Genosse in Westmeyers Zuschrift nicht mit Namen genannt wurde, die Erklärung wieder, daß der sozialdemokratische Verein Baihingen gegen den Willen Brückners den Beschluß gefaßt habe, die Beitragsabführungen so lange zu verweigern, bis die Parteiministerien die von der Landesgeneralversammlung geforderte Konferenz für die 1. württembergische Wahlkreisorganisation einberiefe und deren Beschlüsse bekannt seien. Weiterhin teilen wir aus Brückners Zuschrift mit, daß unter Brückners Mitwirkung an leitender Stelle die Parteiorganisation innerhalb drei Jahren eine Mitgliedersteigerung von über 100 Proz. aufzuweisen habe, wie denn auch bei den verflochtenen Reichs- und Landtagswahlen in Baihingen ein namhafter Stimmenerfolg zu verzeichnen gewesen sei.

Wir glauben, daß sowohl die obige Auseinandersetzung, als auch die bisherige Diskussion über die württembergischen Verhältnisse gezeigt hat, wie wenig das Parteileben in Stuttgart und Württemberg von parteigenösslichem, proletarisch-brüderlichem Geiste getragen ist. Wir sehen das nicht Personen aufs Schuldkonto, sondern dem Kampf der verschiedenen Strömungen, bei denen natürlich manche Personen in den Vordergrund geschoben werden. Der Kampf der Ansichten in der Presse und in den Organisationsfragen ist nach Lage der Dinge unvermeidlich. Wohl aber sollten die persönlichen Vorwürfe mehr als bisher in den Hintergrund treten. Das gilt sicherlich für beide Teile.

Aber wir wollen doch nicht verhehlen, daß die Angriffe gegen die radikale Richtung und den Genossen Westmeyer, die an Leidenschaftlichkeit und Schärfe der Form nicht zu über-treffen sind, zu allerletzt zu beweisen vermögen, daß gerade unser Korrespondent Westmeyer der schwarze Mann und die Wurzel alles Übels ist, seine Parteigegner dagegen die blütenreichste Unschuld repräsentieren!

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

III.

Aufsicht durch Gendarmen. Schwarze Listen. Haftpflichtversicherung. Verspätung der Unfallanzeigen.

Trotz der enorm vielen Unglücksfälle wird bei der Aufsicht gespart. Es werden staatliche Organe an Stelle berufsgenossenschaftlicher für die Zwecke der Berufsgenossenschaft in Bewegung gesetzt. Auch in diesem Berichtsjahre sind die Herren Landräte wieder sehr entgegenkommend und stellen die — Gendarmen für die Revision der Betriebe zur Verfügung, damit auf Kosten aller Steuerzahler einige Betriebe

der Landwirtschaft — revidiert werden. Und die Gendarmen können befalliglich alles. So berichtet uns „Hessen-Raffau“, daß nur ein Aufsichtsbereiter tätig war. Daneben sind aber auch zahlreiche Betriebe auf Veranlassung der königlichen Landräte durch die staatlichen Polizeiorgane (Gendarmen) revidiert worden. Mehrere haben nach neuerdings ergangenen Entscheidungen der zuständigen preussischen Ministerien diese Revisionen von Amts wegen und auf Grund ihrer sicherheitspolizeilichen Aufgaben vorzunehmen.“

Auch „Reuß i. L.“ meldet: „Die Gemeindeverbände haben sich zu Auskünften und dgl. stets entgegenkommend gezeigt. Die Revisionen selbst wurden größtenteils allein ausgeführt. Nur ab und zu beteiligte sich hieran ein Bürgermeister oder ein Gendarmereiwachtmeister zum Zwecke der eigenen Belehrung.“

„Westfalen“ teilt mit, daß gar vorher die Revisionen bekanntgemacht wurden. Den Ortspolizeibehörden ist der Zeitpunkt der Revisionen stets einige Wochen vorher zur öffentlichen Bekanntgabe mitgeteilt worden. In allen Fällen wurde ein Polizeibeamter oder Gendarm dem Aufsichtsbereiter als Begleitperson bereitwillig zur Verfügung gestellt.“

Bilzig revidiert wurden auch in „Schleswig-Holstein“ die Betriebe. Der Bericht erklärt: „Die Ueberwachung der bei der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versicherten Betriebe auf Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften erstreckte sich im Jahre 1911 auf 22 Sektionen und erfolgte in bisheriger Weise, entweder durch Landratspräsidenten bzw. Brandschaukommissionen gelegentlich der Brandschau oder durch Vertrauensmänner, bzw. durch sonst gebildete Kommissionen, sowie in einzelnen Kreisen durch die Gendarmen.“ (1)

Ganz offen bespricht auch der Bericht „Sachsen“, die Hilfe durch Gendarmen, die von den Landräten „angewiesen“ worden sind, auf Kosten aller Steuerzahler für die Berufsgenossenschaft tätig zu sein. Im Bericht wird darüber folgendes erwähnt: „Die Zahl der nach den Revisionslisten revidierten Betriebe blieb hinter der Zahl der nach dem Unternehmerverzeichnis vorhandenen Betriebe in einzelnen Kreisen zunächst erheblich zurück. Die unvollständigen Revisionslisten wurden daher durch Vermittlung der Herren Landräte den Gendarmereiwachtmeistern mit dem Ersuchen zurückgeschickt, die übergangenen Betriebe nachträglich nach einer Revision zu unterziehen.“

„Auf Ersuchen der Berufsgenossenschaft sind aber die Gendarmereiwachtmeister von den Landräten angewiesen, auf allen ihren Dienstwegen, soweit sich dazu nur eine Gelegenheit bietet, die landwirtschaftlichen Betriebe auf Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu revidieren und Anzeige zu machen, sobald ein Betrieb nicht vorchriftsmäßig befunden ist.“

Auch in „Schlesien“ revidiert der Gendarm: „Insoweit die Nachrevisionen von den technischen Aufsichtsbeamten nicht selbst vorgenommen wurden, erfolgten sie durch die Gendarmen, welche seit dem Jahre 1910 im Einverständnis mit den Herren Regierungspräsidenten und durch Vermittlung der Herren Landräte zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften herangezogen werden. Es geschieht dies in der Weise, daß die Gendarmen den technischen Aufsichtsbeamten bei der erstmaligen Betriebsrevisionen begleiten.“

Sehr billig stellt sich die Betriebsrevision in „Pommern“. Laut Bericht wurde im Jahre 1911 für „Ueberwachung der Betriebe“ die Summe von 132 M. verausgabt. Und wer „revidiert“? Im Bericht ist zu lesen:

„In den Kreisen haben umfangreiche Revisionen der landwirtschaftlichen Maschinen durch die Ortspolizeibehörden stattgefunden. Zur Prüfung solcher Verhältnisse, welche besondere Schwierigkeit bieten, wurde vom Stabe der Verwaltung ein Maschinen-Sachverständiger entsandt, der hauptamtlich bei der Pommerschen Feuer- und Versicherungsgesellschaft beschäftigt wird.“

Der Bericht „Posen“ stellt die Betriebsrevisionen durch Gendarmen so hin, als ob dies die Landräte „gewünscht“ hätten und diese Tätigkeit auch zum „Vorteil“ der Staatsbeamten gewesen wäre. Es heißt da: „Die Beziehungen zu den Verwaltungs- und Polizeibehörden waren gut. Die Gendarmen beteiligten sich, wie oben erwähnt, in diesem Jahre zum erstenmal auf Wunsch der Herren Landräte regelmäßig an den durch die technischen Aufsichtsbeamten erstmalig vorgenommenen Revisionen und zwar mit wahrnehmbar günstigen Erfolge.“

Die Berufsgenossenschaft für „Reuß a. L.“ ist jetzt auch zu dem häßlichen Modus übergegangen, alljährlich ein genaues Verzeichnis der Rentenempfänger mit vollem Namen, Wohnort und Höhe der Rente zu veröffentlichen. Eigenartig ist es auch, daß jetzt viele Berufsgenossenschaften selbst dazu übergehen, eigene Haftpflichtversicherungen zu errichten, obgleich alle Berichte über die Saumseligkeit der Unternehmer bitter klagen, strenge Bestrafungen verlangen und dann den Schaden aus der Haftpflichtkasse kulant regulieren. Und denen, die den Kampf gegen die geplante „Volksfürsorge“ der Arbeiter predigen, sei gesagt, daß ja auch die Agrarier ihre Mitglieder aus den Privatversicherungsanstalten herausziehen. Größer wird die Zahl der Berufsgenossenschaften, welche jetzt lebhaft Propaganda für ihre eigenen Haftpflichtversicherungen machen und die Kleinbauern direkt auffordern, aus den Privatversicherungsanstalten auszutreten. Dabei können die Agrarier nicht genug gegen die „Volksfürsorge“ der Arbeiter wettern, welche doch auch vor Ausbeutung auf diesem Gebiete sich schützen wollen. Größeren Unfallschutz verspricht aber die Ausdehnung der Haftpflichtversicherung sicher nicht, denn die Berufsgenossenschaften mit eigener Versicherung, z. B. „Mecklenburg-Strelitz“, heben bei ihrer Propaganda nicht die Unfallverhütung, sondern den pekuniären Vorteil des Betriebsunternehmers hervor. Nicht der verfrüppelte Anecht des Westfers fordert das Mittel der Berufsgenossenschaft heraus, sondern der Umstand, daß der arme Unternehmer nicht versichert war, den Schaden selbst tragen muß. Er soll sich deshalb ja versichern, die geringe Prämie zahlen und weiter sich gegen den Unfallschutz verständigen. Die versicherten Unternehmer sind ja auch sorgloser in der Unfallverhütung, da sie ja gar kein Risiko mehr zu tragen haben. Deshalb sind die Haftpflichtversicherungen von Uebel.

Viele Berichte zeigen uns, daß in den meisten Fällen die Beiträge an die Zahler wieder in Form von Unfallkosten zurückerstattet werden mußten, denn nach der Statistik ist die Zahl der verletzten Kleinbauern und deren Familienangehörige sehr groß. Leider finden wir in den Berichten nur die Zahlen über die entschädigten Unfälle. So meldet „Baden“, daß sich die entschädigten Unfälle verteilen nach der Stellung der Verletzten im Betrieb: 1. Betriebsunternehmer und Ehefrauen von solchen 2611, 2. Betriebsbeamte 1, 3. Familienmitglieder 445, 4. Arbeiter 850, zusammen 3007. „Schwaben-Neuburg“ sagt: „Hierzu sei bemerkt, daß von den im Berichtsjahre entschädigten 1256 Unfällen 949 = 75,76 Proz. auf Unternehmer und deren Familienangehörige, und 307 = 24,44 Proz. auf Dienstboten und Arbeiter treffen.“

„Unterfranken“ meldet uns: „Von den entschädigten 1498 Unfallverletzten sind an den Entschädigungen beteiligt: 77,77 Proz. (Vorjahr 80,91 Proz.) Betriebsunternehmer und deren Familienangehörige, 22,23 Proz. (Vorjahr 19,99 Proz.) Dienstboten und sonstige Arbeiter.“

Ueber verspätete Unfallanzeigen wird häufig geklagt. Der Bericht „Lothringen“ erwähnt die Schäden des Kurdschutts auf dem Lande wie folgt: „Bei den verhängten Strafen bedarf hier eine Art der Ueberziehung der Unfallverhütungsvorschriften besonderer Erwähnung. Es ist dies die Behauptung durch Kurdschutts. Sie ist mehreremal Gegenstand der Bestrafung gewesen; in einem Falle ist der Bestrafte selbst Landwirt, Bürgermeister und Kurdschutts. Dieser Ueberziehungsfall dürfte deshalb als flagranter Fall um so mehr betrachtet werden, als die Berufsgenossenschaft sich in öffentlichem Rundschreiben selbst bereit erklärt hat, in liberaler Weise in geeigneten Fällen die Kosten der ärztlichen Behandlung während der Reizezeit zu übernehmen, wenn die kostenfreie allein rationelle spezialistische Anstaltsbehandlung vom Verletzten angenommen wird.“

In einem andern Falle ist der Kurdschutts auch Landwirt und wiederholt zufällig.

Aus einem dieser Fälle ist ein überaus schwerer Entschädigungsfall geworden und zwar handelt es sich um ein sonst gesundes junges Mädchen. Die Berufsgenossenschaft wird da für den eingetretenen Beinverlust in Form dauernder Entschädigung ein nach menschlichem Ermessen vermeintliches Unglück wieder gut machen müssen. Die in die Wege geleitete Hofstammung des Kurpschutts scheiterte an besonderen Umständen, die hier nicht weiter auszuführen sind.“

Wenn die Berufsgenossenschaft aber nur in 35 Fällen mit insgesamt 3117 M. Kosten das Beileben übernommen hatte, so kann man doch im Ernst nicht solche hohen Töne anschlagen!

Aus Industrie und Handel.

Der Weltverkehr im Jahre 1912.

Dem Bericht der Handelskammer Hamburgs entnehmen wir folgendes:

Der Weltverkehr bot im Jahre 1912 im ganzen ein Bild regen Lebens. Die Ziffern der Gütererzeugung wiesen an vielen Stellen bemerkenswerte Zunahmen auf, und die Bewältigung der Absatzungen stellte an die Transportunternehmungen hohe Anforderungen.

Außerordentlich große Ernten in manchen Ländern, wie von Mais in Argentinien, von Getreide und Baumwolle in den Vereinigten Staaten, eine starke Produktion von Stapelerzeugnissen des südlichen und östlichen Asiens und weiter die zunehmende Nachfrage nach manchen überseeischen Erzeugnissen trugen dazu bei, daß an den verschiedenen Stellen des Erdballs ausgedehnte Schiffschiffe zur Ueberführung der Güter von den Erzeugungsändern an die Verbrauchsstätten erforderlich wurden. Die Preise der meisten überseeischen Erzeugnisse hielten sich dabei auf hohem Stande. Dem umfangreichen Warenverkehr nach Europa stand eine im ganzen starke Exporttätigkeit in den europäischen Industriestaaten gegenüber. Der Handel gestaltete sich im allgemeinen lebhafter in der ersten Hälfte des Jahres als später, und dementsprechend wurden in einzelnen Zweigen der Industrie die Lieferfristen im Laufe des zweiten Halbjahrs wieder weniger lang. Infolge des lebhaften Güterausstausches war die Seeschifffahrt stark beschäftigt, zumal auch der Auswandererzufluß aus Rußland und Oesterreich-Ungarn mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten wieder mit voller Stärke einsetzte. Die Linienreedereien sahen sich mit ihrem eigenen Schiffsparke dem Güterandrang vielfach nicht mehr gewachsen und trugen durch Charterung fremder Dampfer zur Verminderung des in freier Fahrt tätigen Schiffsbestandes nicht unbedeutend bei. Auch den Dampfern in freier Fahrt und den Segelschiffen kam unter diesen Umständen die günstige Lage des Frachtenmarktes zugute. Infolge der günstigen Schiffsverhältnisse und der Höhe der Charterfrachten sind inzwischen namentlich von Linienreedereien weitere zahlreiche Aufträge auf Neubauten an die Schiffswerften ergangen.

Ueber die allgemeine wirtschaftliche Lage im Jahre 1912

führt der Jahresbericht der Berliner Handelskammer folgendes aus: Das Wirtschaftsjahr 1912 hat die drei vorangehenden Jahre, die bereits einen stetigen Fortschritt aufgewiesen hatten, auf den meisten Gebieten überholt. Sieht man von dem Baugewerbe und den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Branchen ab, so darf man sagen, daß die Aufwärtsbewegung eine allgemeine war, und daß, wenn trotzdem einzelne Betriebe von dem Aufschwünge unberührt blieben, dies auf besondere Umstände zurückzuführen ist, die für das Gesamturteil nicht in Betracht kommen. Die Bedeutung der hier festgestellten Tatsache tritt aber erst ins rechte Licht, wenn man bedenkt, daß im letzten Teile des Jahres 1912 die wirtschaftliche Entwicklung eine Reihe von starken Hemmnissen zu überwinden hatte. In Schwierigkeiten, die aus den Vorjahren übernommen waren und mit denen man von vornherein hatte rechnen müssen, wie der ungünstigen Lage des Baumarktes, der Lebensmittelpreuerung, gestellten sich andere, die unerwartet auftraten oder doch in der Schärfe, die sie zeigten, nicht hatten vorausgesehen werden können. Im letzten Quartal des Jahres 1912 drängten sich diese Hindernisse zusammen; zu ihnen zählten neben den obengenannten in erster Linie politische Ereignisse und Vorgänge auf dem Kapitalmarkt. Die Hemmnisse, die von ihnen ausgingen, waren ursprünglich nicht imstande, die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte zum Stillstand zu bringen. Erst nach und nach trat zutage, daß der Wirtschaftskörper von störenden Einwirkungen nicht frei geblieben war, und so schloß das Jahr 1912 mit einer Abschwächung der geschäftlichen Regsamkeit. ...

Für die Beantwortung der Frage, ob diese Steigerung des Warenumsatzes mit Hilfe einer Steigerung der einheimischen Produktion oder auf dem Wege der Zufuhr aus dem Auslande erzielt worden sei, liegt zuverlässiges Material vor. Die Menge der Waren, die Deutschland im Jahre 1912 einführte, überstieg nur um 4—5 Proz. die Menge des Vorjahres. In diesem Plus stecken vornehmlich Kosten von Rohstoffen, deren die deutschen Fabrikationsbetriebe bedurften. In der gleichen Zeit nahm die deutsche Ausfuhr um 11 Proz. zu. Obgleich also der deutsche Markt seinen Bezug an ausländischer Ware nur um ein geringes erhöhte, war er imstande, ein gesteigertes Quantum von Waren an das Ausland abzugeben. Die Lebhaftigkeit des deutschen Warenmarktes hatte demnach in der Lebhaftigkeit der einheimischen Produktion ihren Ursprung, wobei allerdings als günstiges Moment die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes in Betracht kam.

Die Spekulation an der Berliner Getreidebörse.

Zur Einzwängung der Baiffiers konnte gestern nur zum Teil durchgeführt werden. Es wurde mehr Weizen herangeschafft als zu Dedungskaufen per Ultimo nötig war. Infolgedessen sanken die Weizenpreise um 5 M. Die Hauffbestrebungen der Firma Leonhard Neumann wurden so durchkreuzt. Am Roggenmarkt fehlte es hingegen wieder an Lieferungen, so daß die Hauffpartei, die durch die Berliner Dampfmühle vertreten wurde, die Situation hätte voll ausnützen können. Infolge der Angriffe aus Handelskreisen und in der Presse „begünstigte“ sich die Firma jedoch mit einer Preissteigerung von 1 M.

Auflösung des Bleihändlars.

Die Verkaufsstelle für gewalzte und gepresste Bleifabrikate in Köln teilte der Händlerorganisation mit, daß die Erneuerungsverhandlungen ergebnislos verlaufen seien und daß das Syndikat per Jahresabschluss aufgelöst wird. Inzwischen werden Versuche gemacht, unter den Hauptfirmen mit Hinzuziehung des Handels einen Zusammenschluß in irgendeiner Form zustande zu bringen.

Zahlungseinstellung infolge Ultimopekulationen.

Der Inhaber einer kleinen Bankkommissionsfirma, der nebenbei den Handel in Losanteilen betreibt, Felix Raumann, hat seine Zahlungen eingestellt und erklärt, daß er keine Ultimopekulationen nicht begehren könne. Es soll sich hierbei um eine Summe von 250 000 M. bis 300 000 M. handeln, die auf eine größere Anzahl von Börsenfirmen und Wälfen entfällt. Raumann hat besonders mit Kanada- und Phönizgattien spekuliert.

Neue Fusion im westdeutschen Berggewerbe. Das Bankhaus Albert Hanau in Saarlouis ging an Gebr. Köhling in Saarbrücken über, die es für eigene Rechnung fortführen wird.

Soziales.

Die Unfallversicherung tritt in Kraft.

Am 1. Januar 1912 trat der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der sich auf die Invalidenversicherung bezieht, heute tritt der die Unfallversicherung betreffende Teil

in Anwendung; erst am 1. Januar 1914 werden die die Krankenversicherung betreffenden Ausdehnungen praktisch. Von den die Unfallversicherung betreffenden Änderungen mögen heute zwei hervorgehoben werden, die für eine große Reihe von Arbeitern von erheblicher sind. Die eine betrifft die Ausdehnung des Kreises der Versicherten, die andere die Berechnung der Renten.

Ausdehnung des Kreises der Versicherten. Neu sind der Unfallversicherung unterstellt: Apotheken, Dekorationsgeschäfte, Badeanstalten, Binnenschiffbetriebe, der gesamte Fuhrwerksbetrieb, der gewerbmäßige Reittier- und Stallhaltungsbetrieb und das Halten von Reittieren (auch außerhalb gewerblicher Betriebe, Zirkuspferde). Endlich ist die Versicherung noch auf eine Anzahl von Betrieben ausgedehnt worden, die der Beförderung von Personen oder Gütern oder der Behandlung und Handhabung der Ware dienen. Der Kreis der versicherten Personen ist durch die Gemaßgebung der Gehaltsgrenze für die Versicherungsbeitrag der Betriebsbeamten von 3000 M. auf 5000 M. vergrößert.

Berechnung der Renten. Für die gewerblichen Arbeiter und für die Facharbeiter der Landwirtschaft ist die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes eine etwas bessere geworden. Der Jahresarbeitsverdienst soll in der Regel auf mindestens das Dreihundertfache des Arbeitslohnes für den vollen Arbeitstag festgestellt werden. Für die Rentenberechnung wird in Zukunft der Jahresarbeitsverdienst bis zu 1800 M. (bisher 1500 M.) voll angerechnet und der Ueberschuß mit einem Drittel. Das hat zur Folge, daß beispielsweise bei einem wirklichen Verdienste von 2400 M. der Jahresarbeitsverdienst, nach dem die Rente zu berechnen ist, auf 2000 M. festzusetzen ist, nämlich 1800 M. voll und von dem Ueberschuß von 600 M. ein Drittel mit 200 M. Nach dem früheren Rechte war bei einem wirklichen Verdienste von 2400 M. der anrechnungsfähige Jahresarbeitsverdienst nur 1800 M., nämlich 1500 M. voll und von dem Ueberschuß von 900 M. ein Drittel mit 300 M. Die neue Vorschrift hat eine Erhöhung der Renten zur Folge. Die **Vollrente**, die bekanntlich zwei Drittel des anrechnungsfähigen Verdienstes beträgt, macht nach den alten Vorschriften nur zwei Drittel von 1800 M. = 1200 M., nach den neuen zwei Drittel von 2000 M. = 1333 1/3 M. aus.

Die neuen günstigeren Vorschriften über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind auch für Unfälle anzuwenden, die für die erste Rentenfeststellung am 1. Januar 1913 noch nicht rechtskräftig ist. In allen Fällen dieser Art muß also, soweit noch nicht Rechtskraft eingetreten ist, Berufung eingelegt werden, um die Vorteile der günstigeren Vorschriften zu erzielen. Auch wenn das Oberverwaltungsamt schon entschieden hat, kann, falls die Rekurfrist noch nicht abgelaufen ist, mit dem Rekurs die Anwendung der neuen Vorschriften erlangt werden.

Ein Polizeispion als Portier.

Eigenartige Verhältnisse kamen in der letzten Sitzung auf Kammer 6 des Berliner Oberverwaltungsamtes zur Sprache. Der **Polizeispion Willi Janotta**, jetzt **Christinenstraße 32, Hof I**, wohnhaft, klagte gegen eine Hotelbesitzerin auf Zahlung von Gehalt, die er als Portier zu beanspruchen habe. Er sei gegen ein Gehalt von 100 M. monatlich als Portier engagiert worden. Die Beklagte dagegen wendete ein, der Kläger sei ohne Gehalt engagiert und auf die Triangel der Hotelgäste angewiesen gewesen. Zum Engagement habe sie sich nur infolge der Verwendung des Kriminalbeamten **Wid** und aus Mitleid bewegen lassen. Ihr sei gesagt, Kläger habe in seinem Beruf als Polizeispion sehr viel Kräfte erhalten und sei infolge dessen arbeitslos geworden. Der Kläger behauptet, er sei gerade als Bewacher und berühmter Polizeispion angenommen, er habe im Hotel allerhand geschwätzige Sachen aufdecken wollen. Dazu sei er aber der rechte Mann gewesen. Er sei die rechte Hand der Kriminalbeamten **Rasse** und **Leonhard**. Sein Honorar habe oft bis zu 500 M. monatlich betragen. Vor kurzem sei er erst unter der Maske eines Transportarbeiters als Detektiv bei der Berliner Patisserie-Gesellschaft gewesen. Eine besondere Spezialität von ihm sei die **Dressur von Polizeihunden auf Menschen**. Einer weiteren Darlegung des Beklagten über seine vermeintlichen Vorzüge wehrte der Vorstehende ab. Die Beklagte gab noch an, sie habe den Kläger deshalb entlassen, weil es jetzt bekannt geworden sei, daß Kläger erst vor kurzem aus dem **Zuchthaus** entlassen sei. Darüber verschwiegen sich Kläger aus. Die Hotelbesitzerin bestritt entschieden, daß der Kläger als Polizeispion oder dergl. habe tätig sein sollen; sie traue ihm viel eher zu, daß er einen im Hotel ausgeführten Diebstahl begangen habe.

Ein vom Vorsitzenden gemachter Einigungsvorschlag war erfolglos. Es wurde deshalb beschlossen, in dem nächsten Termin den **Kriminalbeamten Wid**, der den Polizeispion empfohlen hatte, als Zeugen zu vernehmen. Hierbei wird sich ja gleich herausstellen, ob Janotta in der Tat erst vor kurzem aus dem **Zuchthaus** entlassen ist.

Ein Konsumgenossenschaftsjubiläum in Wien

wurde aus Anlaß der zehnjährigen Arbeit des Konsumvereins „Vorwärts“ gefeiert. Er hat heute 39.000 Arbeiterfamilien zu seinen Mitgliedern, zählte 1902 bis 1912 Waren für 64 Millionen Kronen um und vergütete den Mitgliedern 2,7 Millionen Kronen als Dividende wieder. Er verwaltete 1 1/4 Millionen Spareinlagen seiner Mitglieder, hat eine Hinterbliebenenunterstützung bei einem bestimmten Mindestformum eingeführt und den gemeinnützigen Wohnungsbau in Angriff genommen. Der Verein hat 67 Filialen, eine eigene Schuh- und Wollwarenfabrikation und eine eigene Seifenwarenfabrik. Das Brot liefern ihm die **Hammerbrotwerke** der österreichischen Großbrotbäckergesellschaft.

Eine unbillige Konkurrenzklause.

Infolge von Differenzen war der technische Geschäftsführer einer Gesellschaft in **Hameln** ohne Kündigung entlassen worden. Seiner durch Klage gegen die Gesellschaft erhobenen Gehaltsforderung setzte diese eine zwischen ihnen abgemachte Konventionalklausel von 10.000 M. entgegen, die fällig geworden sei, weil T. in einem Konkurrenzgeschäft in **Schade** eine Stellung als Geschäftsführer angenommen habe. Die Konkurrenzklause lautete: „T. verpflichtet sich, nach Auflösung des Vertrages ohne Rücksicht auf die Gründe der Auflösung innerhalb der nächsten fünf Jahre in einem Umkreise von 20 Kilometern von **Hameln** in kein Konkurrenzgeschäft in irgend einer Form bei **Reibung** einer Vertragsstrafe von 10.000 M. einzutreten oder sich daran zu beteiligen.“

Diese Konkurrenzklause erklärte das **Oberlandesgericht Celle** für gegen die guten Sitten verstößend und deshalb für nichtig.

Ein Verstoß gegen die guten Sitten liege zunächst deshalb vor, weil die Strafe ohne Rücksicht auf die Gründe der Auflösung des Vertrages in Kraft trete, also auch dann, wenn der Kläger unberechtigterweise entlassen sei. Außerdem enthalte die Ausdehnung des Umkreises auf die übergroße Entfernung von 20 Kilometern eine

Erhöhung des Fortkommens über Gebühr. Auch stehe die Höhe der Strafe in keinem Verhältnis zu dem Gehalt des Klägers: 6000 M. Ferner sei die Zeit von 5 Jahren zu lang. Denn der Kläger sei ein technischer Angestellter und habe als solcher, um sich weiter zu bilden und sich auf der Höhe seines Faches zu stehen, ein Interesse an ständiger praktischer Beschäftigung. Eine je längere Unterbrechung diese erfahre, um so mehr Schwierigkeiten würden ihm bei Bewerbungen um andere Posten erwachsen. Schließlich enthalte der **Vassus des Konkurrenzvertrages**: „oder sich an einem Konkurrenzgeschäft zu beteiligen“, eine Unbilligkeit, denn nach dieser Bestimmung werde die Strafe schon fällig, wenn jemand zum Beispiel von irgend einem Konkurrenzunternehmen eine **Aktie** erwürde.

Verzehrstatistik.

Die Zahl der Ärzte in Deutschland beträgt im Jahre 1912 nach dem von Geheimrat **Schwalbe** herausgegebenen „**Medizinisch-statistischen Jahrbuch für Deutschland auf das Jahr 1912**“ 33.527. Es kommen auf 10.000 Einwohner 5,06 Ärzte. Die Zunahme ist beträchtlich größer als im Vorjahre. Die Entwicklung der Zahl der Ärzte in Deutschland gibt die folgende Zusammenfassung:

Jahr	Zahl der Ärzte	Zunahme gegen das Vorjahr	Ärzte auf 10.000 Einw.
1901	27.978	—	4,92
1902	28.860	882	5,00
1903	29.679	819	5,06
1904	30.071	392	5,06
1905	30.655	584	5,08
1906	30.991	336	5,06
1907	31.416	425	5,07
1908	31.640	224	5,04
1909	31.969	329	5,02
1910	32.440	471	5,03
1911	32.855	415	5,02
1912	33.527	672	5,06

Die Zahl der Ärztinnen beträgt 151. 1908 waren 55, 1909 60, 1910 102 und 1911 108 Ärztinnen verzeichnet.

In **Groß-Berlin** war während der letzten Jahre die Zunahme der Ärztezahl etwas kleiner als die Zunahme der Bevölkerung, so daß die Verhältniszahl der Ärzte ein wenig zurückging. 1912 ist auch letztere wieder gestiegen. Die Zahl der Ärzte war in **Groß-Berlin**:

Jahr	überhaupt	auf 10.000 Einw.
1909	3844	11,25
1910	3894	11,10
1911	3938	10,90
1912	4032	11,05

Gerichts-Zeitung.

Ein internationaler Diebstahl.

Gegen den internationalen Dieb **Alfred Loewy** aus **Wien**, der, wie erinnerlich sein dürfte, nach Verübung einer ganzen Reihe von Diebstählen in den vornehmsten Berliner Hotels verhaftet worden war, hatte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Dr. Gayer** zu verhandeln.

Aus der Untersuchungshaft wurde der 1893 in **Wien** geborene **Verkaufers Alfred Loewy** vorgeführt. Die Anklage gegen ihn lautete auf versuchten und vollendeten schweren Diebstahl in mehreren Fällen, Bedrohung und versuchte Nötigung. — Der Angeklagte ist ein kleiner, schwächlicher Jüngling, in dem man keineswegs den gefährlichen Dieb vermuten konnte, der stets mit der scharf geladenen Browningpistole bewaffnet herumläuft. Es ergab sich, daß er erst im November 1911 in **Wien** wegen mehrerer Hoteldiebstähle zu 5 Monaten Kerker und ferner wegen unbedingten Waffentragens bestraft worden ist. Bald nach Verübung dieser Straftat kam er nach **Berlin**, um hier sofort seine gefährliche Tätigkeit fortzusetzen. Am 23. Oktober 1912 schlich er sich in ein offenes Zimmer des **Zentralhotels** ein und erbrach hier mehrere Koffer, ohne jedoch irgend etwas Wertvolles zu finden. Am 20. Oktober drang er in das Zimmer des **Fabrikdirektors Wilmers** im **Kaiser-Hotel** ein, erbrach hier mehrere Koffer und entwendete eine Brillantnadel im Werte von 1200 M., die er an demselben Tage bei der Pfandleiherin **Betz** für 300 M. veräußerte. Wenige Tage später entwendete er in dem **Continental-Hotel** aus dem Zimmer des **Barons von Ansel-Döberitz** Brillantenschmuckstücke im Werte von 650 M. Am 7. November gelang ihm in dem **Elite-Hotel** ein „großer Schlag“. Er entwendete aus dem Zimmer des **Wanddirektors Biermann** eine Aktentasche mit 2000 M. in Wertpapieren sowie eine Kassetten mit Brillantenschmuckstücken und lösen Brillantstücken im Werte von zirka 5000 M.

Als er einen Teil der erbeuteten Juwelen bei einem Pfandleiher in der **Friedrichstraße** verkaufen wollte, schloß dieser Verdacht. Er benachrichtigte die Kriminalpolizei, die einen ihrer Beamten beauftragte, in einem Nebenzimmer in der Pfandleihe auf das Wiedererscheinen des Verdächtigen zu warten. Als **Loewy** am Nachmittag nochmals erschien, wurde er von dem Beamten festgenommen. **Loewy** tat erst sehr entrüstet und hatte sogar die Frechheit zu erklären, daß „so etwas ja auch nur in dem preußischen Polizeistaat“ vorkommen könne. Als der Kriminalbeamte mit dem Angeklagten die **Funkammerstraße** passierte, riß sich L. plötzlich los und ergriß mit beiden Händen die **Flucht**. Als er beim Laufen plötzlich eine **Browningpistole** hervorholte und auf den Beamten anlegte, gab dieser aus seiner Dienstpistole einen Schuß ab, der den Dieb nicht traf, wohl aber einen zufällig des Weges kommenden Passanten. **Loewy** lief dann in die **Hedemannstraße** hinein, wo ihm mehrere Straßenpassanten entgegenkamen, um ihn aufzuhalten. Er bedrohte auch diese mit der **Browningpistole**, so daß sie ihn weiterlaufen ließen. Schließlich wurde er von einem **Verkaufers Richter** und einem **Diener Hornborsel** gestellt. — Vor der Kriminalpolizei gab der Angeklagte an, er habe die dem **Wanddirektor Biermann** gestohlene Kassetten mit den Brillantenschmuckstücken in der Nähe der **Weidenammerbrücke** in die **Spre** geworfen. Da er bei dieser Angabe blieb, beauftragte die Kriminalpolizei den **Tauscher Goldschmidt**, an der von dem Angeklagten bezeichneten Stelle den angeblich versenkten Brillantenschatz zu heben. Die **Tauscher**versuche blieben jedoch erfolglos, trotzdem der auf einem **Motorboot** der **Strompolizei** untergebrachte Angeklagte mit Hilfe eines **Ziegelsteins** genau die Stelle bezeichnete, an der er angeblich die Kassetten versenkt haben wollte.

Vor Gericht gab der Angeklagte die Diebstähle zu, dagegen bestritt er, die **Flucht** gehabt zu haben, auf den Beamten und die **Straßenpassanten** zu schießen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er überhaupt zu diesen Diebstählen gekommen sei, erklärte der Angeklagte, daß er durch einen **Artikel des Professors Dr. Reich-Jürids**, in welchem auf die leichte Ausführbarkeit derartiger Hoteldiebstähle hingewiesen worden sei, zu den **Straftaten** verleitet worden sei. — Der Staatsanwalt **Affesser Reusch** beantragte eine **Zuchthausstrafe** von 4 Jahren. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus. Das Urteil lautete auf 5 Jahre **Zuchthaus**, 10 Jahre **Erwerbsloshilfe** und **Stellung** unter **Polizeiaufsicht**.

Ein unzüchtiges Grammophon.

Von der Anklage wegen **Verbreitung unzüchtiger Schriften**, **Darstellungen** im Sinne des § 184, 1 St.G.B. hat das Landgericht **Cera** am 15. Juli die **Witwe Emma Horn** freigesprochen. Die Angeklagte leitete die **Gastwirtschaft** ihres Schwiegervaters. In dieser befand sich u. a. ein **Grammophon** mit mehreren Platten. Eine derselben hatte zum Text „**Die Entstehung des Radeky-Marsches**“. Sie läßt im **Marzschalke** die Vorgänge in der **Brautnacht**, welche **Rebecca Willenstengel** mit **Aron Willenstengel** miteinander verleben, vornehmen, bis schließlich das **deutlich** erkennbar vorläufige

Stöhnen der jungen Frau in die **Taste** des **Radeky-Marsches** übergeht. Das Gericht hat die **Grammophonplatte** nicht als eine unzüchtige Schrift im Sinne des § 184, 1 angesehen und deshalb die Angeklagte freigesprochen. Gegen das Urteil hatte die **Staatsanwaltschaft** **Revision** eingelegt mit der Begründung, daß das Vorliegen einer unzüchtigen Schrift in der **Darstellung** zu Unrecht verneint worden sei. Denn dieser Begriff sei nicht in seinem engen, sondern in seinem weiteren Sinne zu fassen. Denn es komme darauf an, daß der Text unzüchtig sei und dieser durch irgendwelche Manipulationen, wie hier durch mechanische Apparate, zur geistigen Wahrnehmung des Menschen gebracht werde. Der **Rechtsanwalt** beantragte, unter solchen Umständen das Urteil aufzuheben und die Sache an die **Vorinstanz** zurückzuverweisen. Das **Revisionsgericht** verwarf jedoch die **Revision** als unbegründet, da durch nichts erwiesen sei, daß eine **Verbreitung** dieses unzüchtigen Textes stattgefunden hat.

„Der Fanatismus an der Arbeit“.

Eine **Lehrerin** in **Strasburg**, **Fräulein Greß**, hatte gegen einen **Lehrer** wegen **Vornahme unzüchtiger Handlungen** Anzeige erstattet. Von da an wurde sie in der **fanatischsten** Weise vom **Pfarrer Beglin** verfolgt. Dieser **Schulinspektor** hatte u. a. geäußert: Was wird nun kommen, der angezeigte **Lehrer** muß fort und ich bekomme vielleicht einen **lobenden** **Lehrer**. Die **Hezerei** gegen die arme **Lehrerin** ging so weit, daß schließlich ihr **Bruder**, der **Arzt Dr. Greß**, die **Flucht** in die **Lebenslosigkeit** ergriß. Er legte in einem **Artikel** der **„Strasburger Rundschau“** die **standalöse** **Sache** dar.

Nun strengte der **Pfarrer Beglin** wegen dieses **Artikels** und wegen eines **Briefs**, den der **Arzt** im **Interesse** seiner **Schwester** geschrieben hatte, **Beleidigungsklage** gegen **Dr. Greß** und gegen den **verantwortlichen Redakteur** **Krisch** an. Nach eingehender **Beweisaufnahme** sprach das **Gericht** die **Angeklagten** frei, weil der **Wahrheitsbeweis** in **vollstem** **Masse** geführt war.

In der **Artikelsbegründung** führte der **Vorstehende** u. a. aus, daß der **Angeklagte Greß** den **Wahrheitsbeweis** geführt habe. Der **Geistliche** sei in einer **Weise**, die **seines** **Amtes** **durchaus** **unwürdig** sei, gegen die **Lehrerin** vorgegangen und habe sich dabei **unlauter** und **unsäuberer** **Mittel** bedient. Andererseits habe die **Beweisaufnahme** ergeben, daß an der **Zeugin Greß** kein **Kraß** habe, und daß ihre **Führung** stets eine **tadellose** gewesen sei. Der **Pfarrer** sei zu seiner **Stellungnahme** gekommen, weil die **Lehrerin** die **Verfehlungen** ihres **Kollegen**, des **Lehrers Florence**, aufgedeckt habe. Der **Pfarrer** hätte die **Anzeige** gegen **Florence** weitergeben müssen. Er habe dies aber nicht getan, anscheinend mit **Rücksicht** darauf, daß ein **Sohn** des **Florence** selbst **Geistlicher** ist und weil er verhindern wollte, daß durch das **Bekanntwerden** der **Verfehlung** indirekt das **Ansehen** des **Standes** **beeinträchtigt** werde. Der **Pfarrer** habe ferner die **Lehrerin** durch **Frl. Florence** wie durch einen **Detektiv** beobachtet lassen. Es sei **unbegreiflich**, wie der **Pfarrer** den **Ausgang** dieser **hysterischen** **Zeugin** **Glauben** schenken konnte. Der **Brief** des **Angeklagten Greß** enthalte nicht die **Abticht** der **Beleidigung**, der **Beklagte** sei als **Ehrenmann** für seine **Schwester** eingetreten, um dem **Teiben** gegen diese ein **Ende** zu machen; er handelte also aus dem **edlen** **Gefühl** der **Geschwisterliebe** heraus. Wenn er in der **Verteidigung** seiner **Schwester** in der **Form** etwas zu weit gegangen sei, so könne er deswegen nicht **verurteilt** werden, denn der **Schuh** des § 193 stehe ihm in **vollstem** **Umfange** zu. Weiter wurde das **Verhalten** des **Geistlichen** mit **scharfen** **Worten** verurteilt.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aufnahme.

- Zentrum: **Albert Dahnisch**, **Adlerstr. 17a**, am **Koppenhof**.
2. Wahlkreis, W.: **Gust. Schmitt**, **Strasburgerstr. 14**, **hochparterre**, S. und SW.: **Hermann Berner**, **Quakenaustr. 72**.
3. Wahlkreis: **St. Fritz**, **Prinzstr. 31**, **Hof rechts** dort.
4. Wahlkreis: **Herrn: Robert Wengels**, **St. Franziskanerstr. 120**, — **Richard Dadelbusch**, **Westerburgerplatz 4** (Laden).
5. Wahlkreis: **Schöden: Paul Böhm**, **Lautherplatz 14/15**.
6. Wahlkreis: **Leo Buch**, **Immanuelfürststr. 12** (Hof).
Wedding: **J. Schönig**, **Kagerstr. 42**.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: **Wilhelm Baumann**, **Rheinsbergerstr. 67**, **Laden**.
Gesundbrunnen: **Fischer**, **Waldstr. 6**, **Laden**.
Schönhauser Vorstadt: **Karl Ratz**, **Gröbenhäger Str. 27**.
Adlershof: **Karl Schwarzlose**, **Wilmersd. 60**.
Alt-Glienicker: **Wilhelm Dürre**, **Köpenickerstr. 6**.
Baumschulweg: **D. Hornig**, **Karientalerstr. 13**, **I**.
Bernau, Röntgenal., Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: **Heinrich Proke**, **Wühlstr. 5**, **Laden**.
Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: **Paul Gensch**, **Bohnsdorf, Genossenschaftshaus, Paradiesstr.**.
Charlottenburg: **Carl Schwanberg**, **Selenheimerstr. 1**.
Eichwalde, Schmückwitz: **Carl Rabe**, **Stadenaustr. 99**.
Erkner, Neu-Zittau: **Ernst Hoffmann**, **Friedrichshäger Chaussee**.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: **E. Höfeldt**, **14**, **Petershagen**.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: **D. Bernsee**, **Wühlstr. 5** in **Steglitz**.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: **Emil Bertmann**, **Köpenicker Str. 18**.
Grünau: **Klaus Klein**, **Reichenstr. 10**.
Johannisthal, Rudow: **Ray Gonschur**, **Parstr. 6**.
Karlshorst: **Richard Käfer**, **Adlerstr. 9**, **II**.
Königs-Wusterhausen, Wildau: **Friedrich Baumann**, **Bahnstr. 13**.
Köpenick: **Emil Wihler**, **Kiekerstr. 6**, **Laden**.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: **Otto Seifert**, **Wartenbergstr. 1** (Laden).
Mahlsdorf, Kanisdorf, Biesdorf: **P. Heyberg**, **Kaulsdorf, Ferdinandsstr. 17**.
Mariendorf: **August Veit**, **Chausseestr. 296**, **Hof**.
Mariensfelde: **Emil Weiser**, **Berliner Str. 114**, **II**.
Neuenhagen, Hoppegarten: **Gustav Lege**, **Mollerstr. 1**.
Neukölln: **H. Heinrich**, **Kedarstr. 2**, **im Laden**; **Kaufmann, Brühl**, **Köpenickerstr. 28/29**.
Nieder-Lehme: **Karl Freitag**.
Nieder-Schöneweide: **Wilhelm Urrus**, **Brüdenstr. 10**, **II**.
Nowawes: **Wilhelm Gappe**, **Friedrichstr. 7**.
Ober-Schöneweide: **Alfred Bader**, **Waldmühlenhofstr. 17**, **II**.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: **Rihmann**, **Mühlenstr. 30**.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: **H. Gursch**, **Prinzstr. 66**, **Laden**.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: **H. Rosenkrantz**, **III**, **Boxhagen 56**.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: **Ehr. Gantschke**, **Dorfstr. 10**.
Schöneberg: **Wilhelm Säumler**, **Marin Lutherstr. 69**, **im Laden**.
Spandau, Nonnendamm, Stanken, Seefeld und Falkenhagen: **Höppner**, **Reichenstr. 61**.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: **Paul Kienast**, **Borsigwalde, Köpenickerstr. 10**.
Teltow: **Wilhelm Bonow**, **Teltow, Berliner Str. 16**.
Tempelhof: **Joß. Krohn**, **Berlinerstr. 62**.
Treptow: **Rob. Gramenz**, **Reichenstr. 412**, **Laden**.
Weißensee, Heinersdorf: **H. Buchmann**, **Schödenstr. 105**, **part.**.
Wilmsdorf, Halensee, Schmöckendorf: **Paul Schuber**, **Waldmühlenstr. 27**.
Zehlendorf, Biersdorf: **Ernst Dähling**, **Zeuthen, Wiedersdorfer Str. 14**.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Literarische Rundschau.

Zur Parteigeschichte.

Es ist im letzten Jahrzehnt Sitte geworden, daß diejenigen Parteiführer, in denen der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie abgehalten wird, die Delegierten begrüßt, indem er ihnen eine Festschrift unterbreitet, die die Parteigeschichte dieses Ortes vor ihnen entrollt.

Von Jahr zu Jahr sind diese Festschriften umfangreicher und inhaltsreicher geworden. Es ist mir aber keine bekannt, die sich bereits so faßlich präsentiert wie diejenige, die die Chemnitzer Genossen dem letzten Parteitag darbrachten und die aus der Feder von Ernst Heilmann, des Chefredakteurs der Chemnitzer „Volkstimme“, stammt.

Es soll nun nicht die Aufgabe dieser Besprechung sein, das geschichtliche Material, das dem Heilmannschen Buch zugrunde liegt, auf seine Zuverlässigkeit hin zu prüfen, Folgerungen aus ihm in der Heilmannschen Darstellung in etwas zu berichtigen oder gar neue geschichtliche Einzelheiten und Kleinigkeiten hinzuzufügen.

Die ganze Chemnitzer Parteigeschichte ist und bleibt jedem unverständlich, wenn er eine einzige wirtschaftliche Tatsache aus dem Auge läßt: daß der Bezirk, in dem sie sich abspielt, eine der Hochburgen der Heimarbeit in Deutschland ist.

*) „Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung.“ Von Ernst Heilmann. Chemnitz 1912. Verlag des Sozialdemokratischen Wahlvereins, Dresdener Straße 88. 310 Seiten. Mit vielen Abbildungen. Preis 3 M.

der politischen Grenze zwischen Sachsen und Böhmen gehen. Je weniger erfolgreich aber die Arbeiterbewegung gewerkschaftlich, desto intensiver war sie, namentlich in den ersten Jahrzehnten, politisch orientiert.

Aus der ersten Periode der Lassalleisch-Eisenacher Wirren ist eine Festschrift Heilmanns noch von besonderem Interesse. Er legt dar, daß die Gegensätze zwischen beiden Richtungen, die, wie gesagt, auf dem Boden des Chemnitzer Bezirks sich besonders heftig ausgetobt hatten, hier früher beigelegt worden sind.

Der erste große Aufschwung der Bewegung erfolgte in der Zeit zwischen dem französischen Kriege und der Verhängung des Sozialistengesetzes. In seinen beiden Brennpunkten stehen zwei Männer, die ihm mit harter Arbeit vor allem schaffen halfen: Rost und Bahlschlag.

Die Zeit nach Aufhebung des Sozialistengesetzes bis etwa 1902, also noch einmal 12 Jahre lang, war im Grunde nur eine Fortsetzung der Kampfmethoden des Sozialistengesetzes durch die Herrschenden gegen die erzgebirgisch-chemnitzer Arbeiterschaft.

Die Zeit nach Aufhebung des Sozialistengesetzes bis etwa 1902, also noch einmal 12 Jahre lang, war im Grunde nur eine Fortsetzung der Kampfmethoden des Sozialistengesetzes durch die Herrschenden gegen die erzgebirgisch-chemnitzer Arbeiterschaft.

Immanuel Kant, von ihm, über ihn.

1. Biographisches.

„Die Lebensgeschichte Immanuel Kants ist schwer zu schreiben. Denn er hatte weder Leben noch Geschichte.“ So Heinrich Heine in „Deutschland“.

Ausspruch von Fichte, Kants philosophischen Nachfolger, stellen: „Kant war die reine Vernunft in einem Menschenkörper.“ Und in der Tat erscheint das unanschauliche Leben dieses preussischen Professors in ganz anderem Lichte, gewinnt Farben und innere Bewegung, wenn wir es lediglich als äußere Hülle für Kants philosophisches Lebenswerk betrachten.

Allerdings ist dieser Standpunkt schwer festzuhalten. Wie nahe liegt es doch, das Unbedeutendste und Gleichgültigste zu Wichtigem und „bedeutungsvollem“ zu machen, hinter den Schwächen und Menschlichkeiten Gründe höherer Vernunft zu suchen.

Neben dem Vorländerischen Buche gehört auch der von der „Deutschen Bibliothek“ in einem Bande (Preis pro Band geb. 1.— M.) zu Berlin besorgte Neudruck von drei Schriften der Zeitgenossen Kants: Borowski, Zachmann und Wasianski, zu den Neuererscheinungen der biographischen Kantliteratur.

Als ein Mittel hierzu muß neben dem Werke von Vorländer die im Insel-Verlage, Leipzig, erschienene, von J. Ohmann besorgte und eingeleitete Auswahl von Kants Briefen genannt werden. Hinter ihrer trockenen Geschäftsmäßigkeit tritt dieselbe geistige Eigenart Kants hervor, der die Leistung alles war, die Person aber — nichts.

2. Theoretisches.

Sie ist zunächst die in populärer Abficht verfaßte Darstellung der Kantischen Welt- und Lebensanschauung zu nennen, die Dr. Hel. Groh unter dem Titel „Kant-Laienbrevier“ (Preis 3.— M.) im Verlage J. Neumann, München, besorgte und die bereits in zweiter Auflage vorliegt.

Das „Schlußwort“, das der Herausgeber dem recht brauchbaren Brevier anzuhängen für nötig befunden hat, bedeutet eine arge Enttäuschung für den Laien, der darin einige Fingerzeige für das richtige Verständnis des Gebotenen finden möchte.

Ein Führer durch Kants Gedankenwelt bietet sich in dem bereits in dritter Auflage vorliegenden Werke von D. Rülper: Immanuel Kant (Leubner's Sammlung, Preis geb. 1.25 M.). Der Verfasser beschäftigt sich vorzugsweise mit Kants Erkenntnistheorie, in deren kritischen Würdigung er manches durchaus Originalles und jedenfalls Beachtenswertes leistet.

Erste Generalversammlung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter.

Berlin, den 31. Dezember.

In der Diskussion über den Statutenentwurf

spielt die Frage der Titeländerung des Verbandes eine größere Rolle. Der Vorstand schlägt vor, daß an Stelle des jetzigen langen Titels einfach, wie auch im Sprachgebrauch üblich, gesagt wird: „Deutscher Landarbeiterverband“.

organ auch nur „Der Landarbeiter“ heiße, wird der kurze Titel beschlossen. Der Entwurf des Vorstandes wird unverändert angenommen, wobei der einstimmige Beschluß, die untere Beitragsklasse von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen und eine vierte höhere Klasse einzuführen, besonders hervortritt.

Der Vorsitzende Schmidt erläutert auch die in der Diskussion verschiedentlich geäußerten Wünsche, daß es den Mitgliedern freigestellt bleibe, Wochen- oder Monatsbeiträge zu zahlen; ferner daß nur bei Zivillagen eine sechsmonatliche Mitgliedschaft erforderlich ist, dagegen bei Klagen aus dem Strafrecht und aus der Arbeiterversicherung der Verband wie bisher sofort Mitgliedschaft gewährt.

„Den Mitgliedern wird bis zum 31. Dezember 1913 Zeit gelassen, aus der Beitragsklasse zu 30 Pf. in die zu 60 Pf. oder in eine höhere Klasse überzutreten. Wer jedoch in der Zeit vom 1. April 1913 bis 30. Juni 1913 den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse vollzieht, der genießt den Vorteil, daß mit dem vollzogenen Uebertritt das Mitglied auch sofort in die höheren Unterhaltungsrechte der höheren Beitragsklasse eintritt.“

Alle übrigen Anträge zum Statut werden abgelehnt oder dem Vorstand überwiesen. Anträge und wiederholt geäußerte Wünsche, die Verbandszeitung alle 14 Tage erscheinen zu lassen, werden auf Anregung des Redakteurs dahin erledigt, daß dem Verbandsvorstand das Recht erteilt wird, den „Landarbeiter“ eventuell vierzehntägig erscheinen zu lassen. — Neue Anträge verlangen die Anstellung zweier

terer Gauleiter, einen für Ost- und Westpreußen, einen für Nordbavarn, einen weiteren für Südwestdeutschland, einen weiteren für Mitteldeutschland. Auch diese Anträge werden dem Vorstande überwiesen.

Der bisherige Vorstand wird einstimmig wiedergewählt. Nach der Wahl des Bezirks wird der Antrag, die nächste Generalversammlung in Stuttgart stattfinden zu lassen, abgelehnt; Berlin soll wieder der Tagungsort sein. — Nach einem Schlusssatz von Reichlich wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Jugendbewegung.

Gegen die Vergewaltigung der Arbeiterjugendbewegung in Bayreuth

protestierte die dortige Arbeiterschaft in einer imposant verlaufenen Massensammlung. Der liberale Stadigewaltige Dr. Casselmann hatte ausgesagt, um etwa erscheinende Jugendliche abzufangen. Es sprachen die Genossen Grünberg-Kirchberg und Redakteur Buchta-Bayreuth. Aus dem Referat des letzteren erhob man interessante Einzelheiten über den verbotenen Kampf, der seit zwei Jahren gegen die Jugendbewegung geführt wird. Als damals eine Jugendorganisation gegründet wurde, wurde sie von der Polizei zerstört unter Zuanpruchnahme der Schulbehörde, die bestimmte, daß der Beitritt zu einem Verein oder die Teilnahme an Versammlungen für Fortbildungsschulpflichtige von der Erlaubnis der Schulbehörde abhängig sei. Daß diese Erlaubnis gegenüber der freien Jugendbewegung niemals erteilt werden würde, war natürlich von vornherein in Aussicht genommen. Den Wirten, die in ihren Lokalen Zusammenkünfte dulden würden, an denen Jugendliche teilnahmen, wurde mit Konzeptionsziehung gedroht. Man verbot den Jugendlichen auch den Beitritt zu ihren Berufsorganisationen. Von welchem Geist die Schul-

behörde beherrscht ist, erhellt aus einer Äußerung des Schulleiters Kessling: in den verpönten Zusammenkünften könnte den jungen Arbeitern nahegelegt werden, mehr Lohn zu fordern, dadurch werde die Unzufriedenheit wachgerufen und Zusammenstöße zwischen Unternehmern und Arbeitern gefördert. Der Herr scheint es also als seine Mission zu betrachten, dem Unternehmertum williges und billiges Menschennmaterial zu beschaffen. Nun suchten die Arbeiter einen neuen Weg, den Bildungstrieb ihrer Kinder zu fördern, durch Errichtung eines Jugendheims, ohne Anschluß an irgendwelchen Verein. Da kam ein neuer Erlass, der den Fortbildungsschulpflichtigen das Jugendheim verschließen will, indem unter Umgehung der Wahrheit die Einrichtung kurzweg zu einem Verein gestempelt wird. Die Versammlung protestierte entrüstet gegen diesen Schlag und wies den Gedanken weit von sich, die Arbeiterjugend schuglos den Verfolgungen der Schul- und Polizeibehörde zu überlassen; sie erklärte den Jugendauschüß in seinem Kampfe gegen Verbarmundungs- und Unterdrückungspolitik unterstützen und die Parole: „Jedem fortbildungsschulpflichtigen Arbeiterkind die Zeitschrift „Arbeiterjugend“ in die Hand und jeder Fortbildungsschulpflichtige, noch nicht 18 Jahre alte Arbeiter in das Jugendheim“ zu der ihrigen machen zu wollen.

Das Vorgehen gegen die Jugendbewegung hat auch zu Debatten im Bayreuther Gemeindefrathe geführt. Als man sich über die Gewährung eines Zuschusses für den evangelischen Jugendhort unterrichtete, wendeten sich die sozialdemokratischen Gemeindefratsmitglieder gegen die Bewilligung mit dem Hinweis, daß die Arbeiterjugend mit dem Polizeimüßel niedergeschlagen werden solle, während man hier einem bürgerlichen Verein städtische Gelder, zu denen auch die Arbeiter beisteuern müssen, zuwenden will. Von liberaler Seite wurde alles aufgeboten, um eine Besprechung des unangenehmen Falles zu verhindern, weil das Kollegium nicht zuständig sei, doch konnten unsere Genossen wenigstens das erreichen, daß der Magistrat ersucht wird, Auskunft über die Gründe für die Erklärung des Jugendheims als Verein zu geben. Eine eigentliche

Begründung des ungesetzlichen Gewaltstreikes ist nämlich bis jetzt noch gar nicht erfolgt. Nun wird wenigstens erreicht, daß die Mäcker des Erlasses Farbe bekennen müssen.

Eingegangene Druckschriften.

Sind die fortschrittlichen Volksparteiler Religionsfeinde und Kulturkämpfer? Von D. Ruffer. 40 Bl. Spannagel u. Lohd, Balingen (Baden).
Die Stellung der Frau zum Staat und im Staat. Von D. Ruffer. 60 Bl. G. Braun, Karlsruhe.
Der Gedruckte. Monatschrift für individuelle Kultur. Heft 1. Jährl. 3 Bl. Selbstverlag in Belmar.
Bibliographie der Sozialpolitik. Bearbeitet und herausgegeben von J. Stammhammer. Bd. 2. 30 Bl. G. Fischer, Jena.
Plan einer rationalen Bekämpfung der Volkstuberkulose. Von E. Fuchs u. Wollring. 29 S. F. Kleinmeyer, Leipzig.
Sonnenland. Von J. K. Kallian. 64 S. Schönlund-Verlag, Berlin S. 14.
Der Mensch und die Erde. Lieferung 162-166. Herausgegeben von H. Krämer. Einz. 60 Bl. Bong u. Co., Berlin W.

Marktbericht von Berlin am 30. Dezember 1912, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte — bis — mittel — geringe — Roggen, gute Sorte — — — — —, geringe — (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,70-18,30, mittel 17,00-17,60, geringe 16,40-16,90. Hafer, gute Sorte 18,80-20,40, mittel 17,10-18,70 (frei Wagen und ab Bahn).
Kartoffellenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00, Speiseerbsen, weiße, 36,00-50,00. Linsen 35,00-60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40-1,90. Schweinefleisch 1,60-2,20. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,80-7,20. 1 Kilogramm Rapsen 1,40-2,40. Haie 1,60-3,20. Sander 1,40-3,60. Dachte 1,40-2,60. Barfische 1,00-2,40. Schlei 1,60-3,20. Heie 0,80-1,50. 60 Stück Aezle 3,00-24,00.

Bis
20. Januar



Ein Posten
farbiger
**Rockjackett-
Anzüge**
zu den Serienpreisen
bis 45 00 ... jetzt 28 00
48 00 bis 60 00 jetzt 38 00

Inventur-Verkauf

zu außerordentlich billigen Preisen
Ein großer Posten aus guten u. haltbaren Stoffen gefertigte

Sakko-Anzüge, Ulster, Paletots

zu den Serienpreisen M. 25.- 28.- 32.- 36.- 39.- 42.- 45.- 48.- 54.- 60.- 68.- 75.- 80.- 85.- 95.-
jetzt
zum Einheitspreise M. 18.00 28.00 38.00 48.00 68.00

Zu ebenfalls bedeutend herabgesetzten Preisen:
Westen, Beinkleider, Lodenjoppen, Pelerinen
Wettermäntel, Pelze und Pelzjoppen
Jünglings- und Knaben-Kleidung

Änderungen zum Selbstkostenpreis

Leineweber

BERLIN C

Roßstraße 34 Köllnischer Fischmarkt 4-5-6 Fischerstraße 1

Zur Erlernung der englischen und französischen Sprache nach meiner Methode verteilte ich für 50 000 Mark Freikarten! Lesen Sie die Annonce aufmerksam durch.



Sensationelles Angebot!!

Motto: Viel geben — für wenig Geld!
Meiner Großzügigkeit habe ich meine eminenten Erfolge zu verdanken! Meine Methode hat überall das größte Aufsehen erregt! Fast jeden Abend werden mir, meinen Lehrerinnen und Lehrern von seiten des Publikums große Ovationen bereitet. Täglich strömen neue Schüler und Schülerinnen von allen Stadtgegenden herbei! Bedarf es noch weiterer Beweise, daß meiner Lehrmethode die Zukunft gehört? — Durch die großen Erfolge befriedigt und um meine Methode weiteren Kreisen zugänglich zu machen, habe ich mich entschlossen **Vorzugskarten** auszugeben: Jeder Schüler bzw. jede Schülerin erhält bei Entnahme einer Karte im Betrage von 10-25 M. zwei **Gratifikarten!** Jede dieser Gratifikarten ist gültig für 50 Stunden. Die Gratifikarten berechnen sich zur Teilnahme an einem Wiederholungskursus, b) zur Teilnahme an einem Kursus in einer anderen Sprache! **Somit erlernen Sie für diese kleine Summe zwei Sprachen!** Es steht Ihnen aber auch frei, die Gratifikarten an andere abzutreten! — Die Gratifikarten haben Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1913. — Inhaber von Karten unter 10 M. erhalten nur eine Gratifikarte (50 Stunden). Diese ist ebenfalls übertragbar oder kann für einen Wiederholungs- bzw. für einen Kursus in einer anderen Sprache benutzt werden! Die Vorzugskarten werden bis spätestens zum 15. Januar 1913 aus- gegeben und zwar bis zum 3. Januar in meinem Bureau **Seuthstr. 6** von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags; ab 4. an der Kasse der betreffenden Unterrichtsäle. — Es finden Kurse statt: Im „**Künstlerhaus**“, Alleeustraße 3 (am Potsdamer Platz).

Französisch: von 6-8 Uhr abends 50 Stunden — M. 25,00.
Englisch: von 8 1/2-10 1/2 Uhr abends 50 Stunden — M. 20,00.

Beide Kurse beginnen am **3. Januar 1913** und werden im **Parterre-Saal links** jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag gegeben.

Damen und Herren, die daran teilzunehmen wünschen, werden gebeten, schon jetzt Karten zu kaufen, da nur eine kleine Anzahl Plätze frei sind.

Kursus im Kasino-Saal, Landsberger Straße 39, am Alexanderplatz.

Englisch: jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag abend von 8 1/2-10 1/2 Uhr **50 Stunden nur M. 15,00.** Beginn Mittwoch, 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Kursus im „Kino-Saal“, Neukölln, Bergstr. 67.

Englisch: jeden Montag, Donnerstag und Freitag abend 8 1/2-10 1/2 Uhr **50 Stunden nur M. 15,00.** Beginn Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Kursus im „Marine-Haus“, Brandenburger Ufer 1 (Jannowitzbrücke).

Englisch:

1. **Wiederholungskursus für Damen u. Herren,** die früher schon Englisch gelernt haben. **50 Stunden — M. 25,00.** Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 11-1 Uhr vorm. Beginn: Sonnabend, den 4. Januar 1913, vorm. 11 Uhr.

2. **Kursus für Anfänger** und für diejenigen, die früher nur wenig Englisch gelernt haben. **50 Stunden — M. 25,00.** Jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 11-1 Uhr vormittags. Beginn: Montag, den 6. Januar 1913, vorm. 11 Uhr.

3. **Drei verschiedene 30stündige Kurse für Vorgeschr. die nur zweimal wöchentlich kommen können.**

a) **Ein Kursus von 2-4 Uhr** jeden Montag u. Donnerstag, **30 Stunden — M. 15,00.** Beginn: 6. Januar, nachm. 2 Uhr.

b) **Ein Kursus von 6-8 Uhr** nachm. jeden Dienstag und Freitag, **30 Stunden — M. 12,50.** Beginn: 6. Januar, nachmittags 6 Uhr.

c) **Ein Abendkursus von 8 1/2-10 1/2 Uhr** jeden Montag und Mittwoch, **30 Stunden — M. 10,00.** Beginn: Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

4. **Vorbereitungskursus mit engl. Korrespondenz für Anfänger.** Jeden Donnerstag abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr, **16 Stunden — M. 6,00.** Beginn: 9. Jan. 1913, abends 8 1/2 Uhr.

5. **Sonntagskursus für Anfänger von 12-2 Uhr** mittags, **16 Stunden nur M. 6,00.** Beginn: Sonntag, den 5. Januar, mittags 12 Uhr.

6. **Sonntagskursus für Vorgeschr. von 3 bis 5 Uhr** nachmittags, **16 Stunden nur M. 6,00.** Beginn: Sonntag, den 5. Januar, nachm. 3 Uhr.

7. **Ein Kursus für Briefschreiben, Unterhaltung und engl. Anstandsregeln.** Jeden Mittwoch u. Sonnabend von 3-5 Uhr, **30 Stunden — M. 12,00.** Beginn: 8. Januar, nachmittags 3 Uhr.

8. **Engl. Konversationskursus,** jeden Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag v. 4 1/2-5 1/2 Uhr, **16 Stunden — M. 8,00** oder **0,60 für 1 Stunde.** Beginn: 6. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr.

Französisch.

1. **Ein Kursus für Vorgeschr. von 2-4 Uhr** nachm. **30 Stunden — M. 15,00.** Jeden Dienstag und Freitag. Beginn: 7. Januar 1913, nachm. 2 Uhr.

2. **Ein Kursus für Vorgeschr. von 6-8 Uhr** nachm. **30 Stunden — M. 12,50.** Jeden Montag und Donnerstag. Beginn: 6. Januar 1913, nachm. 6 Uhr.

3. **Abendkursus für Vorgeschr. von 8 1/2-10 1/2** Uhr. **30 Stunden — M. 10,00.** Jeden Dienstag und Freitag. Beginn: 7. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr.

Unserer lieben Kundschaft, Freunden und Gönnern

zum

Jahreswechsel

die herzlichsten Glückwünsche!

Kaufhaus Gebr. Preuß

MOABIT, Beusselstraße, Ecke Huttenstraße.

Allen Freunden und Gästen
wünscht ein
Frohes Neujahr
Max Keppin
Böhms Bier-Caselle
Reichenberger Str. 96a.

Allen Freunden und Genossen die
besten Wünsche zum
Neuen Jahre!
Karl Gründel und Frau,
Gastwirt,
Dörfer Str. Nr. 15.

Profit Neujahr
meinen Gästen, Freunden und
Bekanntem.
Heinrich Kempf, Reglerheim,
Berlin-Treptow,
Am Treptower Park 16.

Wünschen allen Genossen und
Freunden ein gesundes
Neues Jahr.
Johannes Greth
und Frau,
Berlin-Nieder-Schönhausen
Bismarckstraße 37.

Allen, meiner werthen Kund-
schaft, Freunden und Bekannten
wünscht ein
Frohes, gesundes Neues Jahr!
Reinhold Schirmer,
Bücher Str. 22,
Zigarrenhandlung.

Meiner werthen Kundschaft
wünscht ein
Fröhliches Neues Jahr!
D. Danielsohn,
Handlung geräucherter Seefische,
Rothbuser Damm 6.

Viel Glück zum Neuen Jahr
wünscht allen seinen Gästen, Freunden
und Bekannten
Otto Schreier, Tempelhof,
Gottlieb-Dunzel-Strasse 59.

Prosit Neujahr

allen

Manoli

Rauchern

Beste Glückwünsche zum Neuen Jahre
sende hiermit allen meinen Gästen
Franz Loeper, Schankwirt,
Frankfurter Allee 74.

Hotel „Moritzplatz“

wünschen allen lieben Gästen, Freunden
und Genossen von fern und nah ein

Fröhliches Prosit Neujahr!

Heinrich John und Frau,
Berlin S. 42, Luckauer Straße No. 2. 1865b

Fröhliches Neujahr

wünschen allen Vereinen, Gästen, Schülerinnen und Schülern
sowie Eltern

Tanzlehrer **Richard Heinrich.** Restaurant „Fürstenhof“
Röpenicker Straße 137
Inhaberin Witwe Q. Zölls.

Beginn der neuen Kurse zur zwanzigjährigen Saison am
Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr.
Anmeldungen frühzeitig erbeten. D. D.

Goldblondchen

alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

Zum Jahreswechsel

allen lieben Freunden, Kollegen
und Konsumenten ein herzliches Neujahr!

Ernst Krüger G.m.b.H., Berlin NO. 18, Höchstestr. 28

Allen Gästen und Bekannten
wünscht ein
Fröhliches Neujahr
G. Post und Familie,
Prinzen-Allee 44. 8/15

Ein frohes Neues Jahr wünscht
allen Parteigenossen und Gästen
1864b **Herrn Lehmann,**
Neuföhn, Keller 8.

Prosit Neujahr!
wünscht allen Gästen, Freunden
und Bekannten 1887b
Paul Wehner, Restaurateur
Wattstr. 3.

Meinen werthen Kunden, Bekannten
und Genossen wünscht ein
fröhliches, gesundes Neues Jahr!
Ernst Wancke,
Futtmacher,
Mitglied und Lieferant der Konsum-
Genossenschaft,
Berlin O., Weidenweg 20,
nahe der Frankfurter Allee.

Allen Freunden und Bekannten
wünscht ein
fröhliches Neues Jahr!
Paul Schwedler u. Frau,
Wernsdorf,
Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

Allen Freunden, Gönnern
und Bekannten wünscht
Ein frohes Neujahr

das
Humor-Quartett
Gg. Treuer, Karlsruher Allee 40



Wir beglückwünschen unsere verehrten treuen Kunden zum Jahreswechsel
und weisen gleichzeitig auf die sensationelle Einkaufs-Gelegenheit hin, die unser

Inventur-Ausverkauf

ab Sonnabend
den 4. Januar

bietet. Unser nächstes Sonntags-Inserat wird allgemein interessieren.

Conrad Tack & Cie. A.-G.
Schuhfabrik — BURG bei Magdeburg

21 Verkaufsstellen in Berlin und Umgegend:

C, Spittelmarkt 15	N, Müllersstrasse 3	SO, Wangeltstrasse 40
C, Rosenthaler Strasse 14	N, Reinickendorfer Str. 23	SW, Friedrichstr. 240-241
W, Potsdamer Strasse 30	N, Brandenburgerstrasse 37	Charlottenburg, nur Wil- merdorfer Str. 122-123
W, Schillstrasse 16	N, Danziger Strasse 1	Potsdam:
NW, Turmstrasse 41	O, Andreasstrasse 50	Brandenburger Str. 54
NW, Willenacker Str. 22	O, Frankfurter Allee 125	Neukölln:
NW, Beusselstrasse 29	SO, Oranienstrasse 24	Bergstrasse 30-31
N, Friedrichstrasse 127	SO, Oranienstrasse 32	

Prosit Neujahr!
 Allen meinen verehrlichen Kunden,
 Gönnern und Freunden. 1848b
Leopold Schmidt, Gastwirt,
 Landberger Str. 99, C. Balladenst.
 Unserer verehrten Kundenschaft zum
 Neuen Jahr
 herzlichst. Glückwunsch!
Josef Laseric und Frau,
 Adlershof, Biemarckstr. 48.
 Meiner werten Kundenschaft zum
 Jahreswechsel die
 herzlichsten Glückwünsche!
Richard Behr,
 Adlershof, Gossmannstr. 15.
 Allen Gönnern herzlichsten Glückwunsch
 zum Neuen Jahr!
M. Moritz,
 Adlershof, Sedanstr. 4.

Ein fröhliches Neues Jahr
 wünscht allen Freunden und
 Genossen **Th. Zielke**,
 Milchgeschäft, Birbadstr. 11.
 Meiner werten Kundenschaft ein fröh-
 liches Neues Jahr wünscht 1876b
Hans Hossenfelder,
 Schächtermeister,
 Reichendorfer-Str. Sommerstr. 48.

Fröhliches Neues Jahr!
 wünscht allen meinen Gästen,
 Freunden und Bekannten
Fritz Kienitz,
 Nebener Str. 11,
 E. Simon-Dachstr.

Vidjelswerder.
 Allen lieben Bekannten und
 Freunden wünscht ein
gesundes Neujahr
 und fröhliches Wiedersehen!
Der Alte Freund.

Viel Glück im neuen Jahr
 wünscht seinen Gästen, allen Freunden
 und Bekannten **Paul Neumann**,
 O. 17, Rühlentstraße 49a.

Ein
 glückliches Neues Jahr
 allen Vereinen u. Gewerkschaften.
Karl Ludwig,
 Treptow.

Allen Freunden, Bekannten u. Gönnern
 wünscht ein
fröhliches Neujahr!
Schütz, Inhab. der Berolina-Ge-
 läss, Schönhauser Allee 28.

Allen Freunden und Bekannten
 ein
 fröhliches Neues Jahr.
Familie Wilhelm Erbe,
 Baumgärtenweg.

Fröhliches Neujahr! allen wert.
 Genossen u.
 Vereinhans
 Gästen **Max Otto**,
 Markushof,
 Reimbr. Königl. 335, Ruchstr. 47.

Meinen Parteigenossen, Freun-
 den und Bekannten ein fröhliches
Neues Jahr.
August Krause,
 Baumgärtenweg.

Allen Freunden u. Genossen wünscht
 ein
Fröhliches Neujahr!
Hermann Krantz,
 Kochstr. 30.

Meiner werten Kundenschaft ein fröh-
 liches Neues Jahr wünscht 1876b
Fritz Neumann,
 Bädermeister,
 Reichendorfer-Str. Sommerstraße 52.

Moabiter Bürgersäle,
 Berlin NW., Beusselstr. 9.
 Meinen werten Genossen, Freunden
 und Bekannten überlende beim Jahres-
 wechsel die besten Glückwünsche.
 1803b **Georg Sand**,
 Gastwirt.

Ein fröhliches Neues Jahr wünscht den
 werten Kunden und Bekannten
 1877b **Gustav Dabachny**,
 Reichendorfer, Pöppelstraße 110.

Prosit Neujahr!
 meiner werten Kundenschaft, Freunden
 und Bekannten.
H. Gluck,
 Bäckerei,
 Wilhelmshöfener Str. 51.

Meinen werten Vereinen, Gästen,
 Freunden und Bekannten ein fröhliches
 Neues Jahr. 1874b
Otto Steiner,
 Kronprinzengärten,
 1874b Frankfurter Chaussee 128.

Ein recht glückliches Neues Jahr
 wünscht allen verehrten Kundenkreise
 herzlichsten Glückwünsche
 Dresdener Str. 105. 372

Ein gesundes Neues Jahr
 wünscht seinen Freunden, Gästen und
 Bekannten 1871b
August Dalp,
 Gastwirt,
 Schöneberg,
 Monumentenstraße 31.

Meinen verehrten Kunden
Prosit Neujahr!
Emil Preuss
 Turmstraße 58.

Meinen Parteigenossen und
 Gästen ein
Fröhliches Neues Jahr!
Ernst Fischer,
 Heidelberger Straße 81.

Ein
fröhliches Neues Jahr
 wünscht allen seinen Gästen und
 Bekannten.
Oswald Kimmel,
 Graefstr. 28.

Ein **Prosit Neujahr!**
 meinen Genossen, Freunden u.
 Bekannten.
Hermann Scholze,
 Zum Hadebier,
 Treptow, Graefstr. 49.

Ein fröhliches Neujahr
 allen Parteigenossen, Vereinen,
 Freunden und Bekannten wünscht
J. Kirschkowski,
 Gastwirt,
Luisenstadt-Kasino,
 Cramentstraße 180.

Prosit Neujahr!
 allen meinen Gästen, Freunden
 und Bekannten. 52632
Johannes Koch,
 Neukölln-Treptow, Ellenstr. 85/86.

Ein fröhliches, gesundes Neujahr
 wünscht allen seinen werten Gästen
 und Bekannten 18615
August Kernchen,
 Restaurant, Köstige Str. 5.

Ein fröhliches Neujahr!
 wünscht allen seinen Gästen ufm. der
Gastwirt Alwin Schmidt,
 Frankfurter Allee 105
 an der Weberwiese.
 3 1/2 Patzenhofer Ausschank 3 1/2

Ludwig Hofmann,
 am Treptower Park 51
 (Ede Harpentelestr.),
 wünscht seinen lieben Gästen,
 Freunden und Bekannten ein
fröhliches Neues Jahr!

Voigts Krampenburg (Berliner
 Alpen)
 sende allen Freunden, Gönnern und werten Gästen einen frohen Neujahr-
 gruß zu, verbunden mit dem Wunsch: Auf Wiedersehen!
 Hochachtungsvoll
Robert Voigt,
 früher Berlin „Ritter-Säle“
 Fernsprecher:
 Amt Köpenick Nr. 227.

Allen meinen werten Geschäfts-
 freunden und Kunden die
 herzlichsten Glückwünsche
 zum Jahreswechsel. 3/14
Pollmann, Bandagist,
 Lothringer Str. 60.

Ein fröhliches Neues Jahr!
 wünsche allen meinen werten Gönnern, Parteigenossen
 und Freunden
Oskar Wollmach
 Händereinigungspulver-Fabrik,
 Kleine Andreas-Str. 15.
 1849b

Meinen Parteigenossen, Freunden
 und Gästen ein
Fröhliches Neues Jahr!
Nittmann,
 Graefstr. 15.

Tabberts Waldschlößchen
 Fernspr. Nr. 19. Berlin-Ober-Schöneweide.
 Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten zum Jahreswechsel die
 herzlichsten Glückwünsche!
Robert Schulz.
 1885b

Ein recht fröhliches Neues Jahr
 wünscht allen seinen lieben Gästen,
 Freunden und Bekannten 1896b
Famille M. Vieberlein,
 Adalbertstr. 59.

Allen unseren lieben Gästen, Freunden und Bekannten
 zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche.
Oswald Wermuth und Frau
 Schönhauser Allee 118a, Ecke Kopenhagener Str. 1.
Bötzow-Ausschank.

Allen lieben Bekannten und
 Gästen wünscht ein recht ge-
 fundes und vergnügtes
Neujahr
 und
 Fröhliches Wiedersehen!
K. Wanzlicks Prachtsäle,
 am Treptower Park Nr. 27.

Allen werten Patienten, Freunden und Bekannten
 ein
fröhliches Neues Jahr!
Max Witte,
 Zahnkünstler.
 1869b
 Muskauersfr. 16, Ecke Mantauelfstraße.

Allen meinen Gästen, Freunden,
 Bekannten und Parteigenossen
 wünscht ein fröhliches
Prosit Neujahr!
Hermann Schweikard,
 Ritterstr. 47.

Zum Jahreswechsel
 herzlichsten Glückwunsch
Kellers Festsäle
 Koppenstr. 29. **A. Nusch.**

Allen Vereinen und Be-
 kannten ein
Fröhliches Neues Jahr!
Franz Droge
 (Baylors Gesellschaftshaus),
 am Treptower Park Nr. 20.

Meiner werten Kundenschaft
 herzlichste Glückwünsche zum Neuen Jahr.
Hermann Kriedemann,
 Zigarrenfabrikant,
 Ctagarder Str. 74.

Ein fröhliches Neues Jahr wünscht
 seinen werten Kunden 1886b
Paul Seidelmann, Bäckermstr.,
 Ober-Schöneweide, Tabbertstr. 35.

Meinen werten Gästen und Gönnern wünsche
Fröhliches Neues Jahr!
Robert Bergner,
 Oekonom,
 Berliner Kindl - Brauerei - Ausschank,
 Neukölln, Hermannstr. 214/18.

Meiner werten Kundenschaft. Gleich-
 zeitig vielen Dank für das mir bis
 jetzt entgegengebrachte Vertrauen und
 bitte weiter um geneigten Zuspruch.
F. Grieben u. Frau,
 Bäckerei,
 Ober-Schöneweide,
 Mathildenstr. 1a. 1889b

Meinen werten Gästen und Gönnern wünsche
Fröhliches Neues Jahr!
Fritz Dreise u. Frau
 Eßlingstr. 6, Gastwirt.

Allen Freunden und Bekannten ein
Fröhliches Neujahr!
Paul Deter,
 Großschiffkation,
 Balladenstraße 52.

Büchlein unserer Kundenschaft ein
 gesundes, fröhliches Neues Jahr!
Bühnemann und Familie,
 Neukölln, Beilsteckstr. 39.
 Ein fröhliches Neues Jahr
 wünscht allen seinen lieben Freun-
 den und Gästen
Arnold Wiese
 Selter- und Limonadenfabrik,
 Remeler Str. 4.

Jährlichen Umsatz von
3000
 Zentnern
Bettfedern
 und **Daunen**
 hat die
Erste Bettfedern-Fabrik
 mit elektrischem Betriebe
Gustav Lustig
 Berlin S 77, Prinzenstrasse 46 u. 47
 Die Firma führt nur
Bettfedern, Daunen
 zu 55 Pf., 1.-, 125, 150, 175, 2.-, 225, zu 285, 350, 450, 5.-,
 250, 3.-, 350 bis 6.- Mark per Pfund. 650 bis 9.- M. per Pfd.
Fertige Betten,
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12.-,
 15.-, 20.-, 2350, 2850, 3250, 39.-, 46.-, 55.-, 63.- bis 120.- M.
Bettinlette und **Bettartikel**.
 Es kann niemand Betten und Bettfedern
 billiger oder besser liefern als die Firma
Gustav Lustig
 1. weil die Firma sich nur mit dem Artikel **Betten**
 und **Bettfedern** befasst;
 2. weil kein zweites Geschäft, das an Private liefert,
 3000 Zentner Bettfedern in einem Jahre umsetzt;
 3. weil die Firma **Gustav Lustig** meist von ersten
 Importeuren, von ersten russischen, österreichischen
 und inländischen Sammlern und von Geflügel-Mästern
 kauft und
 4. Rohwaren in
eigener Bettfedern-Fabrik
 verarbeitet.
Metall-Bettstellen
 nach der Inventur auf Preislagen von 10 Mark ab
10% Rabatt
 auf die ohnedies sehr billigen Preise
 nur gegen Vorzeigung des Inserats.
 Alle Bettstellen, auf die Anzahlung geleistet wird,
 können bis 15. April kostenfrei lagern.
 Vorrat ca.
2000 Bettstellen
 Echt chinesische (gesetzlich geschützt)
Monopoldaunen
 3-4 Pfund zum grossen
 Oberbett Pfund **2.85 M.**
 Unstreitig grösstes Bettfedern- und
 Betten-Spezial-Geschäft Deutschlands
 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Beisitz (4. Abteilung): Donnerstag, den 2. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Versammlung bei Augustin, Oranienstr. 103: 1. Vortrag des Genossen Dr. Grunmach über die Landarbeiterfrage. 2. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Das Neujahrsweden.

„Freut euch des Lebens...“ schallt es heute früh, wenn die Punschkeulen noch in den Köpfen rumoren, über die Berliner Einzugstraße vom Brandenburger Tor bis zum grauen Schloßgemäuer an der Spree. Mancher Hurrapatriot, der unter den Linden auf seinen Lorbeeren ausrüht, wird sich mit wüstem Schadel im seidenen Bettfühl umdrehen und fluchen, daß er nicht mal am ersten Jahrestage sich seiner liebgewonnenen Schlafmützigkeit voll erfreuen kann. Das neue Regime, das ja von Höflingen und anderen Schneidlernaturen, von dem ganzen großen Ritterschlingel, der hündisch nach dem kleinsten Abglanz der strahlenden Sonne hascht, gerade im neuen Jahre mit allem Brimborium des Byzantinismus verherrlicht werden soll, ohne daß das Volk auch nur mit einer Spur seines Verzugs dabei ist, hat gar viele auf Neuzerlichkeit berechnete Sitten eingeführt. Der im Staub sich Wohlfühler lobt und preist den hohen Geist, der, im Brunt auf Volkskosten immer mehr aufgehend, der großstädtischen Millionenbevölkerung, das heißt ein paar hundert Nachtschwärmern und Neugierigen, dieses militärgebrüllte „Freut euch des Lebens“ zum besten gibt. Im Volke finden die Neujahrsschälmeien der Trompeten, Pfeifen und Trommeln nicht den unter der Krone geträumten Widerhall, so wenig wie die lönnenden Fansaren von den herrlichen Tagen, auf die das Proletariat unter solcher Herrschaft wohl bis zum jüngsten Gericht warten kann. Sie sind ein Treppentritt der Höhenzollerngeschichte.

Ja, wenn man nur wüßte, worüber sich das Volk freuen soll! Ueber das unter den Anforderungen des Militarismus und Imperialismus immer größer werdende Volkseleid? Ein Hohn auf dieses Elend ist das in die Welt hinausposaunte „Freut euch des Lebens“! Fast könnte man glauben, daß der Neujahrswedekurs nur für jene bestimmt ist, die auf den Höhen thronen und sich daran erinnern sollen, in der Jagd nach Lebensfreude auf Kosten fremder Taschen nicht nachzulassen. Klingt es nicht genau so auch aus den wimmernden Neujahrsglocken der leeren Kirchen? Heulen sie nicht zum Sammeln um die zerfallene Fahne der göttlichen Weltordnung mit dem geheimen Grundafford, daß es ja doch nur die Glockenschwinger sind, die sich des Lebens erfreuen? Das Volk hört die Glocken läuten, aber es weiß heute auch, wo sie hängen. Das Volk hört von den freudeberühmenden Trompeten und Pfeifen, ohne mehr dafür übrig zu haben als ein kaltes, geringschätziges Lächeln. Dieselbe Melodie wird einst, unter einer anderen Gesellschaftsordnung, auch das Volk auf der Trommel schlagen. Dann erst soll es nicht nur am Neujahrstage... nein, das ganze Jahr hindurch wahr und ehrlich weit über die Lande hallen: „Freut euch des Lebens...“!

Die Waldverkaufskonferenz im Landwirtschaftsministerium hat bisher noch kein positives Ergebnis zeitigt. Eine Einigung über den Umfang der vom Zweckverband gewünschten Flächen konnte noch nicht erzielt werden und die Staatsregierung wird nun in weiteren Beratungen darüber zu befinden haben, ob und wieviel sie den mit Nachdruck vertretenen Forderungen des Verbandes Groß-Berlin nachkommen will. Den Vertretern des Zweckverbandes wurde jedoch mögliche Beschleunigung der Angelegenheit versprochen. Ehe jedoch diese Frage und später die der Preisfestsetzung für die einzelnen Flächen endgültig gelöst sein wird, dürfte leider noch geraume Zeit ins Land gehen. Sicher ist bis heute nur, daß der Fiskus zum größten Teile an seinen Forderungen festgehalten hat und auch nicht so leicht geneigt erscheint, nachzugeben.

Er will die besten Teile für die Weinbau reservieren und so mit Hilfe des Zweckverbandes noch ein besonderes Geschäft machen. Als ob der Staat nicht in erster Linie die Verpflichtung hätte, für genügend Erholungsmöglichkeiten seiner Steuerzahler zu sorgen.

Der Kampf um die Auslösungsgebühr.

Wenn in Berlin jemand stirbt, welcher der Kirche angehört hat und die Angehörigen lassen es sich einfallen, den Toten auf einem anderen Kirchhofe zu beerdigen als auf dem der zuständigen Kirchengemeinde, so stellen die Kirchengemeinden an die Hinterbliebenen die Anforderung auf Zahlung von Auslösungsgebühren. Es werden Gebühren dafür verlangt, daß der Tote nicht auf dem kirchlichen Friedhofe beerdigt worden ist, also Gebühren, für welche die Kirche nicht das Geringste leistet. Diese kirchlichen Grundsätze haben den Charakter der Kirche als Geldnehmerin in ein recht helles Licht gerückt und in zahlreichen Fällen dazu geführt, daß Rente der Kirche den Rücken leichten, die ihr bisher angingen. Aber die Kirche besteht auf ihrer Auslösungsgebühr, die sie glaubt, auf Grund einer hundertjährigen Oberherrschaft erheben zu dürfen. In Berlin hat besonders die Kirchengemeinde der Samariterkirche hunderte von Prozessen wegen Zahlung der Auslösungsgebühren geführt und viele Leute aus der Kirche hinausgetrieben. Auch die Simeonskirche hat sich auf den Prozeßweg begeben, wie wir einer Notiz in der „Reichenburger Volkszeitung“ entnehmen. Dort lesen wir in einer Zuschrift aus Warnemünde:

„Die Kirche hat einen guten Magen. Dessen wurde auch der Arbeiter S. hier inne, als gegen ihn im April d. J. von der St. Simeonskirchengemeinde in Berlin eine Klage angestrengt wurde wegen 60 M. Auslösungsgebühr“. Es handelte sich um folgendes: Ein Sohn S. war in Berlin, wo er in seinen Wanderjahren als Malergehilfe arbeitete, gestorben. S. ließ die Leiche nach hier überführen. Dadurch entgingen der St. Simeonskirchengemeinde in Berlin die Kirchengeldern und der Gemeindefiskus wollte sich nun dadurch schadlos halten, daß er, unter Berufung auf allerlei Bestimmungen des preussischen Landrechts, von S. eine Auslösungsgebühr von 60 M. beanspruchte. S. ist ein armer Teufel und konnte nicht zahlen. Jetzt sprang ihm der Gemeindefiskus mit der Klage an den Hals.

So eilig hatte es der Gemeindefiskusrat damit gehabt, daß er nach einem falschen Bericht gerannt war, nämlich nach einem Amtsgericht in Berlin. Auf den von dem Prozeßvollmächtigten S., dem Arbeitersekretär Hensel, gemachten Einwand der Unzuständigkeit verwies das Berliner Gericht die Sache an das Amtsgericht zu Rostock. Hier kämpfte der Gemeindefiskusrat durch seine Rechtsanwälte etwa acht Monate lang um den Wissen. Dann — vor einigen Tagen — zog er die Klage zurück. Die Trauben waren ihm offenbar zu sauer geworden. — Die Selbstlosigkeit der Digner Gottes hat der Gemeindefiskusrat der St. Simeonskirchengemeinde in Berlin durch sein Vorgehen gegen den armen Arbeiter S. in Warnemünde in wirklich klaffender Art illustriert.“

Nur weiter so! Die Kirche leistet mit der Erhebung der Auslösungsgebühren der Kirchengemeinden die besten Dienste.

Aus dem Heilgewerbe

wird uns ein Vorfall bekannt, das man als „starkes Stück“ bezeichnen kann. Der Zigarrenhändler Langberg hatte, wie wir am Sonnabend berichteten, in seinem Laden im Hause Kurfürstenstraße 149 einen Krampfadernbruch erlitten und dabei so viel Blut verloren, daß er im Zustand völliger Erschöpfung nach der Hilfsstraße in der Steglitzer Straße gebracht werden mußte. Nachdem er dort die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er einer Krankenanstalt zugeführt, noch ehe seine nächsten Angehörigen hierüber hatten befragt werden können. Als seine Gattin aus der in Neukölln gelegenen Privatwohnung herbeigerufen worden war, erfuhr sie, daß man den Schwerkranken nach Schöneberg gebracht und einer privaten Heilanstalt in der Sorberstraße überwießen hatte. Wir wissen nicht, warum das geschehen war, während doch eine öffentliche Heilanstalt, das Elisabeth-Krankenhaus in der benachbarten Lüchowstraße, sehr viel näher lag. Langberg, der am Abend nach 9 Uhr den Krampfadernbruch erlitten hatte und wohl nicht vor 10 Uhr in jener Anstalt Aufnahme gefunden haben dürfte, starb dort am andern Morgen vor 9 Uhr. Die Anstalt präsentierte dann der Witwe eine Kostenrechnung, die in Summa mit 59 Mark abschloß und folgende Einzelposten aufwies: Ein Verpflegungstag 10 M., Operation 10 M., für Schwester 11 M., für Arzt 25 M., Depeche und Telefon 3 M. Es soll zugegeben werden, daß jeder, der das Heilgewerbe betreibt, das unbefreibare Recht hat, „gepefferte“ Preise zu machen. Auch darüber, daß für den Arzt ein Extrabehrag in Höhe von 25 M. in Rechnung gestellt ist, wollen wir — ungeachtet unserer Verwunderung — mal kein Urteil fällen. Wir wollen auch aus dem Zustand des anscheinend sehr primitiven Leichenkellers, in dem die Leiche aufbewahrt wurde, — mehr als den Leichenkeller kriegten die Angehörigen nicht zu sehen, — nicht auf die sonstigen Einrichtungen dieser Anstalt schließen, die so „noble“ Preise macht. Fragen müssen wir aber, warum der Kranke, der zu den kleineren Gewerbetreibenden gehörte und auf den Arzt der Hilfsstraße schwerlich den Eindruck eines reichen Mannes gemacht haben wird, einer so teuren Privatnastalt überwießen worden ist. Die Annahme liegt nahe, daß auch bei manchem anderen Verunglückten, der etwa dieser Hilfsstraße zugeführt würde, eine Ueberweisung nach jener Anstalt angeordnet werden könnte. Da scheint es uns sehr nötig, daß aufgeklärt wird, warum im Fall Langberg die Hilfsstraße den Kranken gerade dorthin übergeführt hat. Zu bedauern ist übrigens, daß die Witwe die Rechnung unergütlich und widerspruchlos bezahlt hat. Bei dem einen und dem anderen Posten, der darin steht, hätte sie sich doch einige Erläuterungen ausbitten sollen. Der Vollständigkeit wegen wollen wir hinzufügen, daß schließlich die Bescheinigung der Todesursache ohne Extragebühr gegeben wurde.

Der religiöse Wahnwitz geht wieder um. Seit einiger Zeit werden zahlreichen Personen Briefe ins Haus geschickt, die ungewiss erkennen lassen, daß eine religiöse Wahnwildepidemie ausgebrochen ist. Die Briefe enthalten die Aufforderung, die Zuschriften abzuschreiben und weiter zu senden. Hier ist der Wortlaut eines solchen Schreibens:

„Nachstehendes Gebet erhielt ich zugesandt, um es abzuschreiben und weiter zu schicken.“

Die Kette darf nicht unterbrochen werden. Jeder, der es erhält, soll es weiter abschreiben und neun Tage lang je ein Exemplar ohne Unterschrift senden. Es ist eine Abschrift eines alten Gebets in Jerusalem. Doch wer es nicht abschreibt, kein Glück hat. Wer es aber tut, eine große Freude am neunten Tage erlebt und befreit sein soll von allen Schmerzen.

Gebet:

O? Herr Jesu, erhalte Deine Güte aller Menschheit und erlöse uns von allem Uebel; Nimm uns alle auf in Dein Himmelreich.“

Diese Schreiben sind in letzter Zeit in Berlin und vielen Vororten verandt worden. Man sieht, daß auch in der Stadt der Intelligenz noch viel Dummheit herrscht.

Die Pflegekinder-Vermittlung floriert weiter. Immer wieder findet man in gewissen Zeitungen, wie „Lokalanzeiger“, „Morgenpost“ usw., verlockende Annoncen, durch die Pflegekinder für Kinder gesucht werden. Wie oft nicht Angehörige der Kinder, sondern Vermittlungsbureaus dahinter stecken, das ist den Annoncen schwer anzumerken. Vermittlungsbureaus haben die Gewohnheit, in Annoncen nicht einfach Firma und Adresse zu nennen, sondern um Offerten per Post unter Chiffre zu bitten. In welcher Absicht sie ihr Licht so unter den Scheffel stellen, darüber kann man nur Vermutungen haben. Die Wirkung aber wird meist die sein, daß Leser so einer Annonce meinen, sie gelbe von Angehörigen des Kindes aus, die sich nicht öffentlich nennen möchten. Wer sich daraufhin meldet, kann die Ueberzeugung erleben, daß ihm ein Vermittlungsbureau antwortet und ihm statt des einen Kindes sogleich eine Kollektion zu beliebiger Auswahl offeriert.

In der „Morgenpost“ stand letzthin eine Annonce, die eine Pflege für ein einjähriges Mädchen gegen ein Pflegegeld von 15 M. pro Vierteljahr suchte. Eine Frau, die Lust zur Uebernahme des Kindes hatte, meldete sich unter angegebener Chiffre. Antwort kam von einer „Auslantische G. Hermann“, die sich erbot, sofort „mehrere bessere Kinder“ nachzuweisen, darunter auch das einjährige Mädchen mit 15 M. Pflegegeld pro Vierteljahr. Die Zuschrift schloß: „Für den Nachweis sind an mich sofort 5 M. zu zahlen. Ausmittelften werden nicht verlangt.“ Sofort 5 Mark?? Die Empfängerin dieser Antwort dachte an verdrießliche Erfahrungen, die sie schon mit anderen Bureaus für Pflegekinder-Vermittlung gemacht hatte. Sie befiehlt die für den Nachweis „sodort“ zu zahlenden 5 Mark in der Tasche.

Kraußüberfall auf einen Lagerhalter der Konsumgenossenschaft Im Kreuzbergviertel wurde Montag abend gegen 8 Uhr auf den Lagerhalter Steinbrecher der Kieblerlage der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend im Hause Krudstr. 5 ein Kraußüberfall verübt. Steinbrecher hatte gerade Kasse gemacht und das Geld aus dem Kassenfach neben sich liegen, als ein junger Mann den Laden betrat und mit einem Hammer auf den Geschäftsführer einschlagen wollte. Glücklicherweise löste sich der anscheinend nur toder

befestigte Hammer von dem Holzstiel, so daß Steinbrecher nicht verletzt wurde. Auf seine Hilferufe eilten aus einer nahen Wirtschaft mehrere Leute herbei, die die Verfolgung des Täters aufnahmen und ihn an der Ecke der Willibalds-Alexis-Straße ergriffen. Auf der Polizeiwache wurde er als der am 11. August 1891 zu Berlin im Kreise Osterburg geborene Malergehilfe Friedrich Audorf festgesetzt, der im Hause Willibalds-Alexis-Straße 40 in Schlastelle wohnte. Bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium wurde festgestellt, daß Audorf einen starken Bindsaden und ein Taschentuch bei sich hatte, um den Geschäftsführer zu knebeln. Audorf war seit einiger Zeit beschäftigungslos und stand vor seiner Verlobung. Um die Tat leichter vollführen zu können, ist Audorf vor einigen Wochen Mitglied der Konsumgenossenschaft geworden. Schon am Weihnachtseilabend hat Audorf vor dem Geschäftsführer patrouilliert, jedenfalls in der Absicht, an diesem Abend den Coup zu vollführen; es wurde aber nichts daraus. Am Montagabend wollte Audorf seinen Plan ausführen, er ging aber fehl.

Aus dem Fenster auf den Hof gestürzt hat sich gestern früh der Tischlermeister Bernau aus seiner 4 Treppen hoch gelegenen Wohnung in der Skalitzer Straße 104. Er war sofort tot. Nahrungsvorgänge und lange Krankheit sollen Bernau zu seinem Schritt veranlaßt haben.

Zur Kennzeichnung eines Hausagrarier

veröffentlichten wir in Nr. 297 einen Kündigungsbrief, den ein Herr J. E. Götz als Eigentümer des Hauses Cabinet Straße 21 einem seiner Mieter übersandt hatte. Ueber denselben Herrn Götz sind uns inzwischen Mitteilungen zugegangen, die diesen Hausagrarier — als solchen hatte er selber sich in dem Kündigungsbrief bezeichnet — noch heller beleuchten.

Einem Mieter, der zur Zeit in Berlin weilte und von dort aus um Mietverbindung bat, schrieb er in dem Kündigungsbrief: „Wenn wir Hausagrarier, nur um vegetieren zu können — auf russisches Fleisch langt es bei uns schon lange nicht mehr —, 18 Stunden täglich arbeiten müssen, dann kann niemand von uns verlangen, daß wir jedem Mieter eine beliebige Zahlungsweise einräumen.“ Hierzu wird uns gesagt, daß Herr Götz zwar Vegetarier ist, aber keineswegs „nur vegetiert“, sondern — trotz Verzicht auf deutsches wie auf russisches Fleisch — einen guten Hapen zu schätzen weiß. Für einen Vegetarier hat er, finden wir, eine nicht zu knappe Portion Galle; von jener Sensitivität, deren so mancher Vegetarier sich gern als eines Bezuges vor den „Fleischfreßern“ rühmt, ist in dem erwähnten Brief wenig zu merken. Worin seine „achtzehn stündige“ Arbeit bestehen soll, hat man uns nicht sagen können. Dagegen wird uns versichert, daß er aus seinem zu feinsten Wohnungen ausgefächelteten Hause, das ihm angeblich so sehr wenig einbringt, Geld herauszuholen sehr wohl versteht. Daß er auf manche seiner Mieter, wenn sie ausziehen, nicht gut zu sprechen ist, geht aus seinem eigenen Brief hervor.

Erfahrungen eigener Art hat er machen müssen, als er einem Friezeur, der sich gegen eine Mietsteigerung wehrte, den Laden zum Oktober 1912 gekündigt hatte. Der Friezeur mietete in einem gegenüberliegenden Hause einen Laden, so daß er sich dem Herrn Götz direkt vor die Nase stellte, um vergnügt sein Geschäft weiter zu betreiben. Was tat da der Herr Götz? Er annoncierte in der „Morgenpost“ mehrere Male: „Friezeurgeliefen zur Sta. Blierer sucht Hauswirt, Cadiner Straße 21.“ Schließlich fand er auch einen Gehilfen, der sich bereit erklärte, sich in den leer gewordenen Laden hineinzusetzen. Herr Götz griff tief in seinen eigenenbeutel und kaufte für den Gehilfen zur Etablierung eine Badeneinrichtung, deren Wert auf etwa 350 M. geschätzt werden konnte. Um dem Gehilfen die Sache recht annehmbar zu machen, ging er in seiner „Freigebigkeit“ noch weiter. Herr Götz schloß mit ihm einen Mietvertrag, der die Mietfreiheit zusicherte für so lange, wie der frühere Inhaber des Ladens sein in das gegenüberliegende Haus verlegtes Geschäft haben werde. Wir müssen gestehen, daß wir die Hausagrarier, so sehr wir sie bisher zu kennen gemeint hatten, von dieser Seite denn doch nicht gekannt haben. Für Herrn Götz endete freilich das teuer erkaufte Vergnügen sehr viel rascher, als er erwartet haben dürfte. Schon nach kurzer Frist nahm der Gehilfe Reißaus, so daß Herr Götz das Nachsehen hatte und sein Laden bis auf den heutigen Tag leer geblieben ist.

In der Cabinet Straße hatten sie lange nicht so gelacht, wie über diesen Reinfall des „freigebigen“ Hausagrariers. Herr Götz aber kämpft seitdem noch grimmiger als sonst über die Schlichtigkeit der Menschen.

Durch anonyme Briefschreiber zum Selbstmord getrieben. Ein bedauerliches Drama hat sich in Regal abgepielt. Bei einer in der Rüddestraße 18 wohnhaften Familie war die neunzehnjährige Martha G., ein Pflegling der Irrenanstalt in Dalldorf untergebracht worden. Das junge Mädchen hatte sich sowohl während seines kurzen Aufenhalts in der Anstalt als auch außerhalb sehr gut geführt und zu irgendwelchen Klagen nicht den geringsten Anlaß geboten. Trotzdem sollte es bei mehreren Personen aus der Nachbarschaft angeblich Anstoß erregen und es wurden nun eine Reihe anonymen Briefe an die Leitung der Irrenanstalt geschickt. Infolgedessen erschien der Anstaltsarzt öfter als gewöhnlich bei der G., um sich über ihren Geisteszustand zu orientieren. In dem jungen Mädchen tauchte nun die Befürchtung auf, sie werde von neuem in Dalldorf interniert und in ihrer Einbildung wurde die Bedauerndwerte derart von der Verweisung gepackt, daß sie den Entschluß faßte, sich das Leben zu nehmen. Gestern stürzte sie sich in einem unbedachten Augenblick aus dem Fenster der im dritten Stockwerk belegenen Wohnung der Pflegeeltern auf den Hof hinab und blieb dort schwer verletzt liegen. In äußerst bedenklichem Zustand wurde das unglückliche junge Mädchen nach dem Virohm-Krankenhaus gebracht.

Ein gewaltiges Feuer

befestigte gestern die gesamte Wilmersdorfer Feuerwehr von früh 9 Uhr bis mittags um 11 Uhr in der Schweidnitzer Str. 6. Als die Brand an der Brandstelle in Halensee, unweit der Ringbahn, erschien, stand der mächtige Dachstuhl des 80 Meter langen Vorderhauses mit einem Teil des Seitenflügels schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese waren weithin sichtbar. Der Feuererscheinung war so groß, daß noch ein Alarm nach dem Heidelberger Platz erfolgte, so daß ein Zug von der Brandstelle dorthin abrückte. Es stellte sich dann heraus, daß es nur der Widerschein des Feuers war, der den Alarm veranlaßt hatte. Die Situation war bei Ankunft der Feuerwehr, die mit zwei Zügen, von der Hauptwache und der Wache aus Halensee, zur Stelle war, recht bedenklich. Der Sturm trieb die Flammen gegen die beiden großen mechanischen Leitern, und die Mittelstiege des Hauses ging nur bis zu den Wohnungen im vierten Stock, so daß die Bodenräume von dieser Treppe nicht erreicht werden konnten. Dazu kam, daß die Türmchen der Nebenhäuser schon an zu brennen fingen. Der Branddirektor ließ deshalb von allen Seiten mit sechs Schlauchleitungen von Dampfspritzen Wasser geben und energisch vorgehen. Der Dachstuhl des Vorderhauses stürzte um 5 Uhr ein. Die vierte Etage mußte geräumt werden. Die Decken brannten durch und stürzten stellenweise ein. Die Wohnungen haben durch das Eindringen von Wasser natürlich erheblich gelitten. Der Dachstuhl des Vorderhauses stürzte um 6 Uhr in sich zusammen. Der Schaden ist be-

deutend. Die Entstehung konnte nicht aufgeklärt werden. Vermutlich ist der Brand schon abends ausgekommen und hat unbemerkt stundenlang geschweilt. Durch den herrschenden Sturm ist dann das Feuer zu seiner Größe angefaßt worden.

Schwere Brandwunden an beiden Füßen erlitt in der letzten Nacht der Beamte Otto Wölner bei einem Brande in der Raumerstraße 33. Dort brannten Pflanzkübel, der Fußboden, Gardinen, Kissen, Sessel u. a. um Mitternacht. Bei dem Wunden, die Klammern zu lösen, zog sich W. die Brandwunden zu. In der Potsdamer Straße 73 hatten die Samariter der Feuerwache zu tun, wo eine Person schwer erkrankt war. Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren erfolglos. Ein Arzt konnte dann den Tod feststellen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtvorordnetenversammlung. In einer Neuwahlversammlung am Montag erledigte die alte Stadtvorordnetenversammlung noch einige formale Angelegenheiten. Es galt zunächst Beschluß zu fassen über die letzten Stadtvorordnetenwahlen in der 3. Abteilung, die durch die Doppelwahl einiger Genossen notwendig geworden waren. Einsprüche lagen nicht vor; die Wahlen wurden für gültig erklärt. Es stand dann noch die Beschlußfassung über den Einspruch gegen die Wahl in 6. Bezirk der 2. Abteilung aus. In diesem Bezirk war ein Bürgerlicher und ein Sozialdemokrat gewählt worden. Ein Protest der Mittelständler behauptete, das Wahlbureau habe die Wahlhandlung zu früh geschlossen. Man beantragte aber nur die Ungültigkeit des sozialdemokratischen Mandats. Die bürgerliche Majorität hat zwar schon manches schwere Stückchen geleistet, diesem Einsprüche zu folgen schien ihr aber doch wohl etwas zu gewagt. Entweder man mußte beide Mandate lassen, oder beide für gültig erklären. Das letztere zu tun hielt Herr Schachtel mit seiner Gruppe für das Zweckdienlichere. Und so wurde beschloffen. Die Sozialdemokratie, der man 2 Mandate durch Ungültigkeitserklärung vorläufig weggenommen hat, wird in der neuen Stadtvorordnetenversammlung zunächst mit 27 Vertretern erscheinen. — Eine auf der Tagesordnung stehende Dechargierung wurde abgelehnt. Sodann wählte die Versammlung noch eine Kommission, die den Auftrag erhielt, eine Magistratsvorlage betreffend Genehmigung eines mit der Stadt Berlin abzuschließenden Vertrages vorzubereiten. In diese Kommission delegierte die Versammlung die Genossen Tempel, John, Düwels und August Beder. — Der Vorsteher hob dann in einer Ansprache hervor, daß im allgemeinen in der Stadtvorordnetenversammlung das Zusammenarbeiten ein harmonisches gewesen sei. Die neue Versammlung werde eine größere Zahl neugewählter Männer aufweisen. Außer den 6 Ueberzähligen würden 17 von den alten Vertretern nicht wieder erscheinen. Er hoffe jedoch, daß wenigstens einige von ihnen der Stadtvorordnetenversammlung später wieder zurückgegeben würden. — Damit waren die Verhandlungen geschlossen.

Das Interregnum-Stadtvorordnetenkollegium, das sich so wenig mit Ruhm bedient, dessen Wechselliste betreffend Wählerlisten, städtisches Hypothekendar und Vertrag mit dem leitenden Arzt des Krankenhauses usw. unförmlichen, reaktionären Welt in seinen abfälligen Auswüchsen offenbarte, hat nun sein Dasein beendet. Doffentlich gelangt es der verstärkten sozialdemokratischen Fraktion, in der neuen Stadtvorordnetenversammlung den sozialen Anforderungen mehr Geltung zu verschaffen, als das bisher möglich war.

Treptow-Wannschulenweg.

Daß die behördlichen Maßnahmen auf Unterdrückung des hiesigen Arbeiterturnvereins gerade das Gegenteil bewirkten, zeigten so recht die von dem Verein arrangierten Weihnachtsveranstaltungen. Der Andrang zu diesen Veranstaltungen war stärker als je zuvor und das dem Verein in seinen Bestrebungen bekundete Interesse läßt eine erfreuliche Erwartung des Vereins erwarten. Im Gegensatz hierzu konnte der von den Behörden gehäufte und unterstützte bürgerliche Turnverein „Deutsche Eiche“ bei seiner Veranstaltung am dritten Feiertag nur eine recht spärliche Besucherzahl mustern. Wie alle Unterdrückungsversuche gegen die Arbeiterbewegung sich als wirkungslos erweisen, diese im Gegenteil nur fördern, so können auch die Arbeiterturner die Maßnahmen der Behörden mit den Goethe'schen Worten beantworten, daß sie nur ein Teil sind von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Friedrichsfelde.

Die Wahl von drei Kreisstadtsabgeordneten ging der letzten Gemeindevorstandssitzung voran. Es wurden drei bürgerliche Herren gewählt, worunter sich jedoch der Bürgermeister nicht befindet. Auch einen Vertreter der werktätigen Bevölkerung in den Kreisstadtsrat zu entsenden, fand keiner der bürgerlichen Vertreter den Mut. Daß man auch unseren Vorschlag für die Ergänzung des Ortsausschusses für Jugendpflege nicht berücksichtigte, ist um so weniger verwunderlich, als der Ortsausschuss eingeschuldetermaßen zum Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt wurde. Im Zusammenhang damit brachte Genosse Pinfeler zur Sprache, daß der Jungdeutscherbund im Ortsteil Karlshorst Kellermelassen derzeit angebrocht habe, daß ein dort befindlicher Schmudstreifen von den Personen, die die Kästen betrachten, völlig zertritten wurde. Obwohl von der Baukommission die Entfernung der Kästen längst beschloffen, seien diese immer noch vorhanden, so daß die Frage berechtigt erscheine, ob der Jungdeutscherbund nicht Gewalt habe als unser Amtsvorsteher. Letzterer ging, anscheinend mit gutem Grund, nicht auf die Sache ein. Wenn es sich um einen Goethe-Abend der Arbeiterjugend handelt, weiß er freilich viel Schnediger vorzugehen.

In der Sitzung vom 20. Oktober hatten unsere Vertreter beantragt, daß 1000 M. zur Speisung bedürftiger Kinder bereitgestellt würden. Der Gemeindevorstand hatte nunmehr eine Vorlage unterbreitet, die nichts bewilligen wollte! Mit vielem Aufwand von Schweiß und Tinte hatte man Erhebungen (!) angestellt und gefunden, daß eigentlich nur in der ersten Volksschule eine Bedürfnisheit vorhanden, die aber „in vielen Fällen durch Nachlässigkeit der Eltern“ verschuldet sei! Dieser Ansicht ist wenigstens der Schulleiter Herr Raaf, der erst kürzlich an einem Elternabend so „herzliche“ Worte für dieselben Eltern gefunden haben soll. Anscheinend traute man aber den eigenen Argumenten nicht recht und holt aus einer Schrift: „Die Schulpflicht in Groß-Berlin“ von H. Simon, eine Tabelle zur Hilfe, die dazumal sollte, wie glänzend unser Ort in bezug auf Schulwohlfahrtspflege dastehe. Auch eine Statistik der Regierung soll vorhanden sein, die das bestätigt. Aber alle die wunderbaren Geschichten verflüchteten zu nichts gegenüber den wirklichen Ausführungen des Genossen Pinfeler, der sich freilich auch auf die einwandfreien Schularztberichte stützen konnte. Und so begnügte er sich auch nicht damit, zu fordern, daß Schulkinder warmes Essen gereicht bekommen, sondern Kindern jeden Alters, sobald nur Bedürfnis vorliegt und selbst Erwachsenen sollte man die Wohlfahrt zugute kommen lassen, wenn die Not es erfordert. Die trefflichen Argumente unseres Vertreters verfehlten ihre Wirkung nicht. Zwar versuchte Herr Schäfer die Sache zu vereiteln, indem er von Schädigung des eigenen Verantwortlichkeitsgefühls schwätzte und sich, als dies ohne Eindruck blieb, hinter finanzielle Bedenken zu verziehen suchte. Aber die Mehrheit war doch einsichtig genug, die genannte Summe zu dem gedachten Zweck zu bewilligen.

Eine Erörterung über den Vertrieb russischen Fleisches zu pflegen, hatten die bürgerlichen Vertreter keine Lust. Sie hielten noch eine geheime Sitzung ab, in welcher die „Casfrage“ erörtert werden sollte. Wir sind der Meinung, daß darüber auch die Leffensticht einmal etwas Näheres erfahren sollte, da ionk die Gefahr besteht, daß die widerwärtigsten Gerüchte glauben finden und Beunruhigung wachrufen. Bald heißt es, das eigene Gaswerk wird gebaut; bald, der Bau soll unterbleiben. Die Allgemein-

heit hat ein Recht, zu verlangen, daß ihre Klärung gegeben wird, was an der Sache ist. Uebriqens sind nicht allein in bezug auf das Gaswerk allerlei unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf. Auch auf dem Gebiete des Submissionswesens sollen Erscheinungen zutage getreten sein, die nicht zu den anmutigsten zählen, die wir kennen.

Wannsee.

Die hier seit einiger Zeit bestehende „Freie Turnerschaft“ erfreut sich in wachsendem Maße der Aufmerksamkeit der Behörden. Schon wiederholt ist vom Vorsitzenden des Vereins die Einreichung einer Mitgliederliste verlangt worden, jedoch ohne Erfolg. Laut einem Schreiben des Potsdamer Gerichts wurde das Verfahren bis auf weiteres eingestellt. In der letzten Turnstunde erschien nun plötzlich ein Gendarm, um sich verschiedene Namen der Turnenden zu notieren; zu welchem Zweck konnte noch nicht ermittelt werden. Jedenfalls kann dem Verein das ihm von den Behörden bekundete Interesse für seine Entwicklung nur förderlich sein.

Virkenwerder.

Die am Sonntag stattgefundene Neuwahl eines Gemeindevorstandes der 3. Abteilung brachte unseren Genossen den Sieg. Der Kreisauausschuss hatte bekanntlich die Wahl des Grundbesitzers Herrn Schäfer für ungültig erklärt. Herr Schäfer war seinerzeit vom Wahlvorstand, der sich aus Grundbesitzern zusammensetzte, für gewählt erklärt worden. Er hätte mit unserem Genossen in Stichgehenen Stimmen verfügt. In der Meinung, daß unser Kandidat nicht über die Qualität eines Angeesehenen verfügt, die die Landgemeindevorstand voraussetzt, erklärte der Wahlvorstand Herrn Schäfer für gewählt. Am Sonntag wurden zwei unserer Genossen in das Wahlbureau gewählt. Nunmehr zeigte es sich, daß die Grundbesitzer ohne ihre Papierstimmen in der dritten Abteilung nichts mehr zu hoffen haben.

Unsere Genossen lehnten die Vollmachten, welche der Landgemeindevorstand gemäß nicht wahlberechtigt sind, ab. Der sozialdemokratische Kandidat siegte mit 81 Stimmen über seine Gegner, welche zusammen 74 Stimmen aufbrachten. Somit zieht der zweite Kandidat der Sozialdemokratie in das Gemeindepalament ein. Die übrigen zwei Mandate der 3. Abteilung befinden sich noch in den Händen der Grundbesitzer; unsere Genossen werden nunmehr ihre ganze Kraft daran setzen, damit sie auch diese beiden Mandate bei der nächsten Erwahlung erringen.

Lankwitz.

Heute nachmittag um 3 Uhr finden bei Schulz, Mühlenstr. 21, die Märchenabende durch die Registratorin Fel. Maria Schipmann unter Vorführung von Lichtbildern statt. Das Programm umfaßt u. a.: „Deutsche Märchen“, „Mabin und die Wunderlampe“, „Gänzel und Gretel“, „Klein Däumling“, „Kessels Fabeln“, „Lichtlein, bed dich“, „Das artige Kind“, „Der Weihnachtsmann“. Eintritt für Erwachsene und Kinder 10 Pf. Es wird um regen Besuch gebeten.

Der programmäßige Elternabend am 11. Januar fällt anderer Veranstaltungen wegen aus. Der nächste und letzte Elternabend in diesem Jahre wird am 15. März mit einem reichhaltigen Programm abgehalten.

Am Montag, den 20. Januar, beginnt der Vortragszyklus über neuere Geschichte, Referent Dr. Max Schütte; Eintrittskarten zum Gesamtpreise von 30 Pf. für alle vier Abende sind bei den Bezirksführern zu haben.

Kallberge-Rüdersdorf.

Die Straßenbahnfahrpreisermäßigungen, die feinerzeit von der Gemeindevorstand beschlossen wurden, treten von heute ab in Kraft. Der Preis für Monatskarten Kallberge-Friedrichshagen beträgt nunmehr 10,20 M., Kallberge-Schöneiche (Schloß) 5,10 M. Für Arbeiterwochenkarten: Kallberge-Friedrichshagen 1,50 M., Kallberge-Schöneiche (Schloß) 1 M., Gröbwalde-Friedrichshagen 1,25 M.

Reinickendorf-Ost.

Zu dem Brande bei der Zugschlepp-Firma Albrecht u. Meister erlitten unsere Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr um die Feststellung, daß die aus Berlin herbeigerufenen Wehr nicht hätte in Tätigkeit treten brauchen. Die Firma habe der Reinickendorfer Wehr ihren Dank ausgesprochen für die Wühewaltung. Damit wird in keiner Weise entkräftet, was uns von Augenzeugen über die Unzulänglichkeit der Brandhilfe berichtet worden ist, insbesondere über die Zeitdauer, bevor ein Löschwagen eintraf, über die eigenartige Spannung und über das Fuhrwerk. Durch diese Mitteilung branden sich die einzelnen Mitglieder der Reinickendorfer Wehr in keiner Weise getroffen fühlen.

Hohen-Neudorf.

Giebelwandeinsturz am Wasserwerkneubau. Aus bisher nicht ermittelte Ursache stürzte am Sonntagabend nachmittag gegen 5 1/2 Uhr die kaum fertiggestellte 18 Meter hohe Giebelwand vom Maschinenhaus des Wasserwerkneubaus zusammen. Zwei montagetüchtige eiserne Dachbinder, die an einem starken Mast angelehnt auf dem Mauerwerk ruhten, stürzten ebenfalls in die Tiefe. Dadurch wurden die drei anderen Bände erheblich mit beschädigt. Unfortunatlicher Weise ist niemand verunglückt, da die an der fraglichen Wand beschäftigten zwölf Bauhandwerker und Arbeiter 1/2 Stunde vorher den Bau verlassen hatten und sich teils auf dem Nachhausewege, teils in ihrem Ankfiederamte befanden, als der Einsturz erfolgte. Immerhin dürfte sich die Fertigstellung des Wasserwerks, welches im Mai betriebsfertig sein sollte, erheblich verzögern.

Spandau.

Zur Lokalfrage. Daß die organisierte Arbeiterschaft ein Recht auf Freigabe der Säle zu Versammlungen hat, kann selbst das konservativste „Spandauer Tageblatt“ nicht abstreiten. Es druckt unsere Notiz hierzu aus der Sonntagsnummer mit folgendem Zusatz ab: „Die Landtagswahlen finden in diesem Jahre statt, und es dürfte, nachdem das Jahr 1913 die Herrschaft angetreten, nicht allzulange dauern, daß die Parteien mit der Agitation beginnen und größere Versammlungen abhalten. Es wäre wirklich traurig, wenn die Spandauer Arbeiterschaft zur Abhaltung ihrer Versammlungen lediglich wieder auf den Saal des Brauereiausgangs angewiesen sein sollte.“

Da die organisierte Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Hergabe von Versammlungsorten erkämpfen wird, so werden die Saalbesitzer nicht umhin können, ihre Säle allen Parteien zur Verfügung zu stellen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen im Bergbau.

In den Steinkohlengruben Schlesiens, dort wo Zentrumsgrafen und kirchliche Würdenträger das Szepter der Industrieberrschaft führen, arbeiten noch zehntausende Frauen. Daß gerade die „frommen“ solche Vorliebe für Frauenarbeit bekunden, zeigt einen gewissen Widerspruch, da man immer wieder gerade aus jenen Kreisen die Phrasen hört: Die Frau gehört ins Haus! Noch erhöhtes Interesse hat die Frauenarbeit im Zentrumsgebiet, wenn man erfährt, wie die frommen ihre Arbeiterinnen bezahlen. Gewiß, sie bezahnen auch die Männer nicht; speziell in Oberschlesien ist der Lohn der Bergarbeiter sehr gering. Im dritten Vierteljahr 1912 war z. B. der durchschnittliche Schichtlohn mit 270 Pf. pro Tag um 148 Pf. niedriger als im Ruhrgebiet. Noch größeren Triumph feiert das Kapital der frommen mit der Anwendung weiblicher Arbeitskraft. Erwachsene Arbeiterinnen erzielen im 3. Vierteljahr 1912 für die schwere Schichtarbeit — sie werden nur über Tage beschäftigt — pro Tag 120 Pf., oder 4 Pf. mehr als im Durchschnitt

des Jahres 1911. In derselben Zeit stieg der Lohn erwachsener Uebertagrarbeiter wenigstens um 10 Pf., nämlich von 313 auf 320 Pf., der Lohn der unterirdisch beschäftigten Männer stieg um 18 und 31 Pf. auf 400 und 420 Pf. Die Grubenkapitalisten sind anscheinend der Meinung: die Arbeiterin kann besser faulen als der Mann. Wie skandalös schließt die Arbeiterinnen auf den Gruben Oberflächensicht entlohnt werden. Illustriert auch der Vergleich der Löhne mit Arbeiterinnen anderer Bergwerksbezirke. Es betrug der Tagelohn einer Arbeiterin

im Steinkohlengruben Oberschlesien	1,20 M.
Braunkohlengruben Sachsen-Altenburg	2,06 „
„ „ „ Halle	2,20 „
„ „ „ Steinkohlengruben Bayern	2,32 „
„ „ „ Salzbergbau Halle	2,57 „
„ „ „ Kautal	3,02 „

So erzielen also die Bergarbeiterinnen in Schlesien noch nicht einmal die Hälfte von dem Lohn, den ihre Kolleginnen im Grubenbergbau verdienen. Man sieht, wie die frommen Zentrumsgrafen dafür sorgen, daß die Arbeiterinnen des Bergbaues der Armut teilhaft werden und bleiben. Derweil aber sammeln sie selbst Schätze der Erde — für die Ausgebeuteten bleibt ja die Aussicht auf das Himmelreich.

Lesabend.

Dritter Kreis. Freitag, den 3. Januar, im Gewerkschaftshaus, Saal 5: Gemeindefachlicher Lesabend. Vortrag des Genossen Dr. Moses über: Der allzureiche Rinderjäger im Arbeiterhause.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde. Sonnabend, den 4. Januar, 8 1/2 Uhr: Geiteterer Abend bei Wahrensdorf, Bäckerstr. 7. Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

Aus aller Welt.

Zum Neuen Jahre!

Dunkel liegt vor uns die Zukunft!
Niemand kann sie uns enthüllen.
Keine Wissenschaft der Erde
An're Wissbegierde stillen. —

Wird das Volk aus seinem Glend
Bald befreit? Zersprengt's die Bande,
Die mit hartem Druck es fesseln
In der Stadt, wie auf dem Lande?

Wird im Neuen Jahr es wieder
Schwerbepackt mit neuen Steuern?
Wird der Friede endlich einzieh'n,
Sich der Völkermord erneuern? —

Doch wozu das viele Fragen!
Auskunft kann Dir keiner geben.
Mußt die Zukunft selbst gestalten,
Zielbewußt stets vorwärts streben!

für das Ideal: „Die Freiheit“
Klinge die Völker all' erwecken,
Daß die Fesseln sie zersprengen,
Darin heute sie noch stecken.

„Freiheit“! Herrlicher Gedanke!
Heiß ersehnt von Millionen,
Die in harter Fron und Knechtschaft
Hier auf dieser Erde wohnen.

„Freiheit“! Sei auch unser Glückwunsch
An die Völker in der Runde,
Daß recht bald wir sie erringen,
Treu vereint zum großen Bunde!

Die Flugopfer des Jahres 1912.

Die „Deutsche Luftfahrzeitschrift“ veröffentlicht in ihrem letzten Jahreshft eine leider recht lange Liste über die Flugopfer des Jahres 1912. Bis zum Beginn des Jahres waren im ganzen 118 tödliche Unglücksfälle verzeichnet worden, und im Laufe des Jahres hat sich diese Zahl genau verdoppelt. Das schnelle Wachstum der Luftfahrt ist in der Hauptsache dem ungeheuren Aufschwunge des Flugwesens überhaupt zuzuschreiben. Wenn die Liste vollständig ist, so hat Deutschland im Jahre 1912 die meisten Opfer des Kunstflugs zu beklagen gehabt, nämlich 29 gegen nur 27 in Frankreich. Damit ist auch der Unterschied in der Gesamtzahl der Flugopfer beider Länder geringer geworden. Deutschland hat bisher im ganzen 47, Frankreich 68 Pioniere des Kunstflugs in der Ausübung ihres Berufes verloren. Die dritte Stelle nimmt Amerika ein, wo während des letzten Jahres 18 Flieger ums Leben kamen, im ganzen bisher 41. England hat im letzten Jahre 15 und im ganzen 23, Italien 9 bezw. 18 Flieger eingebüßt. Zum erstenmal erschienen in der Liste mit je einem tödlichen Unglücksfall Griechenland, Jamaika, China und Japan. Daß sich in dieser Liste auch eine größere Zahl von Namen findet, die für den Fortschritt des Flugwesens Großes zu bedeuten gehabt haben, ist bekannt genug. Von der Gesamtzahl der Unglücksfälle entfielen 68 auf Eindecker und 50 auf Doppeldecker. Unter den Getöteten waren 97 Führer und 21 Passagiere. Ferner gibt die Zusammenstellung auch noch Aufschlüsse über die Höhen, aus denen der Absturz erfolgte und über dessen eigentliche Ursachen, soweit sich diese haben feststellen lassen. Die Höhe des Absturzes war im allgemeinen nicht sehr groß, nur einmal bei einem französischen Flieger 500 Meter, zweimal 400 Meter (Italien und Deutschland), je dreimal 300 Meter (Frankreich, Ungarn, Amerika), dann noch oftmals zwischen 200 und 350 Metern. Die Mehrzahl der Abstürze geschah aus einer Höhe von weniger als 100 Meter. Auffällig ist die große Zahl der Todesfälle durch Getränke, besonders bedauerlich endlich das in Rußland vorgekommene Ereignis, wo in Riga eine Fliegerin dadurch zu Tode kam, daß Zuschauer die Maschine mit Stöcken verletzten.

Loyalität gegen Bezahlung.

Das „Bayer. Vaterland“ erhielt „vom Lande“ eine Zuschrift über die Beschwerlichkeiten, die mit der für Bayern verordneten Landessteuer verbunden sind. Nach der erlassenen Verordnung in allen Kirchen 21 Tage lang mit 2-3 Glocken täglich eine Stunde lang geläutet werden. Gegen diese tönende Trauerkundgebung wird angeführt: die Abnutzung der Glocken, die den Kirchen niemand ersetzt, und der Eindruck des langen Läutens auf die Hörer, besonders auf Kerkvöge. Der Haupteinwand ist aber, daß täglich 2-7 Mann eine Stunde lang unentgeltlich für das geläutete Herrscherhaus arbeiten sollen: „Das Läuten hört sich etwas leichter an, als es ist. Es wäre für manchen recht empfehlenswert, wenn er nur ein einziges Mal nur zehn Minuten lang nur einen Tag ununterbrochen eine Glocke mit nur sechs Ritzern läuten müßte! Wo sind so stramme 2-7 Patrioten in jeder Gemeinde, die diese beschwerliche, zeitraubende Anstrengung 21 Tage lang umsonst leisten? Oberwer gahlt denn das?“

Die vielgerühmte Loyalität des biedereren Landvolkes scheint also auch ganz bestimmte Grenzen zu haben. Und so wird schließlich die verordnete Landbeststeuer auf Kosten der Schulkinder durchgeführt. Das „Bayer. Vaterland“ sagt darüber: „Manche Lehrmeister sehen sich gezwungen, Kinder während der Schulzeit läuten zu lassen, weil sonst niemand läuten will.“

Die höflichen Schüler.

Eine lustige Schulgeschichte erzählt ein Hochmann in der „Kölnischen Zeitung“: Der Herr Schulinpektor hat die Schule in K. inspiziert und hält nun Konferenz mit dem Direktor und den Lehrern. Der gestrenge Vorgesetzte äußert sich sehr lobend über die Leistungen der Schüler. „Aber“, so fügt er hinzu, „die Schule ist nicht nur dazu da, den Schülern den Wissensstoff beizubringen, sondern sie soll die Knaben auch zu einer gefälligen Lebensart erziehen. Dazu gehört, daß sie es verstehen, in angemessener Form Antwort zu geben. Es ist mir aufgefallen, daß die Antworten der Schüler ungenau, ja geradezu unhöflich herauskommen. Sie geben dem Fragenden, dem sie antworten, nicht die diesem zukommende Anrede. So antwortete der Schüler, den ich nach seinem Namen fragte, mit einem kurzen: Müller, statt höflich: Müller, Herr Inspektor. Sorgen Sie dafür, meine Herren, daß wenigstens diese einfache Höflichkeitsregel den Schülern fest eingeprägt wird.“ — Ein Jahr später! Der Herr Inspektor ist von neuem zur Befähigung erschienen und tritt in das Klassenzimmer, in dem jenseits Religionsunterricht erteilt wird. Man ist gerade beim „Sündenfall“. Der Herr Inspektor — als Mann der Praxis — greift unmittelbar in den Unterricht ein und nimmt dem Herrn Lehrer die Fragestellung ab. „Wie sagte da Gott zur Schlange?“ so fragt er den kleinen Müller. Und prompt erfolgt, eingedenk der strengen Instruktion, die Antwort: „Versucht sollst du sein, Herr Inspektor.“ — „Rein, nein, das meine ich nicht; was sagte der Herr noch weiter zur Schlange?“ Müller: „Auf dem Bauche sollst du kriechen, Herr Inspektor.“ „Um Gottes willen weiter, was noch mehr?“ Müller: „Ich werde dir den Kopf zertrütem, Herr Inspektor.“ ...

Kleine Notizen.

Eine ganze Familie vergiftet. In der Nacht zum Dienstag vergiftete in Halle a. S. der Goldschmied Max Janke seine Frau, seine beiden Kinder im Alter von drei und anderthalb Jahren und sich selbst. Einen Freund hatte er brieflich von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Die Ursache der Tat soll in mifflischen Vermögensverhältnissen zu suchen sein.

Die Typhusepidemie in Hanau. Bei dem ersten Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 8 in Hanau ist gestern wieder ein Soldat an Typhus gestorben. Es ist der Pionier Wollenhaner aus Drauschnitz. In seiner Heimat, in Wuppenroth, starb der Reservist D. S., der in Hanau beim Eisenbahnregiment Nr. 8 eine Liebung mitgemacht hatte, sofort nach seiner Rückkehr an Typhus. Die Zahl der Typhuskranken hat sich seit gestern von 202 auf 193 vermindert; die Zahl der Schwerkranken dagegen hat sich von 10 auf 12 erhöht. Auf dem Wege der Besserung befinden sich 40 Soldaten.

Ein weiteres Todesopfer. Wie amtlich gemeldet wird, ist der am Montag bei dem Eisenbahnunglück bei Bruckberg schwerverletzte Schuhmachermeister Selmaier gestorben. Das Unglück hat somit vier Opfer gefordert.

Schweres Brandunglück. In D. h. bei Bentheim entstand in der Nacht zum Dienstag auf einem Gutshofe ein Feuer, das die Stallungen einschloß. Von den zwei Knechten, die im brennenden Gebäude schliefen, konnte sich einer vor den Flammen retten, doch hatte er so schwere Brandwunden erlitten, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Die Leiche des anderen Knechtes liegt noch unter den Trümmern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Rechts 1. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

60708 Mainzerkr. 1. Unseres Erachtens sind die Bestimmungen des alten Vertrages weiterhin maßgebend. 2. „Der Konfessionär“ erscheint im Verlage von Otto Glöner, Berlin, Dronenstr. 140/42. — G. D. 26. Wenn sich der Verlagsband nachweisen läßt, können Sie auf Abhilfe klagen. C. R. 39. Die Lohnforderung, die 28,85 M. pro Woche übersteigt, unterliegt der Beschlagnahme. — N. W. 11. Ihre Tochter hat Anspruch auf Hinterlohn und zwar in Höhe von 5 Proz. von dem Werte bis zu 300 M., von dem Mehrwert in Höhe von 1 Proz. Da Sie die Höhe des Barvertrages nicht angegeben haben, läßt sich der Betrag nicht näher beziffern. Scheckbücher rechnen unseres Erachtens nicht zu den Gegenständen, die einen besonderen Wert haben; wir halten bezüglich dieser daher einen Anspruch auf Hinterlohn nicht für berechtigt. — N. B. W. 2. Da kein schriftlicher Lehrvertrag besteht, kann die Firma Erbsparnisse gegen Sie und Ihre Tochter nicht geltend machen, da nach § 79 H. B. B. die Schriftlichkeit des Lehrvertrages die Voraussetzung dafür ist. Eine Zurückführung von Handlungslehrlingen etwa durch die Polizei ist ebenfalls ausgeschlossen. — J. R. Reutöln. 1. Rein. Ein Zurückbehaltungsrecht haben Sie je-

doch nicht. 2. Sie können Klage nur auf Herausgabe erheben. 3. Es wird ein Gerichtslohnvorschuß von 3 M. eingefordert. — G. T. 100. 1. Zwischen 10 und 6 Uhr, sofern im Mietvertrage nichts anderes bestimmt ist. 2. Ja. 3. In der fraglichen Zeit ja. — Abonnent 1900. 1 bis 4. Es bestehen leider keine Ansprüche. 5. Die Stadt kann die Nachlassobjekte beschlagnahmen. — C. R. 122. Rein. — 101. G. D. Das Kündigungsschreiben mußte am 28. v. Mts. im Besitz des Vermieters sein. — N. R. 42. Das ist zutreffend. — Hofnung 651. Soweit ersichtlich, besteht kein Rückforderungsrecht, da der Zeitpunkt der Abmeldung bei der Steuerbehörde in Frage kommt. 2. Ihre Schwägerin hat Anspruch auf Alimente. Die Klage muß der Vormund erheben. — N. 104. Eine gesetzliche Verpflichtung, Sie in die Heilanstalt aufzunehmen, hat die Landesversicherungsanstalt nicht. — R. R. 28. 1. Die Übereiche würde u. G. rechtsunwirksam sein. 2. Es läßt die gesetzliche sechswochenfristige Kündigungsfrist zum Quartal in Betracht. — N. R. 108. 1. Die Betriebskrankenkasse kann nach dem 1. Januar 1914 nur fortbestehen, wenn sie mindestens hundert Mitglieder hat. 2. Derartige Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. —

Vorwärts-Bibliothek

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

IV.

Verschrobenes Volk

Erzählungen und Satiren

von Robert Grätzsch.

Preis gut gebunden 1 M.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69

248/15*

Die erste Notiz

Januar fürs neue Jahr

Januar fürs neue Jahr

Beginn des inneren Saison Ausverkaufs bei C & A

ist von großer Wichtigkeit für Sie. Denn mit Rücksicht auf das diesmal sehr früh fallende Osterfest (23. März) müssen wir rasch und gründlich räumen, um für die schon in großem Maßstabe bestellte Frühjahrsware Platz zu schaffen. Und um so mehr, als es bei unseren gewaltigen Umsätzen durchaus gleichgültig ist, was die letzten Bestände unseres Lagers am Ende einer Saison uns bringen, so haben wir für unseren diesmaligen

Saison-Ausverkauf

Preise festgesetzt nicht nur ohne Rücksicht auf das, was die Ware bringen sollte, sondern selbst ohne jede Rücksicht auf das, was sie uns gekostet hat

Unter diesen Umständen bekommen Sie bei uns:

Ulster	Samt-Mäntel	Schwarze Paletots	Kostüme
In modernen Fassons	nur gute Ware	elegante Aufmachung	teils blau Kammgarn, teils Phantasiestoffe
zuerst 16.— 22.50 27.75	zuerst 32.50 37.50 49.75	zuerst 23.— 29.50 36.—	zuerst 26.50 32.— 42.50
dann 9.75 16.50 21.50	dann 25.50 29.75 41.50	dann 17.50 23.75 29.75	dann 19.75 25.50 33.—
jetzt 4.75 9.75 14.50	jetzt 19.75 25.50 35.—	jetzt 12.50 18.50 24.—	jetzt 12.50 19.75 27.50

Kleider — Blusen — Röcke — Kindermäntel

im selben Verhältnis, teilweise sogar noch weiter im Preise herabgesetzt.

Ein kleiner Posten

Samt-Mäntel

nur soweit Vorrat reicht

9.75

Königstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

C & A

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstr.

BRENNINKMEYER GMBH

